Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 17. November 2007

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



In Rente mit 67: Vizekanzler Franz Müntefering kapituliert im Dauerstreit mit SPD-Chef Kurt Beck. Foto: 360-berlin

Alles nach Schema Beck

SPD-Chef dominiert die Regierungsarbeit, das war zu viel für Müntefering

Von Klaus D. Voss

Es läuft schief: Noch vor zwei Jahren, zum Start der Koalition von Union und SPD konnte Franz Müntefering sich ein Feixen leisten und Angela Merkel den verfassungsmäßigen Vorrang als Bundeskanzlerin absprechen, denn in einer Großen Koalition „gibt es nun einmal keine Richtlinienkompetenz“. Jetzt hatte der Vizekanzler und Bundesarbeitsminister selbst nichts mehr zu sagen.

Über die Regierungsarbeit bestimmte zunehmend ein Außenstehender: SPD-Chef Kurt Beck setzte sein Notprogramm zur Rettung der Sozialdemokratie brachial um. Beck ging über Kompetenzrechte, Zusagen und Traditionen hinweg. Daß Müntefering vor den quasi totalitären Anwandlungen seines Parteivorsitzenden kapitulieren mußte, war nur eine Frage der Zeit – oder seiner Leidensfähigkeit: Die Nation zählte mit, wie viele Nackenschläge „Münte“ sich zumuten ließ.

Ob sich Kurt Beck jetzt mehr in Kabinettsdisziplin und Regierungsverantwortung einbinden läßt, ist kein großes Rätselraten wert. Die Große Koalition ist unter den Beck-Bedingungen zur Großen Farce geworden. Natürlich kann ein Koalitionsausschuß keine Ecksteine zur Regierungspolitik mehr setzen, noch weniger darf sich ein Bundeskabinett daran machen, Reformen zu verabschieden, wenn die Politik nach Schema Beck laufen muß.

Längst sind die Kampagnen für die entscheidenden Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen geplant und beschlossen; die ersten Wahlplakate hängen schon. Wenn die SPD bei diesen Urnengängen nur besser abschneiden kann, als die Demoskopen es vor einem Vierteljahr vorhergesagt hatten, dann wird sich Beck als Wende-Meister sicher fühlen.

Beck und seine Wahlkampf-Agenturen arbeiten streng nach Plan, sie lassen das schwere Geschäft der Reformpolitik ganz fallen, welchen Schaden Deutschland auch immer dadurch nehmen wird.

Die SPD will mit einer sozialen Gefälligkeitspolitik punkten. Dabei spielt ihr die Angst vieler Bürger vor dem sozialen Abstieg die Bälle zu. Leider werden in Deutschland immer häufiger schlechte Löhne gezahlt, deshalb ist ein Mindestlohn ausgesprochen populär.

Folglich wird sich die SPD allen vernünftigen Regelungen im Regierungsgeschäft zum Mindestlohn widersetzen und lieber große Versprechungen machen. Das weckt Hoffnung auf bessere Zeiten, nicht die Pflicht, in erster Linie für sich selbst zu sorgen.

Wer hofft, läßt sich leicht täuschen – so wie durch die SPD-Kampagne zu mehr Arbeitslosengeld für Ältere. Herausgekommen ist ein Taschenspieler-Kompromiß: Gerade einmal drei Monate mehr Leistungsbezug für über 50jährige, das sind so um die 3000 Euro im Schnitt. Für die über 55jährigen ändert sich nichts. Arbeitslose, die 58 Jahre und älter sind, werden sechs Monate länger versorgt. Allerdings werden durch längere Vorversicherungszeiten die Hürden zum Leistungsbezug höher gesetzt, gleichzeitig die Übergangszahlungen zum Hartz-IV-Bezug gekürzt und viele Eingliederungshilfen gestrichen – unter dem Strich kostenneutral, wie von der Union verlangt.

So kann man sich täuschen lassen – das heißt aber nicht, daß die SPD nicht doch Gewinn daraus ziehen kann – und wenn es nur Wahlpropaganda ist.

Klaus D. Voss:

Bitter

Man darf nicht versuchen, in einem Satz mit den Wörtern „sechs Jahre Zwangsarbeit in Sibirien“ und „1500 Euro Einmalzahlung“ Begriffe wie Wiedergutmachung oder Gerechtigkeit unterzubringen – es wäre der reine Hohn. Deutsche Opfer aus den Kriegszeiten werden schlecht behandelt.

Am längsten von allen Verschleppten mußten die Frauen auf Anerkennung ihres Leids warten, die unter der Bezeichnung „Zivildeportierte / Oder-Neiße“ geführt werden. Die deutschen Frauen und Kinder, die nach dem Krieg von den Sowjets aus Regionen östlich von Oder und Neiße zur Zwangsarbeit deportiert wurden und später in die DDR zurückkehren mußten, wurden ein Leben lang bestraft. Erst hatten sie auf SED-Befehl zu verheimlichen, was Zwangsarbeit in Sibirien wirklich hieß. Nach dem Fall der Mauer blieb der häßliche Streit mit der Bürokratie, weil diese Deportierten weder als Kriegsheimkehrer (West) noch als SED-Opfer (Ost) einzuordnen waren.

Das Kabinett Kohl ließ seine Zeit vergehen, die rot-grüne Koalition hatte keine Eile. Erst jetzt, nach 17 Jahren Fleißarbeit einiger weniger Parlamentarier, werden die Gesetze angepaßt: Die Heimkehrerstiftung wird aufgelöst und mit der DDR-Opferhilfe zusammengefaßt.

Wenn erst einmal alle Bestimmungen dazu formuliert sind, können auch die Oder-Neiße-Opfer Anträge auf diese Einmal-Entschädigung und Hilfe in Notlagen stellen – den über 80jährigen bleibt so wenigstens ein Rest an Perspektive.

Und die Bitterkeit: Als der Regierung Schröder die Zwangsarbeiter-Entschädigung auf den Nägeln brannte, konnten die Ministerien gar nicht zügig (und großzügig) genug handeln – kein Vergleich.

Noch-Exportweltmeister unter Druck

Der schwache Dollar verteuert deutsche Waren auf dem Weltmarkt – Gefürchteter Rekordwert fast erreicht

Von Rebecca Bellano

Der Exportweltmeister Deutschland droht nicht nur 2008 von China überholt zu werden, auch einige aktuelle Entwicklungen können den vor allem auf den Export basierenden leichten Aufschwung abwürgen. So bestimmt neben Verärgerung auch Existenzangst den Blick auf die Zapfsäulen an deutschen Tankstellen und die Wechselkurse in Zeitungen und Fernsehen: 1,45 Euro für Super-Benzin und 1,46 US-Dollar für einen Euro. Gerade letzteres läßt nichts Gutes für den Exporteur Deutschland hoffen. In einer globalisierten Welt, in der fast alles über US-Dollar läuft, behindert es, wenn für deutsche Waren im Wert von 100 Euro im November 2007 147 US-Dollar gezahlt werden müssen, die zwei Jahre zuvor nur 117 US-Dollar Einsatz erforderten (17. November 2005: 1 Euro = 1,17 $). Produkte aus den Euroländern sind also auf dem Weltmarkt deutlich teurer geworden. Da tröstet es auch nicht, daß auch das englische Pfund, der kanadische Dollar, der japanische Jen und Chinas Yuan ebenfalls unter der Dollarschwäche leiden.

Wirtschaftsexperten hatten 2005, als absehbar war, daß der Dollar von nun an gegen den Euro immer weiter abgewertet wird, für den Kurs von 1,50 US-Dollar für einen Euro eine Art wirtschaftlichen Weltuntergang prophezeit. Dafür, daß der US-Dollar momentan fast diesen Wert erreicht hat, läuft allerdings alles noch ziemlich normal. Zwar sind die Wachstumsraten weltweit ein wenig heruntergesetzt worden, doch das hat mehrere Gründe. Und die Zentralbanken weltweit verhalten sich abwartend. Ihnen bleibt auch gar nichts anderes übrig. Gerade die asiatischen Banken haben riesige Dollarreserven angehäuft, allein China soll 1,5 Billionen US-Dollar sein eigen nennen. Daher hat Jean-Claude Trichet, Chef der Europäischen Zentralbank, vergangene Woche auch die Asiaten ermahnt, weitere Währungsspekulationen zu unterlassen. China hat beispielsweise lange Zeit seinen Yuan künstlich geschwächt, um so seine Exporte billiger auf den Weltmarkt zu bringen. Würde China nun versuchen, einen Teil seiner täglich im Wert dahinschmelzenden Dollar-Reserven auf dem Weltmarkt zu verkaufen, könnte dies die Talfahrt der US-Währung dramatisch beschleunigen.

Auch warnte Trichet die USA, ihren Dollar weiter absinken zu lassen. Zwar haben die überschuldeten USA ein Interesse daran, durch Inflation ihre Schulden zu senken, auch können sie bei einem schwachen Dollar ihre eigenen Waren besser im Ausland verkaufen und so ihr enormes Handelsdefizit zumindest reduzieren, gleichzeitig sind die USA aber ein wichtiger Finanzplatz, der sich derartige Manipulationen nicht leisten kann.

Doch die Amerikaner können, selbst wenn sie wollten, nur bedingt die Warnung des Europäers beherzigen. Jahrelang hatte US-Notenbankchef Greenspan Geld billig ausgegeben. Niedrige Zinsen sorgten dafür, daß Geld leichtfertig ausgegeben wurde, riskante Kredit-Geschäfte führten zur Immobilienkrise, die kürzlich auch deutsche Banken ins Schlingern brachte. Aufgrund zahlreicher fauler Kredite brauchen die US-Banken jetzt weitere Liquidität, das heißt, Geld zu niedrigen Zinsen, gleichzeitig muß Greenspans Nachfolger Bernanke wegen drohender Inflation die Zinsen erhöhen und Geld so teurer machen. Beides gleichzeitig ist allerdings unmöglich.

Nach Zinserhöhungen im Frühjahr senkte Bernanke jetzt zweimal hintereinander zaghaft wieder die Zinsen, was dafür gesorgt haben mag, daß die US-Immobilienkrise bisher weniger Pleiten mit sich brachte als befürchtet. Allerdings wurden dadurch Anlagen im Euroraum wieder beliebter, was den Dollar weiter schwächte.

Warum ist Deutschland trotz allen Drucks 2007 überhaupt noch einmal Exportweltmeister geworden? Weil Deutschland zwar teuer exportiert, aber billig importiert. Viele Vorprodukte werden in Asien gefertigt und in Dollar gehandelt. Und vielleicht klappt es 2008 erneut, schließlich haben die Chinesen dieselben Dollar-Probleme.

Außerdem hat der schwache Dollar auch etwas Gutes: Bei einem derzeitigen Rekord-Preis von 98 US-Dollar pro Barrel Rohöl wären es bei dem Dollarkurs vom 17. November 2005 ganze 84 Euro. Derzeit zahlen wir aber „nur“ 67 Euro.

Das geteilte Deutschland

Am vergangenen Wochenende trafen sich die führenden Institute der Deutschlandforschung zu einem Austausch der Forschungsergebnisse in Wittenberge. Geboten wurde von den Instituten wie dem „Zentrum für zeithistorische Forschung“ in Potsdam, der „Bundesstiftung für Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Berlin, der „Bundeszentrale für politische Bildung“ in Bonn und dem „Deutschland Archiv“ in Hannover das etwas verwaschene Thema „Das geteilte Deutschland im Europa des 20. Jahrhunderts“.

Das reichhaltige, mitunter ausufernde Angebot ging vom deutschen Geschichtsraum in den Vorkriegsgrenzen aus und umfaßte auch Themen wie Flucht, Vertreibung und Eingliederung. Martin Sabrow bezeichnete den SED-Staat als „zweite deutsche Diktatur“ und arbeitete die Unterschiede zum „Dritten Reich“ heraus. Die zweite Denkrichtung, die auf dieser Tagung sichtbar wurde, war die Vermischung von Demokratie und Diktatur. Als die amerikanische Historikerin Belinda Davis das keinen demokratischen Kontrollgremien unterworfene Ministerium für Staatssicherheit mit dem Bundeskriminalamt im Zugriff auf den Bürger nicht verglich, sondern gleichsetzte und ihr niemand auf dem Podium widersprach, konnte man merken, wohin eine wertfreie Geschichtsforschung führt, die die prinzipiellen Unterschiede zweier Regierungsformen leugnet.

Bei der Behandlung der Literatur zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in beiden Nachkriegsstaaten durch den englischen Historiker William Niven und die Deutsche Carola Hähnel-Mesnard waren neue Erkenntnisse zu gewinnen. So erfuhr man, daß an der nordenglischen Universität Leeds ein Forschungsprojekt über „Flucht und Vertreibung“ läuft.

Daß Zeitzeugen nicht erwünscht waren, sondern brüsk abgefertigt wurden, wenn sie das Wort ergriffen, wurde berichtet. Eine Veröffentlichung der Referate ist nicht vorgesehen, dagegen sollen im Dezemberheft des „Deutschland Archiv“ Berichte der vier Sektionsleiter gedruckt werden. *Jörg B. Bilke*

Die Schulden-Uhr:

Nein zur Volkszählung

Da die letzte Volkszählung 1987 stattgefunden hat, weiß keiner ganz genau, wie viele Menschen in Deutschland leben. Daher soll es 2011 eine Volkszählung geben. Diese soll allerdings weitgehend ohne direkte Bürgerbefragung ablaufen, statt dessen sollen Behörden ihre Daten miteinander abgleichen. Doch das kostet Geld. Allein die Vorbereitungen sollen 183 Millionen Euro kosten, von denen 143 Millionen die Länder tragen sollen. Diese haben sich nun gewehrt und im Bundesrat ihre Zustimmung verweigert.

1.495.339.524.718 €

(eine Billion vierhundertfünfundneunzig Milliarden dreihundertneununddreißig Millionen fünfhundertvierundzwanzigtausend und siebenhundertachtzehn)

Vorwoche: 1.495.011.618.687 €
Verschuldung pro Kopf: 18.154 €
Vorwoche: 18.150 €

(Dienstag, 13. November 2007, 12 Uhr, www.steuerzahler.de)

Alarmisten auf den Leim gegangen

Novellierung des Gesetzes zur Telekommunikationsüberwachung: Staat kann keineswegs mithören

Von Hans Heckel

Nach Ton und Ausmaß der Proteste zu urteilen, hat die Große Koalition am 9. November das Fernmeldegeheimnis so gut wie außer Kraft gesetzt. In der Novellierung des Gesetzes zur Telekommunikationsüberwachung erblickt die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen „Paradigmenwechsel beim Datenschutz“. Der vergangenes Wochenende aus dem Amt geschiedene, langjährige Vorsitzende der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, Frank-Ulrich Montgomery, sieht uns gar einer Jahrtausendkatastrophe gegenüber: Der Eid des Hippokrates, der das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient garantiere, sei seit seinem 2500jährigen Bestehen nun erstmals bedroht. Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Konken, ruft Szenen ins Gedächtnis, wie wir sie aus Diktaturen gewohnt waren: „Wo werden sich künftig noch Informanten finden, die sich mit Journalisten unterhalten, damit die Journalisten investigativ arbeiten können? Das geht dann eigentlich nur noch auf der Parkbank.“ An zahlreichen Orten haben Demonstranten unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ gegen die „Totalprotokollierung der Telekommunikation“ protestiert.

Nur Wichtigtuerei? Bundesjustizministerin Brigitte Zypries versuchte, die Wogen zu glätten, der Sturm der Erregung ging über alle sachlichen Einwände der SPD-Politikerin hinweg. Beim Blick in den Gesetzestext erscheint die Aufregung indes schwer verständlich. Was wird sich ändern?

Telekommunikationsfirmen wie etwa die Telekom können bislang die Verbindungsdaten ihrer Kunden ohnehin schon drei bis sechs Monate lang speichern. „Verbindungsdaten“ heißt: Nur, wer von welcher Nummer welche Nummer wann angerufen hat, darf gespeichert werden, nicht der Inhalt des Gesprächs. Das gleiche gilt fürs Internet und für den E-Mail-Verkehr: Wer war wann im Internet oder wer hat wem wann eine E-Mail geschickt, darf gespeichert werden. Daran soll sich nach dem neuen Gesetz auch künftig nichts ändern: Nicht gespeichert werden soll weiterhin, welche Internet-Seiten aufgerufen wurden oder welchen Inhalt eine E-Mail war.

Die Telekommunikations-Unternehmen speichern die Daten bislang für geschäftliche Zwecke. So können sie bei Unstimmigkeiten über eine Telefonrechnung herangezogen werden.

Die neue Gesetzesregelung soll gewährleisten, daß elektronische Verbindungen krimineller Netzwerke oder Absprachen zu Straftaten später rekonstruiert werden können. Die neue, vom scharfen Widerstand begleitete Regelung sieht lediglich vor, daß die Telekommunikationsfirmen die Verbindungsdaten künftig sechs Monate speichern müssen, statt wie bislang drei bis sechs Monate bevorraten dürfen.

Daß hierdurch der „Überwachungsstaat“ per Gesetzesnovelle von der Leine gelassen würde, weisen die Autoren der Reform strickt zurück. Der Zugriff auf die Daten durch Polizei oder Staatsanwaltschaft werde sogar noch strenger als bisher reglementiert. Erst aufgrund eines richterlichen Beschlusses dürften die Sicherheitsorgane – wie bisher auch – die gespeicherten Verbindungsdaten eines Verdächtigen bei dem Telekommunikationsunternehmen einholen, wenn der Verdacht auf eine Straftat besteht.



Abgehört? Man fühlt sich an den DDR-kritischen Film „Das Leben der anderen“ erinnert. Foto: pa

Etwaige richterliche Abhörgenehmigungen würden von der Gesetzesreform sogar erschwert, weil sie nur noch bei dringendem Verdacht auf schwere Verbrechen erteilt werden dürften, die „grundsätzlich mit mindestens fünf Jahren Höchststrafe bedroht sind“, wie es in der Erklärung des Bundesjustizministeriums heißt. Der Schutz von Berufsgeheimnisträgern wie Ärzten, Rechtsanwälten und Journalisten werde verbessert, weil nicht mehr nur das Zeugnisverweigerungsrecht bei Vernehmungen gelte, sondern etwa der Journalist künftig bei allen Ermittlungsaktionen geschützt sei.

Eine Möglichkeit, das Telefongespräch etwa eines Journalisten abzuhören, bildet wie bisher die „Verstrickungsregelung“, das heißt, der Verdacht, daß ein Journalist nicht bloß Kenntnis von einem Vergehen hat, sondern selbst darin verwikkelt ist. Eine Abhörgenehmigung können die Behörden nur noch erlangen, wenn sie den Verstrikkungsverdacht mit Tatsachen belegen können. Der begründete Verdacht, der bisher dafür ausreichte, genüge künftig nicht mehr.

Fest steht: Weder dürfen Polizei oder Staatsanwaltschaft nach der Neuregelung die Verbindungsdaten von Ärzten oder Journalisten nach Belieben abfragen, noch gar Berufsgeheimnisträger wie die genannten nach eigenem Ermessen abhören. Das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten (Quellenschutz) wie die ärztliche Schweigepflicht bleiben von der Novelle unberührt. Inwiefern also der hippokratische Eid von der Gesetzesreform beschädigt werden soll, das bleibt das Geheimnis von Frank-Ulrich Montgomery. Denn vom Abhören von Patientengesprächen mit ihrem Arzt ist keine Rede.

In der deutschen Öffentlichkeit haben die Alarmisten wie er nur für überflüssige Verwirrung gesorgt. Für eine kritische Begleitung der Regierungspolitik bietet die Große Koalition wahrlich genug Anlaß, dies war der falsche.

Der Minister hat viel zu heiß gekocht

Nüchterne Untersuchungsbilanz vier Monate nach den Störfällen in Krümmel und Brunsbüttel

Von Klaus D. Voss

Diesen Satz mußte auch die Kieler Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) sofort unterschreiben: „Es hat zu keiner Zeit eine Gefährdung der Anlage sowie der Bevölkerung, des Personals und der Umwelt bestanden.“ Trauernicht führt als zuständige Ministerin die Aufsicht über die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel, die seit dem 28. Juni abgeschaltet sind. Und deshalb hat der Kraftwerksbetreiber Vattenfall ihr jetzt den Prüfbericht einer unabhängigen Expertenkommission auf den Schreibtisch gelegt.

Am 28. Juni war ein Maschinentransformator im Außenbereich des Kernkraftwerks Krümmel in Brand geraten; die Bedienermannschaft schaltete den Reaktor sofort ab – ohne daß dies aus Sicherheitsgründen wirklich notwendig gewesen wäre. Kurz nach diesem Zwischenfall war der Betrieb im Kernkraftwerk Brunsbüttel gestoppt worden, weil ein Kurzschluß im Verteilernetz Alarm ausgelöst hatte.

Aus beiden Vorgängen hatte die Kieler Umweltministerin auf Anleitung des – in Betriebsfragen von Atomkraftwerken nicht zuständigen – Bundesumweltministers Sigmar Gabriel eine bundesweite Kampagne gegen die Kernenergie gemacht.

Dabei hätten wenigstens die Fachleute für die Atomaufsicht im Kieler Ministerium Gitta Trauernicht schon nach dem ersten Augenschein auf die richtige Spur bringen müssen: Die beiden Störungen in den Kernkraftwerken waren sicherheitstechnisch unbedeutend. Schwarz auf weiß heißt es jetzt, daß es sich bei den beiden Vorkommnissen des 28. Juni um Ereignisse handelte, die „in die niedrigste Kategorie null der internationalen Bewertungsskala“ fallen. Vorfälle dieser Kategorie N haben keine oder nur eine sehr geringe sicherheitstechnische Bedeutung und werden nach den Regeln der Internationalen Atomenergieagentur IAEO nur gelistet, um mögliche Schwachstellen analysieren zu können. Auch die Weitergabe an die Aufsichtsbehörde hat Zeit – die Meldefrist beträgt fünf Tage.

Keine Gefährdung für die Umwelt

Fachleute haben einen sicheren Blick für solche Vorfälle, auch in der akuten Situation.

Was die Minister Gabriel und Trauernicht daraus gemacht haben, hat aber mit den Aufsichtsaufgaben und Kontrollfunktionen einer Obersten Landesbehörde wenig zu tun – die sollte eigentlich den Schutz der Bürger sicherstellen, weniger zur Verwirrung in der Bevölkerung beitragen.

Gabriel hatte seine Amtskollegin aber überzeugen können, die Kampagne um den Atomausstieg noch einmal zu führen. In der Wortwahl war Gabriel keinesfalls zimperlich: Er verlangte, die „Gefährdungsreaktoren“ ein für alle Mal stillzulegen. Allein wegen ihres Alters seien Brunsbüttel und Krümmel gefährlich.

Nach vier Monaten Untersuchungsarbeit ist Gabriel auch in diesem Punkt überführt. Die Experten schreiben, daß die beiden Kernkraftwerke in ihrer Sicherheitstechnik einem modernen Stand entsprechen. Immerhin sind in den letzten Jahren 300 Millionen Euro in die Modernisierung von Krümmel gesteckt worden, für Brunsbüttel hatte der Betreiber 600 Millionen Euro ausgegeben. Diese Zahlen muß auch die Kieler Ministerin Trauernicht schon in ihren Büchern gehabt haben; als Aufsichtsbehörde muß sie jede Veränderung in den Atomkraftwerken genehmigen. Gabriel hätte seine Kollegin nur fragen müssen.

Ein Fall der IAEO-Kategorie null

Mit Vattenfall geht die Expertenkommission streng ins Gericht. Vor allem die Unterrichtung der Öffentlichkeit zum akuten Zeitpunkt wurde beanstandet und Verbesserungen verlangt. Ein Punkt, der unter dem Eindruck der behördlichen Desinformation am 28. Juni und in den Tagen danach natürlich eine besondere Bedeutung gewinnt.

Kritisiert wurde auch die Kommunikation der Mitarbeiter untereinander beim Feueralarm in Krümmel – in einem Fall hatten Schichtleiter und Reaktorfahrer aneinander vorbeigeredet; allerdings hatte das Mißverständnis keine sicherheitstechnischen Auswirkungen. Jetzt sollen in den Kernkraftwerken strenge Kommunikationsregeln gelten.

Noch nicht auf einem Papier steht die heikelste Frage für die Kieler Ministerin – die der Haftung für behördliche Fehlgriffe. Vattenfall möchte die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel Anfang nächsten Jahres wieder in Betrieb gehen lassen und sieht nach Vorlage des Untersuchungsberichtes keinen Hinderungsgrund mehr. Trauernicht will das „aber nicht nachvollziehen“ und sucht noch nach Gründen, die Inbetriebnahme zu versagen. Wenn das nicht teuer für das Land Schleswig-Holstein wird: Die Abschaltung kostet den Konzern bis zu eine Million Euro pro Tag – was könnte da im Falle eines Falles an Schadenersatz für das Land zusammenkommen?

Geschichte vergällt

Von Harald Fourier

Die Jugendlichen in Berlin wissen fast nichts über die DDR, halten Helmut Kohl für einen Ossi und die Mauer für ein Bauwerk der Alliierten, so eine Untersuchung der Berliner Freien Universität, die bundesweit für Aufsehen sorgte. Medien fragen sich, was wohl falsch gelaufen sei bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

Die Ursachen dieser himmelschreienden Unkenntnis bei den Jungen selbst zu suchen, scheint völlig verfehlt. Ihnen wurde ein Bild von Deutschlands Geschichte insgesamt vermittelt, das nur noch zum Abwenden einladen kann. Warum sollten sie sich da ausgerechnet dem Mauerfall zuwenden? Zudem verkauften 68er-Lehrer im Westen den DDR-Sozialismus gar als eine „andere“, wenn nicht gar „bessere Demokratie“ und verstanden am 9. November die Welt nicht mehr. Gleichzeitig haben viele Lehrer in den neuen Ländern, die noch Margot Honecker als oberste Dienstherrin erlebt hatten, den Schülern lieber nichts aus der jüngeren Vergangenheit erzählt. Wer gestern noch regimetreu war, kann heute schlecht den Aufklärer spielen.

Und so ist es gekommen, wie es kommen mußte. Ein Zeitzeugnis lieferte letzte Woche der „Spiegel“ mit seiner 15seitigen Titelgeschichte „Geboren am 9. November“. Die Kinder, die letzte Woche volljährig wurden, interessieren sich für alle möglichen Dinge, aber kaum für die Revolution von 1989, die wir heute als „Wende“ (O-Ton Egon Krenz) bagatellisieren.

Eigentlich hat dieses Ereignis einen besseren Namen verdient. „Deutscher Herbst“ wäre die vielleicht zutreffende Bezeichnung – und es ist wohl kein Zufall, daß diese Wortkombination für ein schreckliches Ereignis wie den RAF-Terror von 1977 herhalten mußte. Die Begriffspräger der Republik können offenbar nur noch negativ.

So ist es schon vorgekommen, daß die jetzt 18jährigen aus der „Spiegel“-Geschichte ihre MP3-Spieler einschalten, wenn jemand auf der jährlichen Feierstunde zum Geburtstag der „Mauerfall-Kinder“ (gesponsert von VW) über das „Glück der Wiedervereinigung“ spricht. „Wie sollen sie dieses Glück empfinden? Sie haben die Mauer nie gesehen, da ist es schwer sich zu freuen, daß sie weg ist“, lauten die zwei aussagekräftigsten Sätze des ganzen Artikels. Es fehlt nur der Satz: „Denn niemand hat ihnen gesagt, warum die Vereinigung ein historisches Glück unerhörten Ausmaßes war.“

Dies hatten die Jungen von ihren Lehrern, ihren Eltern und den Medien eben kaum je gehört. Woher also sollten sie, denen deutsche Geschichte als hoffnungslose Mischung aus Verbrechen und Langeweile präsentiert wurde, Interesse entwickeln für den grandiosen Epochenwechsel vor 18 Jahren – und seine wechselvolle Vorgeschichte.

Schengen: Gemischte Gefühle

Ab 21. Dezember keine Kontrollen mehr an der Oder-Grenze – freie Fahrt für Kriminelle?



„Flüchtlinge in Polen warten nur darauf, sich nach Deutschland abzusetzen“: Grenzkontrolle bei Schwedt

Foto: photothek.net

Von Markus Schleusener

Florian H. (26) und Carl-Cesar K. (23) haben ihr Auto auf der bundesdeutschen Seite geparkt. Dann sind sie zu Fuß rüber auf die Ostseite von Frankfurt/Oder. „Weil es so doch schneller geht.“

Als die beiden Stunden später auf der Autobahn zurück nach Berlin unterwegs sind, da stoppt sie plötzlich der Zoll, der an der Grenze nichts von ihnen wissen wollte. Die Beamten leuchten mit Lampen ins Fahrzeug, lassen sich Personalpapiere aushändigen. „Waren Sie in Polen? Haben Sie zollfreie Ware eingekauft?“ Da die beiden nur die zulässige Menge bei sich führen, dürfen sie nach ein paar Minuten weiterfahren. (An der deutsch-holländischen Grenze wird in solchen Situationen regelmäßig nach Konsum oder Erwerb von Haschisch gefragt.)

So ist es heute schon: Grenzkontrollen finden im Hinterland statt – und nicht wie bislang an der „richtigen“ Grenze. Und gerade jugendlich wirkende Grenzgänger müssen damit rechnen, vom Zoll „rausgekellt“ zu werden, wie es die Ordnungshüter auszudrücken pflegen. „Verdachtsunabhängige Kontrolle“ lautet das Zauberwort, über das sich Florian H. und Carl-Cesar K. sehr geärgert haben. „Was ist das ganze Gerede über offene Grenzen wert, wenn wir dann wie Kriminelle kontrolliert werden?“ fragt einer der beiden empört.

Am 21. Dezember fallen auch die letzten offiziellen Kontrollen. Dann nämlich treten die 2004 in die EU aufgenommenen Mitglieder außer Zypern (also Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Malta und Slowenien) dem Schengen-Abkommen bei, und die Kontrolleure stellen ihre Arbeit ein, jedenfalls die an der Grenze. Die verdachtsunabhängige Überprüfung ist damit nicht vom Tisch, wenngleich das Personal dafür in Brandenburg drastisch reduziert wird.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gab sich erfreut, der Wegfall der Grenzkontrollen sei für Länder, die jahrzehntelang hinter dem Eisernen Vorhang gelebt hätten, von hoher psychologischer und politischer Bedeutung. Doch nicht alle sehen dem Termin so optimistisch entgegen wie der CDU-Politiker. Lars Wendland von der Polizeigewerkschaft GdP in Frankfurt/Oder befürchtet zunehmende Kriminalität nach dem Wegfall der Grenzkontrollen. Wendland behauptet, daß im kommenden Jahr 850 der 2100 Stellen der Bundespolizei in Brandenburg wegfallen – wegen der Reform der Bundespolizei.

Ab dem 21. Dezember könne man aus Polen über die Brücke nach Deutschland kommen, in einem Geschäft stehlen und ungehindert zurückkehren, so Wendland. Demnach wäre die Grenzöffnung so etwas wie ein Weihnachtsgeschenk für Kriminelle. Und mehr noch: „Polnische Grenzschützer signalisierten uns bereits, daß Flüchtlinge in Polen nur darauf warten, sich nach Deutschland abzusetzen“, berichtet der Gewerkschafter weiter.

Dennoch wird der Kontrollapparat an der Grenze Brandenburg-Polen zusammengestutzt. In Bayern dagegen werden all die bisherigen Grenzer für die verdachtunabhängigen Kontrollen im Hinterland der Grenze eingesetzt. Österreich setzt an der tschechischen Grenze gar sein Bundesheer ein.

Die Angst vor der osteuropäischen Kriminalität ist nach wie vor groß im Raum Berlin/Brandenburg. Immer wieder gibt es Fälle wie den von Horst S. Der neue Polo des Berliners wurde gestohlen und auf halbem Weg zur Oder „ausgeschlachtet“ vorgefunden. Der Verdacht: Osteuropäische Banden haben die wertvollen Ersatzteile entnommen, um sie – als Schrott deklariert – unerkannt nach Lettland oder Weißrußland zu bringen.

Können sich die Deutschen also mitfreuen, wenn Angela Merkel drei Tage vor Heiligabend die Abschaffung der Kontrollen mit den üblichen Europa-Reden feiern läßt? Die Kanzlerin wird wohl persönlich dabei sein, wenn der symbolische Akt vollzogen wird.

Ist es zulässig, sich über die Maueröffnung zu freuen und die Grenzöffnung nach Osten kritisch zu beäugen? Zwei Tage vor dem jüngsten Jubiläum des Mauerfalls empfing das „Checkpoint Charlie“-Museum in Berlin einen Ehrengast aus dem Diplomatischen Korps. Rudolf Jindrák, seit knapp einem Jahr der Botschafter Tschechiens in Berlin, sprach über den Wegfall der Grenzen in Europa. Mit großem Interesse verfolgten die geladenen Gäste, darunter Kollegen Jindráks wie die Vertreterin Afghanistans oder Politikerinnen wie die geborene Danzigerin Hanna Renate Laurien (Ex-Schulsenatorin, CDU), den Vortrag des Diplomaten.

Jindrák erinnerte in seiner Rede an die Ausreise von DDR-Flüchtlingen via Prager Botschaft und sagte: „Wir waren von der freien Welt getrennt durch einen Eisernen Vorhang. Das kann ein Zeitzeuge niemals vergessen.“ Jindrák war damals 23 Jahre alt.

Der Zusammenbruch des Kommunismus sei ein Wunder gewesen, führte er weiter aus. Auch deswegen habe der bevorstehende Wegfall der Kontrollen am Jahresende für ihn „persönlich eine sehr starke symbolische Bedeutung, mehr noch als der EU-Beitritt 2004“.

Diese EU-Erweiterung vor drei Jahren war ebenfalls von Befürchtungen begleitet. Die meisten davon haben sich nicht bewahrheitet. Ob die Vorteile der endgültigen Grenzöffnung am Ende dieses Jahres die Nachteile überwiegen, wird sich erst noch zeigen.

Wenn Bundesinnenminister Schäuble nächste Woche nach Frankfurt an der Oder kommt, um sich über die Lage vor Ort zu informieren, dann will ihn die Polizeigewerkschaft mit einer großen Demo erwarten.

Politik soll für gutes Haschisch sorgen

Grünen-Politiker fordert Freigabe privater Cannabis-Plantagen für den »Eigenbedarf«

Von Markus Schleusener

Am 2. September öffnete in der Berliner Kastanienallee eine Kunstausstellung ihre Pforten. Ein Australier hat Zeitungsseiten per Hand abgeschrieben, einen Ikea-Einkaufskorb umdekoriert und eine Pappfigur in Form der „neuen sieben Weltwunder“ gebastelt. Typisch moderne Kunst, typisch Prenzlauer Berg, typisches Szenepublikum: junge Leute, zum Teil mit Kindern.

Plötzlich springt die etwa zehnjährige Tochter einer Ausstellungsbesucherin los: „Ich will in den Park da drüben“, ruft sie, und ihre Mutter signalisiert ihr mit einer Handbewegung, daß sie „entlassen“ ist. Doch dann raunt sie eine (offenbar ortskundige) Freundin an: „Bist du wahnsinnig? Da sind doch die Dealer!“

Auf der anderen Straßenseite ist der Volkspark am Weinberg, eine seit Jahren als Umschlagplatz für Drogen bekannte Grünfläche mit vielen Wiesen und einigen wenigen Bäumen.

Der Volkspark ist strategisch günstig gelegen: Es gibt eine U-Bahn (die berüchtigte Drogenlinie Nummer 8), mehrere Straßenbahnen, Schulen, Szenekneipen und Diskotheken. Die Händler, meist Araber und Afrikaner, können nach allen Seiten verschwinden, wenn ihnen die Luft zu heiß wird. Der Weinbergpark ist also wie gemacht, vor allem, nachdem die Drogenszene von der Polizei aus dem weiter nördlich gelegenen Mauerpark verdrängt worden ist.

Die Ordnungshüter haben 2006 ihr Personal hier verdoppelt. Sie erteilten nach Medienberichten 900 Platzverweise nach 1500 Personenüberprüfungen. 200 Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz wurden demnach eingeleitet.

Also harte Linie gegen Drogen in Berlin? Die Grünen haben da so ihre ganz eigenen Vorstellungen. Die Abgeordnetenhausfraktion der Partei hat einen „drogenpolitischen Sprecher“: Benedikt Lux wirbt gerade für die Freigabe von Hanfzucht für den „Eigenbedarf“.

Lux meint, fünf Pflanzen pro Kopf seien eine angemessene Menge. Durch die Hauszüchtung ließen sich schließlich gesundheitliche Schädigungen vermeiden, die entstünden, wenn Kiffer verunreinigte Drogen nähmen.

Am vergangenen Wochenende ist nämlich herausgekommen, daß in Leipzig Cannabis gehandelt wurde, das mit Eisenspänen gestreckt war. Das Metall macht die „Ware“, die nach Gramm bezahlt wird, schwerer. Die Geprellten inhalieren giftige Gase. Vor allem, wenn es sich bei dem Metall um Blei handelt wie in der Sachsenmetropole.

Zwar ist Berlin nicht Leipzig, und Drogenhandel ist eigentlich sowieso verboten – aber der Grünen-Abgeordnete findet es wichtig, sich dennoch darüber Gedanken zu machen. Es könne doch nicht sein, daß die vielen Kiffer in der Stadt auf sich allein gestellt seien, wenn es darum gehe, sauberen Stoff zu bekommen, so seine Logik. Die Gesundheitsverwaltung und die Polizei seien gefordert, beschlagnahmte Drogen auf Schadstoffe hin zu untersuchen, schrieb der 26jährige in einer Pressemitteilung.

Der Staat als Garant „sauberer“ illegaler Drogen? Da muß es wohl selbst bei den Grünen Krach gegeben haben: Die Erklärung wird inzwischen von Lux' Büro selbst auf Nachfrage nicht mehr verschickt. Die Internetseite des Grünen ist geschlossen.

Auch der deutsche Hanfverband (auch so etwas gibt es, auch im Prenzlauer Berg, und zwar in einer Gegend, in der viel gedealt wird) fordert dennoch unverdrossen eine staatliche Gütekontrolle der verbotenen Drogen: „Den Handel einem Schwarzmarkt zu überlassen, bringt mehr Risiken als Nutzen.“ Eine absurde Vorstellung. Schließlich sorgt die Polizei bei bewaffneten Jugendbanden auch nicht dafür, daß ihre Messer auch immer schön sauber sind.

Tatsache ist allerdings, daß aus genau den von Lux aufgeführten Gründen immer mehr Kiffer ihren eigenen „Stoff“ herstellen. Der Trend geht weg vom Erwerb beim Marokkaner im Volkspark – hin zur Eigenplantage. Eine Entwicklung, der Lux mit seiner spektakulären Pressemitteilung wohl Rechnung tragen wollte.

Immer öfter ziehen Rauschgiftkonsumenten ihre Pflanzen in der eigenen Wohnung, aber der intensive Geruch im Treppenhaus läßt sie oft auffliegen. Auch der Umzug aufs Land hilft nicht unbedingt. Im September wurden zwei Henningsdorfer festgenommen, die in ihrem Haus vor den Toren Berlins Cannabis angebaut und geerntet hatten.

Wirtschaft attackiert Senat

Berlins Wirtschaft geht mit dem rot-roten Senat des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) hart ins Gericht. Zwar werde Berlins Wirtschaft in diesem Jahr wohl um 2,5 Prozent wachsen, so der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK), Eric Schweitzer. Doch: „Unternehmen wachsen nicht wegen, sondern trotz Klaus Wowereits Politik.“

Angesichts der guten Zahlen sei Rot-Rot gar in eine „gewisse Selbstzufriedenheit“ verfallen und befasse sich lieber mit Themen wie der geplanten „Umweltzone“ als mit der Wirtschaft.

Laut dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Thomas Dohmen, ist die „Umweltzone“, die abgasstarken Dieselfahrzeugen ab Januar die Fahrt durch weite Teile Berlins verbietet, ein schwerer Schlag für den Mittelstand. Die vom Senat für kommenden Oktober beschlossene Schließung des Flughafens Tempelhof nannte IHK-Chef Schweitzer „völligen Schwachsinn“. *H.H.*

Zeitzeugen



Friedrich Wilhelm III. – Der 1770 geborene König von Preußen (1797–1840) machte den letzten Sonntag vor dem ersten Advent 1816 zum Gedenktag für die gefallenen Deutschen der Napoleonischen Kriege. Als „Totensonntag“ wird der Tag noch heute begangen.

Königin Luise – Die 34jährig 1810 verstorbene Gemahlin Friedrich Wilhelms III. erlangte schon zu Lebzeiten eine nahezu mythische Verehrung – auch und besonders unter Preußens Soldaten: Zum Schrecken der hohen Offiziere, doch zur Begeisterung der einfachen Soldaten verfolgte die Monarchin die Schlacht von Jena und Auerstedt im Hauptquartier der preußischen Truppen, statt in sicherer Entfernung zu bleiben. Auch ihrem Gedenken soll der Totensonntag ursprünglich gegolten haben.



Theodor Heuss – Als erster Bundespräsident (1949–1959) erklärte Heuss den Volkstrauertag 1952 zum offiziellen Gedenktag. Heuss war schon im Kaiserreich aktiv in der liberalen „Fortschrittlichen Volkspartei“, in der Weimarer Zeit bei der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und nach den Kriegen in der FDP. Der 1884 geborene Heuss trug durch seine besonnene Art viel zur politischen Stabilisierung in Westdeutschland nach den vorangegangen Umwälzungen bei. Er starb 1963.

Ernst Jünger – Der Schriftsteller, Philosoph und Zoologe Jünger (1895–1998) schrieb in den 20er Jahren seine Fronterlebnisse des Ersten Weltkriegs in mehreren Büchern nieder. Am bekanntesten blieb das erste Werk „In Stahlgewittern“ von 1920. Er beschreibt den Krieg als elementare Erfahrung, nimmt aber im Unterschied zu anderen Kriegsliteraten keine pazifistische Haltung ein.



Ludwig Uhland – Der Dichter und Politiker Uhland (1787–1862) dichtete das Lied „Der gute Kamerad“. Es ist das einzige Lied außer Natinonalhymnen, dem Soldaten den militärischen Gruß zu erweisen haben. Uhland galt im 19. Jahrhundert als einer der bedeutendsten deutschen Dichter, weshalb noch heute zahllose Straßen nach ihm benannt sind. 1848/49 war er liberaler, großdeutsch gesinnter Abgeordneter im Frankfurter Paulskirchen-Parlament.

Ehre den Toten

Volkstrauertag und Totensonntag: Mehr als nur zwei Tage im November

Von Mariano Albrecht

Vielen Deutschen, besonders den jüngeren, fällt die Besonderheit dieser Gedenktage erst auf, wenn sie im Fernsehen Gottesdienste und Gedenkfeiern wahrnehmen. Auch am kommenden Sonntag, dem Volkstrauertag, wundert sich so mancher Besucher von Bars oder Caffes, wenn auf Musik und Tanz verzichtet wird. Der Volkstrauertag am 18. November sowie der Totensonntag am 25. November sind dem Gedenken an die Verstorbenen gewidmet. Der Gesetzgeber hat für diese Tage unter anderem Märkte, gewerbliche Ausstellungen, sportliche Veranstaltungen, Zirkusvorstellungen, Volksfeste, den Betrieb von Spielhallen und Unterhaltungsveranstaltungen zeitweise untersagt. Das Veranstaltungsverbot erstreckt sich am Totensonntag auf die Zeit von 5 Uhr bis 18 Uhr. Am Volkstrauertag bis 13 Uhr. Deutschland gedenkt auch 60 Jahre nach dem Ende des letzten Krieges der Gefallenen zweier Weltkriege. Daran konnten auch immer wiederkehrende Versuche linker Kreise, den Feiertag zu dämonisieren, nichts ändern, und das ist gut so.

Am Volkstrauertag wird in Deutschland aller Kriegstoten und Opfer von Gewaltherrschaft der beiden Weltkriege gedacht. Engländer begehen am 11. November den Remembrance Day. Auch der englische Feiertag begründet sich auf das Ende des Ersten Weltkrieges und das Opfergedenken. Für viele Jüngere kaum nachvollziehbar. Ist das Gedenken an die Opfer aus der Großelterngeneration zeitgemäß?

In den Niederlanden hat man einen Schritt gewagt, mit dem sich Deutschland noch schwertut. Am 4. Mai wird der Toten des Zweiten Weltkrieges sowie späterer Militäroperationen gedacht, ein Schritt in die richtige Richtung. Auch Deutschland hat 2007 wieder Kriegstote zu beklagen. Seit 1955 kamen 2600 Soldaten und Zivilisten der Bundeswehr bei ihrer Pflichterfüllung ums Leben. Und deutsche Soldaten sterben in Afghanistan für einen Krieg, der kein deutscher ist.

Nach langen Diskussionen sollte am diesjährigen Volkstrauertag der Grundstein für einen würdigen Ort des Gedenkens an die „neuen deutschen Opfer“ im Bendler-Block in Berlin gelegt werden. Doch während man sich darüber streitet, ob „nur“ der seit 1990 im Auslandseinsatz getöteten 69 Bundeswehr-Soldaten oder auch all jener gedacht werden soll, die seit dem Bestehen der Truppe bei Abstürzen, Unfällen und auch Selbstmorden umkamen, liegt für die Gedenkstätte noch nicht einmal die Baugenehmigung vor.

Die Einbeziehung der Bundeswehropfer wäre ein zeitgemäßer Schritt, das Gedenken an Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft auch für die jüngere Generation in die Gegenwart zu holen. Ist Trauern eine Frage des Alters?

Der Totensonntag ist zwar wie der Volkstrauertag dem Totengedenken gewidmet, jedoch als religiöser Gedenktag für die verstorbenen Angehörigen. Der letzte Sonntag vor dem ersten Advent wird auch als Ewigkeitssonntag bezeichnet. Dieser Name scheint mit dem Blick auf die Ewigkeit des Seins über das irdische Leben hinaus passender zu sein. So heißt es in der Offenbarung: „Und ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde. Denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr.“ Nach christlichem Selbstverständnis ist der Tod nicht das Ende allen Lebens, sondern mit Blick auf den Auferstehungsgedanken auch ein neuer Anfang für das ewige Leben.



Gang auf den Friedhof: Menschen brauchen Orte für ihre Trauer. Foto: ddp

Doch hat unsere schnellebige und auf Jugend ausgerichtete Gesellschaft ein generelles Problem mit Alter, Krankheit und Tod. Diese Tabuisierung gilt es zu durchbrechen. Viele Jüngere verdrängen den Trauergedanken. In einer schnellebigen Zeit, in der Jugendwahn und Zeitgeist den Gedanken an Krankheit und Tod zum Tabu machen, bleibt wenig Muße, sich dem würdigen Gedenken an die Verstorbenen zu widmen. Daß sich wieder mehr jüngere Menschen zum christlichen Glauben bekennen, läßt hoffen. Vielen bietet die christliche Sichtweise Mut und Orientierung sich im Leben zurechtzufinden, zu akzeptieren, daß irdisches vergänglich ist, die Spaßgesellschaft nur ein Teil unseres Lebens. Diejenigen, die Krieg, Flucht, Vertreibung und schwere Krankheiten erlebt haben, erinnern sich schmerzvoll der Angehörigen und Freunde, die vor ihnen gehen mußten. Ein Leben für die Vergangenheit?

Wer heute sorgenfrei durch das Leben geht, stellt sich im besten Alter die Frage: Wieviel Zeit bleibt mir noch? Mit dem Blick auf Erreichtes und zu Erwartendes sollte auch der Gedanke an den Tod nicht aus dem Leben verdrängt werden. Ein Blick in die Nachbarschaft, in die Zeitung macht deutlich: Der Tod ist gegenwärtig. Ein Amoklauf in der Schule, der tödliche Autounfall nach der Disko zeigen: Es trifft auch junges Leben. Um unsere Trauer zu bewältigen, brauchen wir Orte und Rituale. Wer am Totensonntag in stillem Gedenken an die Gräber seiner Angehörigen geht, lebt nicht in der Vergangenheit. Der letzte Sonntag vor dem ersten Advent ist also ein Tag, an dem wir die Gedanken auch in die Zukunft wenden sollten.

Was ist ein stiller Feiertag?

Von den in Deutschland heute geltenden gesetzlichen Feiertagen wurden nur zwei vom Reich beziehungsweise vom Bund eingeführt: Der 1. Mai ist seit 1933 arbeitsfrei, der 3. Oktober seit 1990, als die DDR als Abschluß der Revolution von 1989 der Bundesrepublik beitrat. Bis einschließlich 1990 war der 17. Juni in Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR 1953 bundesweit frei. Sein Titel „Tag der deutschen Einheit“ ging 1990 auf den 3. Oktober über.

Alle übrigen gesetzlichen Feiertage gehen auf die Länder zurück, wobei neben den bundesgesetzlichen weitere sieben Feiertage in allen Bundesländern gleich sind.

Eine besondere Stellung nehmen die „stillen Feiertage“ ein, zu denen auch Volkstrauertag und Totensonntag zählen. Hier gelten besondere Bestimmungen, um die Würde des Tages zu schützen – so etwa das in fast allen Bundesländern übliche Verbot von Tanz und lauter Musik am Karfreitag.

Verbot von lauter Musik und Tanz

Zu den „stillen Feiertagen“ gehört auch noch immer der Bußund Bettag. Als arbeitsfreier Tag wurde er zwar 1995 abgeschafft, blieb jedoch weiterhin geschützt. Die Abschaffung als arbeitsfreier Tag stieß seinerzeit auf heftige Kritik.

In Sachsen ist er weiterhin arbeitsfrei – allerdings auf Kosten der sächsischen Arbeitnehmer, die einen entsprechend höheren Beitrag zur Pflegeversicherung zahlen müssen. Bundesweit steht es überdies jedem Arbeitnehmer offen, am Bußund Bettag unbezahlt freizunehmen, was ihm der Arbeitgeber nur im Ausnahmefall verweigern darf.

Zu den stillen Feiertagen zählen neben den genannten noch Aschermittwoch, Gründonnerstag, Oster- und Pfingstsonntag, Allerheiligen sowie der Heilige Abend.

Bundesweit arbeitsfrei sind zudem Neujahr, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag sowie die beiden Weihnachtsfeiertage.

Andere freie Tage auf Länderebene orientieren sich daran, ob das jeweilige Land eher protestantisch (Reformationstag in den neuen Ländern) oder katholisch (Fronleichnahm im Süden und Westen) geprägt ist. *H.H.*

Preußen setzte auf verbindende Trauer

König Friedrich Wilhelm III. gab den Protestanten einen eigenen Tag »zur Erinnerung an die Verstorbenen«

Von Hans Heckel

Deutschland und Europa standen noch ganz unter dem Eindruck des verheerenden Gemetzels, das als „Napoleonische Kriege“ in die Geschichte einging. Am 17. November 1816 bestimmte Preußens König Friedrich Wilhelm III. für die evangelische Kirche in seinem Staat den Sonntag vor dem ersten Advent zum „allgemeinen Kirchenfest zur Erinnerung an die Verstorbenen“. Der „Totensonntag“ wurde von den übrigen Landeskirchen bald übernommen.

Bis dahin fehlte den Protestanten ein Totengedenktag wie „Allerseelen“, der 2. November, an dem die Katholiken ihrer Verstorbenen gedenken.

Motiviert wurde Friedrich Wilhelm gewiß von der furchtbaren Erfahrung der zurückliegenden Kriege, die mit den Befreiungskriegen ihr Ende fanden. Die Befreiungskriege entfachten bei den Deutschen ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl. Jene gefallenen Kämpfer feierlich zu würdigen, die für diesen gemeinsamen Aufbruch ihr Leben gegeben hatten, traf das patriotische Empfinden.

Historiker vermuten zudem, daß der König mit dem Tag auch die Trauer um seine 1810 im Alter von nur 34 Jahren verstorbene Frau Luise verewigen wollte. Die Königin ist im Gedächtnis ihrer Zeit untrennbar mit dem Überlebenskampf Preußens und Deutschlands verbunden.

Einen „Volkstrauertag“ schlug der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1919 als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs vor, aber erst 1922 fand die erste Gedenkfeier im Reichstag statt. Seit 1926 wurde er regelmäßig am fünften Sonntag vor Ostern begangen („Reminiscere“).

Die Nationalsozialisten widmeten den Trauertag zum „Heldengedenktag“ um.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde an die Weimarer Tradition wieder angeknüpft und der Feiertag erhielt seinen alten Namen zurück. 1950 hielt der Bundestag seine erste Gedenkstunde zum Volkstrauertag ab. Auch um sich vom Heldengedenktag der Nationalsozialisten abzugrenzen, wurde 1952 beschlossen, das Datum in den November zu verlegen, an das Ende des Kirchenjahres. Seitdem gilt der Trauertag dem Gedenken aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, gleich welcher Nation und welches Krieges – und selbstverständlich auch der Vertreibung.

Traditionell wird zur Feier des Volkstrauertages das Lied „Der gute Kamerad“ gespielt und gesungen. Oft besser geläufig unter dem Titel 'Ich hatt' einen Kameraden" dichtete Ludwig Uhland die drei Strophen 1809 in Tübingen. Uhland schrieb es tief getroffen über den Einsatz badischer Soldaten, die unter französischem Befehl gegen die um ihre Freiheit ringenden Tiroler kämpfen mußten. Uhland hatte Konntakte zu beiden Seiten und litt so mit seinen kämpfenden Freunden unter dem erzwungenen Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche. Der Text faßt die Tragödie des Soldaten schlechthin in schlichte, eindringliche Worte. 1825 gab Friedrich Silcher dem Lied seine noch heute gültige Melodie.

Auf dem Volkstrauertag gespielt, doch schon in der Zeit gedichtet, aus der der Totensonntag entstanden war, verbindet das Lied heute die historischen Wurzeln der beiden Gedenktage miteinander.

Das große Gähnen

Vor allem die Mittelschicht entzieht sich der Politik, da sie auf Politiker-Reden immer weniger gibt

Von Paul Holland

Das Ansehen von Parteien und Parlamenten ist tatsächlich lausig.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert übertreibt nicht – die einvernehmlich von SPD und CDU ausgehandelte fast zehnprozentige Erhöhung der Abgeordnetendiäten hat das schlechte Image von Politik und Politikern wieder in die Schlagzeilen gebracht. Die Bürger würden die Bedeutung und Leistung ihrer Politiker verkennen, lamentiert Lammert. Tun sie das wirklich?

Auch wenn die Politikerversorgung aus der Staatskasse derzeit wieder die Gemüter erhitzt: Mit Selbstbedienungsvorwürfen wie in den 90ern hat die Politik- beziehungsweise Parteienverdrossenheit nur noch sekundär zu tun, meint der Hamburger Parteienforscher Elmar Wiesendahl gegenüber dieser Zeitung. In den 80er Jahren habe noch jeder zweite Bundesbürger den Politikern vertraut, gegenwärtig seien es nur noch 15 Prozent, bei den Jugendlichen gerade mal jeder Zwanzigste. Tiefere Ursache des Vertrauensschwundes: Die Bürger, urteilt Wiesendahl, empfinden den Politikbetrieb als abgehoben, weil ihre Anliegen und Nöte darin keine Rolle mehr spielen.

„Linke“ Positionen wie Mindestlohn, Rücknahme von Einschnitten und Ausbau des fürsorglichen Wohlfahrtsstaates haben in Deutschland schon lange solide Mehrheiten, schreibt Renate Köcher vom Meinungsforschungsinstitut Allensbach in der „WirtschaftsWoche“. Von einem kürzlich erfolgten „Linksruck“ könne daher keine Rede sein. Doch die Erfüllung solcher Wünsche, weiß Wiesendahl, ist unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung unrealistisch. Das Dilemma nagt von links an der SPD und stürzt die Union in tiefen Zwiespalt zwischen Wirtschafts- und Arbeitnehmerflügel, analysiert der renommierte Parteienforscher. Populistische Parteien wie „Die Linke“ geraten in dieselbe Falle, sowie sie an der Regierung sind.

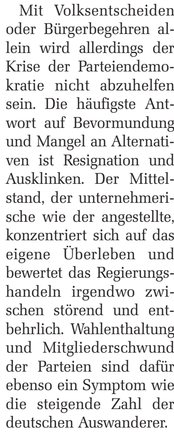
Die Parteien flüchten sich daher in die Symbolpolitik. Entscheidungsscheu ebnet diese programmatischen Unterschiede ein, die Parteien werden einander immer ähnlicher. An die Stelle unterscheidbarer Positionen ist die „amerikanisierte“ Politikvermittlung auf dem Boulevard des Persönlichen getreten. Mit bitteren Wahrheiten ist es schwer, Wahlen zu gewinnen, vor allem wenn man sich einschüchtern läßt: Was die Union im letzten Bundestagswahlkampf gelernt hat, gilt für alle.

Kein Wunder also, daß das US-Magazin „Newsweek“ die Bundeskanzlerin als entscheidungsschwache „Mrs. Feelgood“ verspottet, die klaren Festlegungen aus dem Weg geht. Eher schon überrascht, daß die FDP aus der marktwirtschaftlichen Schwäche von CDU und CSU keinen Vorteil schlägt. Parteichef Westerwelle hängen die Spaßkampagnen à la „Guidomobil“ und „Projekt 18“ noch immer nach, und der Virus, es sich mit den Umverteilungserwartungen der Masse nicht verderben zu wollen, hat alle angesteckt.

Hinzu kommt, daß Abgeordnete und Parlamente selbst immer weniger zu entscheiden haben. 84 Prozent der Gesetzesakte, beklagte jüngst Ex-Bundespräsident Roman Herzog, kämen heute bereits aus Brüssel. Und was an Gesetzen gemacht wird, hat oft handwerkliche Mängel. Der Drang der Politik-Prominenz in die Talkshows entwertet die Institutionen zusätzlich. Vor diesem Hintergrund klingen die Klagen des Bundestagspräsidenten über die angeblich unstandesgemäße Bezahlung der Abgeordneten schon einigermaßen unglaubwürdig.

Zu dem Gefühl, die eigene Wählerstimme sei immer weniger wert, kommt noch, daß die Bürger selbst dort, wo es möglich wäre, immer weniger mitzureden haben. Euro, EU-Vertrag oder Afghanistaneinsatz etwa wurden gegen den manifesten Willen der Mehrheit beschlossen und durchgezogen. Wo immer es um die Einführung neuer Elemente der direkten Demokratie geht, wird abgeblockt, obwohl gerade sie dem Verdruß immerhin ein Ventil öffnen könnte, wie Wiesendahl betont.





Straßenwahlkämpfer auf der Suche nach „Opfern“: Nur wenige Bürger zeigen Interesse. Foto: Visum

Mit Volksentscheiden oder Bürgerbegehren allein wird allerdings der Krise der Parteiendemokratie nicht abzuhelfen sein. Die häufigste Antwort auf Bevormundung und Mangel an Alternativen ist Resignation und Ausklinken. Der Mittelstand, der unternehmerische wie der angestellte, konzentriert sich auf das eigene Überleben und bewertet das Regierungshandeln irgendwo zwischen störend und entbehrlich. Wahlenthaltung und Mitgliederschwund der Parteien sind dafür ebenso ein Symptom wie die steigende Zahl der deutschen Auswanderer.

Die politische Klasse ficht das nicht wirklich an – selbst bei Minimal-Wahlbeteiligung kann sie alle Posten legitim besetzen, und die Parteien sind findig im Auftun neuer Geldquellen. Eine wirksame Demokratiereform, die den Wahlbürger stärker in den Mittelpunkt rückt, müßte daher nach Ansicht von Experten zunächst die Macht der Parteiapparate beschneiden und „Strafmechanismen“ für schlechte Politik einführen. Durch ein Mehrheitswahlrecht etwa oder durch die Reduzierung der Mandatszahl entsprechend der Wahlbeteiligung – wenn nur die Hälfte wählen geht, wird auch nur die Hälfte der Abgeordnetensitze vergeben. Der Schock wäre für manchen heilsam.



MELDUNGEN

Bachelor macht Studium günstig

Köln – Akademiker, die zum Jahresende 2006 ihr Studium erfolgreich an einer Universität in den neuen Bundesländern absolvierten, haben im Laufe des Studiums für die Lebenshaltung im Durchschnitt rund 46 800 Euro ausgegeben. In Westdeutschland standen hingegen unterm Strich 55 700 Euro auf der Rechnung. Am meisten berappten die angehenden Philosophen für Miete, Mensa, Bücher, Klamotten, Kino und Co. – sie brauchen bis zum Examen im Schnitt acht Jahre. Angehende Lehrkräfte kamen kaum billiger weg; das klassische Lehramtsstudium fürs Gymnasium zählt noch immer zu den längsten universitären Studiengängen. Das kleinste Budget mußten Chemiker und Apotheker einkalkulieren – sie ziehen ihr Studium zügig durch. Insgesamt günstiger kommt der Lebensunterhalt während des Studiums wegen der kurzen Studiendauer die Absolventen von Fachhochschulen. Die größte Entlastung des studentischen Geldbeutels aber bringen die neu eingeführten Bachelorabschlüsse. Diese verringern die privaten Investitionen in die Lebenshaltung gegenüber der traditionellen universitären Ausbildung um bis zu 30 Prozent – Studiengebühren inklusive. *IW*

Lob für IAB-Forscher

Nürnberg – Der Wissenschaftsrat, das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium der Regierung, stellt dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ein sehr gutes Zeugnis aus. „Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das IAB eine national hervorragende und international sehr anerkannte wissenschaftliche Einrichtung ist, die über das Potential verfügt, auf europäischer Ebene eine führende Rolle zu übernehmen“, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Bewertungsbericht.

Ost-Deutsch (41):

Bier

Von Wolf Oschlies

Über 100 tschechische Wörter wollte ich meinen Studenten vor der Prag-Exkursion 2006 beibringen. Gelernt haben sie eins, das aber gründlich: pivo (Bier). Pivo gibt es bei allen Slawen und in seinem „Russischen Etymologischen Wörterbuch“ deutete Max Vasmer an, es habe mit deutschem „Bier“ eine gemeinsame Wurzel im gotischen „bius“. Aber bewiesen ist gar nichts. Prost!

Leider bin ich mit Studenten nie in Bulgarien gewesen, denn dort wär's richtig spannend geworden. Bulgaren reden als einzige Slawen von „bira“, wenn sie das Getränk generell meinen – das sie dann in diverse „piva“ (Plural) aufteilen: Pirinsko pivo, Schopsko pivo, Plevensko pivo und so weiter durch alle Regionen und Städte Bulgariens, die Studenten mit der bulgarischen „chalba“ (Halbe) in der Faust tiefstens erkundet hätten. So kann ich nur auf die „Birenata partija na Balgarija“ (Bierpartei Bulgariens) verweisen, die unter dem Slogan „Tschres svetlo pivo kam svetlo badeschte“ (Mit hellem Bier zur hellen Zukunft) seit Jahren fröhlichen Bierklamauk im Weinland Bulgarien treibt.

Auch in reinen Pivo-Ländern auf dem Balkan ist deutsches Bier sprachlich vorhanden, nämlich in der „birtija“, der vom Bier- oder Wirtshaus abgeleiteten urigen Kneipe, in die man gern und häufig geht. Ein mazedonischer Autor hat unlängst alle staatlichen, kirchlichen und sonstigen Feiertage des Landes zusammengezählt und seine Rechnung mit der Frage beendet: „Drshawa e ova ili brtija“ (Ist das ein Staat oder eine Kneipe)?

Wenn die Sprachhistoriker recht haben, dann wurde das Wort vor Zeiten von Zagreber „purgerski birtasi“ (bürgerlichen Bierfreunden) bei Kroaten, Serben, Bosniern und Mazedoniern eingeschleppt. Kleine Wortwandlungen sind seither unverkennbar: Ein „birtas“ ist der Wirt eines Bierhauses – ein „birtijas“ hingegen dessen schluckstarker Nutzer. Birtasi und birtijasi finden sich natürlich überall, aber in Kroatien hat der geistvolle Srecko Jurdana vom Zagreber Wochenblatt „Nacional“ ganze „halblegale Zonen“ ausgemacht, in denen Birtasa-Undurchdringlichkeit herrscht, angefüllt mit „Kriegskult, patriotischer Kitscheraj und Ustascha-Symbolik“. Dort endet die Birtija-Gemütlichkeit, wie auch „Kroatiens europäischer Eifer“.

Schlachtfeld Jugendhilfe

In Halle läuft eine Kampagne gegen die Neuausrichtung der Jugendhilfe

Von Mariano Albrecht

Halle macht Schlagzeilen wie diese: „Heimkinder sollen in Problemfamilien abgeschoben werden.“ Es geht um die Konsolidierung des Haushaltes, in der Jugendhilfe soll gespart werden. Doch was passiert wirklich?

In den Heimen und Pflegeeinrichtungen der Stadt Halle werden zirka 340 Kinder und Jugendliche betreut, die aus problematischen familiären Verhältnissen in staatliche Obhut genommen werden mußten. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) und Jugendamtsleiter Lothar Rochau haben nun beschlossen, die Heime zu leeren und die Kinder und Jugendlichen aus deren Obhut vor die Tür zu setzen. Zurück in die Familien, in denen sie Vernachlässigung, Gewalt, Alkohol und Drogenmißbrauch ausgesetzt waren, heißt es.

Problemkinder aus Heimen rausgeworfen?

Die Stadt hat angeblich kein Geld mehr für den Unterhalt der Einrichtungen, die weitgehend von freien Trägern der Jugendhilfe betrieben werden. Das Konzept für die Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich wurde nicht etwa vom Jugendamt erarbeitet.

Dagmar Szabados, damals noch Sozialdezernentin, beauftragte bereits im Jahr 2005 die gemeinnützige START gGmbH, ein Beratungsunternehmen im Sozialbereich, mit der Erarbeitung eines Konzeptes und gab dafür viel Geld aus. In den Jahren 2005 und 2006 sollen 160 000 Euro an START und den Geschäftsführer Klaus Roth geflossen sein. Zwei Millionen Euro sollten mit dem Konsolidierungskonzept bis zum Jahresende eingespart werden. Medien, freie Träger und Mitarbeiter der Jugendhilfe laufen Sturm gegen Szabados, Roth und den Leiter des Jugendamtes Lothar Rochau. Doch es geht nicht darum, Problemkinder auf die Straße zu setzen.

In einer dilettantisch formulierten Dienstanweisung forderte Rochau am 3. September seine Sozialarbeiter auf, bis zum 30. September alle Kinder und Jugendlichen in ihre Familien zurückzuführen. Ein nicht realisierbares Unterfangen, da die meisten Heimbewohner per richterlichem Beschluß in die Obhut der Einrichtungen gelangten. Das hätte Rochau wissen müssen. Absicht oder Taktik?

Sozialexperte Herwig Lempp von der Fachhochschule Merseburg kritisiert, daß kaum Jugendamtsmitarbeiter und freie Träger in die Entwicklung des Sparkonzeptes einbezogen wurden. Mitarbeiter des Jugendamtes berichten von der „Zerschlagung“ funktionierender Arbeitsstrukturen. Veränderungen können unangenehm sein.

Freie Träger fürchten um ihre »Kunden«

Freie Träger sehen das Kindeswohl gefährdet und meinen die eigene Existenz. Immerhin geht es um einen geschätzten Etat von 18,5 Millionen Euro pro Jahr. Ein Heimplatz kostet monatlich 3000 Euro für jedes Kind.

Die START gGmbH und ihr Geschäftsführer Klaus Roth gingen mit markigen Begriffen von „Kompetenzteams“, „multiprofessionellen Teams“ und „Sozialräumen“ an die Aufgabe, alte Strukturen zu entflechten. Unter der „Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls“ sollen zukünftig teure Heimplätze zur Ausnahme werden. Im Klartext heißt das, erklärt Klaus Roth, „es nach Möglichkeit gar nicht erst zur Heimeinweisung kommen zu lassen“. Sein Konzept basiert auf einer Begleitung von Problemfamilien durch Sozialarbeiter, nicht vom Schreibtisch aus, sondern vor Ort, zum Beispiel in Familienwohngruppen oder durch Hausbesuche von Sozialarbeitern. Doch warum stehen offenbar alle freien Träger und auch die Mitarbeiter des Jugendamtes gegen die Neuausrichtung?

Lothar Rochau rudert zurück, spricht von unglücklichen Formulierungen in seiner Dienstanweisung. Unglücklich war offensichtlich auch die Führung seines Amtes in der Vergangenheit, durch die das Heim für viele Jugendliche zur Endstation wurde. Für die Betreiber der Heime ein einträgliches Geschäft. Durch die Umstrukturierungen könnte ein Teil gesicherter Pfründe neu verteilt werden. Doch für notwendige Fälle soll es auch in Zukunft Heimplätze geben, versichert ein Sprecher der Stadt.

Unruhe auch durch ungeschicktes taktieren der Stadt. Das ruft Verprellte und Neider auf den Plan. Angeblich hat Szabados Roth im Rahmen der Anbahnung einer Städtepartnerschaft zu einer Reise nach China verholfen. In Wahrheit hatte man Roth gefragt, ob er als Sozialexperte auf Wunsch der Gastgeber mitfahren könnte, die Reisekosten hatte Roth selbst übernommen.

MELDUNGEN

Die letzten Tage von Belgien?

Brüssel – Belgiens König Albert II. ist nicht der einzige, der die letzten Tage seines Königreiches gekommen sieht. „Eine rasche Regierungsbildung ist zum Guten für alle Bürger unseres Landes, für die Glaubwürdigkeit Belgiens und seiner notwendigen Einheit“, rief er die Parlamentsmitglieder zur baldigen Einigung auf. Die ist allerdings erneut in weite Ferne gerückt. Bereits zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres hatte der Monarch den flämischen Christdemokraten und Wahlsieger Yves Leterme den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben, doch erneut scheint er gescheitert zu sein, zu groß ist die Kluft zwischen den niederländisch sprechenden Flamen und den französisch sprechenden Wallonen. Der prosperierende flämische Norden will nicht weiter den klammen wallonischen Süden finanzieren. Als jetzt die Flamen den in Brüssel lebenden 150 000 Wallonen eine eigene Wahlliste absprachen, kam es zum Boykott der Wallonen.

Zarewitsch in FDJ-Uniform

Brünn – Klassische Opern und Theaterstücke mit aller Gewalt in die Gegenwart oder – noch schlimmer – in die unbewältigte Vergangenheit zu „transponieren“, war lange Zeit ein „Privileg“ des Westens gewesen, während man im Osten selbst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von diesem Unfug verschont zu bleiben schien. Aber die Schonfrist ist unwiderruflich vorbei, wie das Nationaltheater in Brünn mit einer Neuinszenierung von Mussorgskys „Boris Godunow“ beweist. Die Handlung wird aber nicht wie sonst üblich in die NS-Zeit verlegt, sondern der Abwechslung halber in die Endzeit der DDR, und so kann man einen Zarewitsch in FDJ-Uniform bewundern. Musikliebhaber kommen trotzdem auf ihre Kosten, denn mit geschlossenen Augen ist es so schön wie daheim vor der Stereo-Anlage. *RGK*

Gute Zusammenarbeit betont

Deutsch-französisches Treffen versucht Unstimmigkeiten zu zerstreuen

Von JEAN-PAUL PICAPER

Total mediengerecht war der deutsch-französische Gipfel von Berlin am letzten Montag. Die Neuerung: Staats- und Regierungschefs und deren Minister mischten sich unter das Volk. Warum dies? Die deutsch-französischen Beziehungen waren durch negative Berichterstattung in Verruf geraten, und um der Presse jetzt entgegenzukommen, zeigte man sich volksnah. Vor allem Sarkozy war von den deutschen Medien mit Häme überschüttet worden. Es war, als ob das Auswärtige Amt und das Finanzministerium Tag für Tag neue Streiche aus dem Elysée-Palast hätten befürchten müssen. Einmal ging es um französische Haushaltsdefizite oder um die Kritik des Staatspräsidenten am starken Euro, ein anderes Mal um Sarkozys strikte Ablehnung der Türkei-Mitgliedschaft in der EU oder um seine bramarbasierende Kriegserklärung an den Iran der Mullahs.

Die verzerrte Darstellung lag an den Journalisten, die stets Krisensymptome suchen und sich überwiegend an linken Stichwortgebern orientieren, aber auch an Sarkozy selbst, der immer wieder vorpreschte. Er hat beschlossen, seine Wahlkampfankündigungen so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen, und will innerhalb weniger Jahre aus dem verkrusteten Frankreich von Mitterrand und Chirac den modernsten Staat Europas machen. Da fühlen sich die Partner übergangen. „Speedy Sarko“, der kein Blatt vor den Mund nimmt, hat vieles kritisiert, so zum Beispiel direkt die EZB und indirekt den deutschen Atomausstieg, und viele unerwartete Vorschläge gemacht, wie den, einen europäischen „Rat der Weisen“ zu schaffen. Es war auch bis hierher durchgesickert, daß er zwar linke Leute in seine Regierung aufnahm, was den französischen Sozialisten gar nicht paßte, aber in Frankreich den Geist von 1968 austreiben will. Zum Entsetzen seiner Gegner goutierten die Menschen manches, was er vorschlug.

Man muß den Medien etwas anbieten: Bilder, Begegnungen, Menschenwärme. Daher die Veranschaulichung der Zusammenarbeit. Die „Sichtbarkeit“ und „Lesbarkeit“ der Politik wurde am letzten Montag durch Besuche des Präsidenten und seiner Minister in Schulen, Einrichtungen und Vereinen für die Medien deutlich gemacht. Es gab junge Leute aller Farben und Musik. Fürs Ernste gab Finanzministerin Christine Lagarde dem „Handelsblatt“ ein Interview und Verteidigungsminister Hervé Morin sprach mit der „FAZ“.

Angela Merkel hatte vorgeschlagen, auf dieser gemeinsamen Ministerratssitzung vom 12. November die Integration der Migranten zum Schwerpunkt zu machen. Vor dem gemeinsamen Essen arbeiteten beide im Kanzleramt eine knappe Stunde zusammen, davon waren 45 Minuten dem Thema Integration gewidmet. Für die beiden deutsch-französischen Bevollmächtigten blieben nur noch zehn Minuten übrig, um sonstige Themen der Zusammenarbeit darzustellen. Dann mußten fünf Minuten für die Belange der Außen- und Verteidigungsminister reichen. Zum neuen Stil gehört also auch die Konzentration auf einen griffigen Schwerpunkt, diesmal die Sorge um die Eingliederung der Deutschtürken und der Franzosen aus Schwarz- und Nordafrika.

Die Bedeutung dieses Themas war schon auf einem Gipfel im März 2006 (noch mit Jacques Chirac) unterstrichen worden. Davor hatten beide Nationen noch eine unterschiedliche Ausländerpolitik betrieben. Die Deutschen schwärmten von „Multikulti“, die Franzosen waren für Assimilation. Angelpunkt war diesmal der Besuch des Staatspräsidenten zusammen mit der Bundeskanzlerin im Romain-Rolland-Gymnasium in Reinickendorf. Diese Schule trägt den Namen eines französischen Schriftstellers, der ein Gegner des Ersten Weltkrieges war. Vertreter anderer Schulen wie dem Sophie-Scholl-Gymnasium und dem Collège Voltaire waren anwesend. Auch die berüchtigte Rütli-Schule in Kreuzberg, die jetzt zu einem Modell von Integration und Gewaltlosigkeit werden soll, durfte nicht fehlen. Der Vorschlag kam von deutscher Seite, aber Romain-Rolland-Gymnasium und Collège Voltaire liegen im ehemaligen französischen Sektor von Berlin, was den Willen des neuen Botschafters Bernard de Montferrand unterstreicht, an diese Erinnerung wieder anzuknüpfen, was sein Vorgänger unterlassen hat. In Sachen Integration haben die Franzosen jetzt einiges zu bieten.



Unters Volk gemischt: Sarkozy und Merkel geben Berliner Gymnasiasten Autogramme. Foto: ddp

Die Mechanismen der Kooperation haben historische Wurzeln. Sie gehen auf die Blaesheim-Treffen zurück, informelle Gespräche auf höchster Ebene, die seit 2001 stattfinden. Außerdem gibt es die gemeinsamen Ministerratssitzungen, die den Keim einer deutsch-französischen Konföderation in sich tragen, und den verstärkten Austausch von Beamten zwischen den Ministerien beider Staaten. Das hat Konvergenzen in der Außen- und Verteidigungspolitik gefördert. Der Besuch von Sarkozy in Berlin am Tage seines Amtsantritts hat eine Renaissance der Beziehung initiiert. Der europäische Reformvertrag wurde in Lissabon verabschiedet. Man hat sich über die Leitung von EADS verständigt. Sarkozy und Merkel haben einen gemeinsamen Brief an Barrosso über die Lissabon-Strategie geschickt. Sie haben ihre Politik gegenüber der Sowjetunion und der Nuklearaufrüstung des Irans abgestimmt.

Ein Novum: In Mosambik und Bangladesch werden gemeinsame diplomatische Vertretungen eröffnet, und in Moskau entsteht ein gemeinsames deutsch-französischen Institut. Auch im Mittelmeerraum und in Afrika gibt es gemeinsame Initiativen. Aber vor allem war der Kurswechsel des französischen Präsidenten gegenüber Amerika ein historischer Wendepunkt, der Paris und Berlin näher zueinander bringt. Kooperationen in der Umweltpolitik, die Frankreich großschreibt, und in der Rüstungspolitik stehen auf der Tagesordnung. Termine und Treffpunkte werden sich demnächst häufen. So war die Rede von einer Deutschland-Reise des Premierministers François Fillon am 22. Januar 2008.

Schadensbegrenzung nach Mord

Italien und Rumänien vereinbaren »strategische Partnerschaft«

Von WOLF OSCHLIES

Rumänien ist Freundesland, die Rumänen sind ein befreundetes Volk“, bekundete am 7. November der italienische Premier Romano Prodi im Beisein seines rumänischen Kollegen Calin Popescu-Tariceanu. Aus ernstem Anlaß war der Rumäne nach Rom geeilt: Dort war die 47jährige Giovanna Reggiani von Nicolae Mailat, einem rumänischen Roma, überfallen und ermordet worden. Mailat lebte illegal in Italien, sollte in Rumänien noch eine dreijährige Haftstrafe verbüßen und löste nun Eilmaßnahmen der italienischen Regierung gegen „gefährliche Ausländer“ aus, die ohne großes Federlesen ausgewiesen werden sollten.

Wie die *PAZ* berichtete, herrscht derzeit in Italien schlechteste Stimmung gegen alle Rumänen. Die wollten Prodi und Tariceanu beheben, wobei sich der Rumäne erfolgreich bemühte, einen unglücklichen Anfang glücklich zu beenden: Rumänien und Italien, „seit 2000 Jahren als Teile des antiken römischen Imperiums verbunden“ (so Staatspräsident Traian Basescu), werden künftig noch enger kooperieren und Anfang Juni 2008 eine „Deklaration zur strategischen Partnerschaft“ signieren, die seit zehn Jahren vorbereitet wird.

Rumänien atmet auf: Rund vier Millionen Rumänen arbeiten im Ausland, von wo sie jährlich zwei Milliarden Dollar nach Hause überweisen. Allein eine Million Rumänen zog es nach Italien, wo sie sprachlich wenig Probleme haben und rechtlich kaum Probleme schaffen: Nur 0,1 Prozent von ihnen kamen in den letzten Jahren mit der italienischen Justiz in Konflikt. Doch scheinen darunter „schwere Jungs“ zu sein, meist Roma mit oder ohne Papiere. Bei ihrem jüngsten Italienbesuch begegneten Premier Tariceanu und Außenminister Andrian Cioroianu dem italienischen Roma-Politiker Costica Argint, einem in Rumänien verurteilter Sexualstraftäter. Vor einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe war er nach Italien geflohen, bekam dort Asyl, obwohl rumänische Behörden ihn in ganz Europa zur Fahndung ausgeschrieben hatten. Jetzt fragen sich Italiener und Rumänen, wie viele Mailats, Argints und weitere kriminelle Roma aus Rumänien in Italien sind.

Das Ethnonym „Roma“ (Menschen) wurde 1979 auf einem Kongreß in der Schweiz proklamiert, um den (scheinbar) abwertenden Begriff „Zigeuner“ auszumerzen. Erreicht wurde ein ethnokultureller Bruch, der alte „Zigeuner“-Kultur entwertete, und internationale Sprachverwirrung. In Westeuropa spricht man von „Sinti und Roma“, nicht wissend, daß „Sinti“ deutsche Roma sind. Noch schlimmer ist es in Rumänien, wie der serbische Roma-Forscher Rade Uhlik nachgewiesen hat: Dort leben seit Jahrhunderten etwa 40 Stämme „Tigani“, die miteinander wenig zu tun haben und den neuen Sammelnamen „Roma“ ablehnen.

Demographisch gesehen ist Rumänien Europas Land mit der größten Roma-Population, seit dem EU-Beitritt Tschechiens, Bulgariens, Rumäniens und der Slowakei zählt die EU weit mehr Roma als Finnen oder Dänen. Aber die numerische Stärke der rumänischen Roma ist seit 150 Jahren umstritten. Noch die Volkszählung von 2002 wies über eine halbe Million aus, doch gingen Roma-Organisationen von zwei, drei, dreieinhalb Millionen aus. Solche Diskrepanzen sind Tradition, denn Rumänien ist das Lehrbuchbeispiel für die Grundfrage der „Tsiganologie“, was Roma sind: Volksgruppe wollen sie nicht sein, „Romanes“ spricht nur eine Minderheit, Religionen übernehmen sie von ihrer Umgebung, und staatlichen Integrationsbemühungen setzen sie eigene Wertkodizes und Stammestraditionen entgegen.

Dieser Lebensstil kollidiert mitunter mit staatlichen Normen, wie Deutschland eingangs der 1990er Jahre erfuhr. Damals drohte der „internationale Roma-König“ Ion Cioaba (1935–1997), Millionen „rromii“ zum Sturm auf Bonn zu mobilisieren, falls Deutschland nicht Millionen an „Entschädigungen“ für „Rromii“ aus Weltkriegszeiten zahlte. Bonn ignorierte das. Ihr Image im heutigen Rumänien ist nicht gut: Gerade wurde Präsident Basescu gerichtlich verdonnert, da er eine Journalistin „Tiganca imputita“ (stinkende Zigeunerin) nannte. Außenminister Cioroianu scheiterte mit der Idee, kriminelle Auslandsrumänen in Zwangsarbeitsbataillonen in die ägyptische Wüste zu schicken.

Dies sind Unmutsreaktionen, ob der jüngsten Kalamitäten in Italien verständlich, die sich nie mehr wiederholen sollen, versicherte Premier Tariceanu in Rom.

Vor der Wahl

Rußland: Inflation und Energieversorgung

Von M. ROSENTHAL-KAPPI

Knapp drei Wochen vor der Wahl zur fünften Duma werden in den russischen Medien vor allem innenpolitische Probleme thematisiert. Hier ist vor allem die galoppierende Inflation, die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, Strom und Benzin zu nennen.

Die Menschen reagieren mit Kaufzurückhaltung oder Hamsterkäufen. Ganz Mutige demonstrieren, wie kürzlich in St. Petersburg beim „Marsch der leeren Kochtöpfe“. Nationalbolschewisten und Anhänger von „Anderes Rußland“ trugen Präsident Putin als Strohpuppe neben leeren Kochtöpfen durch die Stadt. Dabei skandierten sie Losungen nach der Wiedereinführung sowjetischer Zustände.

In diesem Jahr steht einem vorausgesagten Wirtschaftswachstum von um die sechs Prozent eine Inflation von elf Prozent gegenüber, Tendenz steigend. Diese Entwicklung bereitet dem Gros der russischen Verbraucher Sorgen. Die Menschen spüren vor allem an den ständig steigenden Preisen für Lebensmittel und für Energie, daß ihre Kaufkraft knapper wird. Grundnahrungsmittel wie Milch, Käse und Eier verteuerten sich trotz staatlich verordneter Preisbindung um bis zu 20 Prozent. Auch an Tankstellen gab es dieser Tage böse Überraschungen. Benzin kostete in einigen Regionen gar bis zu 40 Prozent mehr. Stromausfälle sind keine Seltenheit.

Die Energieversorgung des eigenen Landes wird für die neu zu wählende Regierung eine der größten Herausforderungen sein. In den vergangenen Jahren blieben Investitionen in die eigene Versorgung zugunsten des Exports aus. Daneben beschäftigt die Russen der bevorstehende WTO-Beitritt ihres Landes, bei dem ganze Industriezweige einzelner Regionen zu den Verlierern gehören könnten. Als erstes Wahlgeschenk wurde nun eine Erhöhung der Basisrente auf 1560 Rubel (etwa 44 Euro) angekündigt.

Die Angst vor Terroranschlägen nach der Busexplosion in Toljatti läßt den Wunsch nach einem starken Staat wachsen. Einer Umfrage des Levada-Zentrums zufolge wünscht sich die Mehrzahl eine staatlich kontrollierte Wirtschaft und ein Sozialsystem wie vor der Perestrojka für Arbeiter und Rentner.

Augen zu und durch

EU und Rußland werden auch in Zukunft wirtschaftlich eng miteinander verbunden sein

Von M. Rosenthal-Kappi

Am Ende seiner Amtszeit scheint sich der russische Präsident Wladimir Putin auf Konfrontationskurs gegenüber der Europäischen Union zu befinden. Rußland wirft der EU Arroganz im Umgang mit seinen Interessen sowie eine Nichtanerkennung seiner wiedererlangten Stärke, vor allem hinsichtlich seiner Bedeutung als politischer und wirtschaftlicher Partner, vor. Die EU äußert im Gegenzug Besorgnis über Putins rücksichtslose Außenpolitik, die härtere Politik und Rhetorik im Innern.

Dessen ungeachtet ist man sich einig über die enge Verflechtung beider Wirtschaftsmächte und die Notwendigkeit weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit. Heute kommen etwa 70 Prozent der Direktinvestitionen in Rußland aus der EU, und auch Rußland investiert immer mehr in EU-Unternehmen.

Mit dem ersten Abkommen über Partnerschaft und Kooperation zwischen Rußland und der EU vor zehn Jahren wurden die Grundlagen für die wirtschaftliche Beziehung beider Mächte geschaffen. Berücksichtigt man, daß seitdem die EU zum wichtigsten Handelspartner für Rußland geworden ist und viele Investitions-Möglichkeiten geschaffen wurden, ist die Bilanz so schlecht nicht. 60 Prozent der Vereinbarungen der letzten Dekade trugen wirtschaftlichen Charakter. Auf politischer Ebene kam es zur fruchtbaren Zusammenarbeit in Organisationen und Foren. Jährlich finden zwei EU-Rußland-Gipfel statt, zehn bis zwölf Expertengruppen treffen sich, um über internationale und regionale Fragen zu beraten. Es entstand ein gewisses Maß an Vertrauen in die Außenpolitik Rußlands.

Offensichtlicher tritt die gegenseitige Abhängigkeit im Energiebereich zutage. Es ist zugleich der wichtigste wie auch der heikelste Punkt der gegenwärtigen Beziehungen. Rußland liefert allein 24 Prozent des in der EU benötigten Gases. Seit dem Jahr 2000 wuchs Rußlands Ölexport in Rekordhöhe. Laut EU-Prognosen wird deren Abhängigkeit von ausländischen Gasversorgern bis 2030 auf 81 Prozent steigen, bei Öl auf 93 Prozent. Aufgrund des rigiden Vorgehens russischer Energieerzeuger gegen die Ukraine und immer wieder auftretender Konflikte mit ehemaligen Partnern muß Rußland sich dem Vorwurf der EU aussetzen, seinen Energiereichtum als Erpressungs-Instrument gegen Widersacher zu nutzen. Eine Diskussion hierüber lehnen die Russen als zu „emotional" geführte Gespräche ab. Aus russischer Sicht ist die EU aber nicht nur ein Partner, sondern auch ein Konkurrent, dem gegenüber das Land seine Konkurrenzfähigkeit unter Beweis stellen möchte. An einer Konfrontation ist laut Jurij Schafranitz, Chef des Verbands der Öl- und Gasproduzenten Rußlands, niemand interessiert. Es gehe lediglich darum, daß Rußland sich die Anfang der 90er Jahre verlorenen Positionen zurückhole.



Nicht so autark, wie er gerne wäre: Putin trifft die EU-Vertreter Barroso (l.) und Socrates. Foto: pa

Auf dem Energiesektor sind Rußland und die EU unausweichlich miteinander verbunden. Die EU ist auf eine verläßliche Belieferung mit Energie angewiesen, Rußland auf eine stetige Nachfrage. Das Land rechnet damit, in den kommenden 25 Jahren eines der wichtigsten Energiepotentiale Eurasiens zu stellen. Um der steigenden Nachfrage gerecht werden zu können, sind gewaltige Investitionen notwendig, die Rußland ohne Hilfe der EU nicht leisten kann. Allein für die Erschließung der Halbinsel Jamal müssen in den nächsten Jahren 25 Milliarden Dollar aufgebracht werden.

Genau hier liegt jedoch neues Konfliktpotential in der Luft. Rußland verwehrt ausländischen Investoren den freien Zugang zu Öl- oder Gasreservaten, da man ihm den Zugang zu den europäischen Energiemärkten bislang versagt.

Als Grundlage für eine vertrauensvolle und vorhersagbare Partnerschaft sieht Rußland neben dem Zugang russischer Waren zu europäischen Märkten auf lange Sicht auch die Einführung der Visafreiheit. Für die derzeitigen Spannungen machen russische Experten die EU-Osterweiterung verantwortlich, vor allem das Verhalten des ehemaligen Bündnispartners Polen. Dies seien „Wachstumskrankheiten", die man abwarten könne, so ein Kommentar.

Auf lange Sicht werden beide Mächte sich aufeinander zubewegen müssen, sonst könnten sie am Ende noch hinter wachstumsstarke Staaten aus Südamerika oder Südostasien zurückfallen.

MELDUNGEN

Musharraf soll zurücktreten

Islamabad – Benazir Bhutto fordert Pakistans Präsidenten Musharraf zum Rücktritt auf. Vor kurzem hatte die Ex-Premierministerin sich noch ein Bündnis mit Musharraf vorstellen können, doch nachdem er sie während des Wahlkampfes unter Hausarrest hat stellen lassen, verweigert sie sich.

Vorgezogene Neuwahl

Tiflis – Der als pro-westlich und demokratisch eingeschätzte georgische Präsident Michail Saakaschwili hat sich den Forderungen der Opposition nach vorgezogenen Präsidentschaftswahlen gebeugt. Als Termin für die Wahl wurde der 5. Januar 2008 genannt. Bislang hatte die georgische Regierung es abgelehnt, der „Erpressung" der Demonstranten nachzugeben. Sie sieht den russischen Geheimdienst als Drahtzieher der Unruhen. Täglich hatten sich bis zu 100000 Demonstranten vor dem Regierungsgebäude versammelt. Die konservative Opposition, als deren inoffizieller Anführer der Milliardär Badri Patarkaschwili gilt, wirft Saakaschwili Instrumentalisierung der Justiz und die Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich vor. Vergangene Woche setzte die georgische Regierung Tränengas und Wasserwerfer gegen die friedlichen Demonstranten ein und stellte deren Anführer kurzfristig unter Arrest. Saakaschwili rief zunächst für 15 Tage den Ausnahmezustand aus. In dieser Zeit ist die Pressefreiheit eingeschränkt, weitere Protestkundgebungen sind verboten. Obwohl die konservative Opposition sich in ihren Rechten beschnitten sieht und ankündigte, nach Beendigung des Ausnahmezustands weiter zu demonstrieren, will Saakaschwili deren Parteien zur Wahl zulassen. Er selbst wird erneut kandidieren. *MRK*

Vom Vater zum Sohn

Ägyptens Präsident Mubarak baut Sohn Gamal zum Nachfolger auf

Von R. G. Kerschhofer

Die Bilder gingen durch alle Welt: Pharao Tut-Anch-Amun wurde in einen klimatisierten Sarg aus Plexiglas umgebettet. Weniger Beachtung fand der Kongreß der „Nationaldemokratischen Partei", wie „Hisb al-watani al-dimokrati" meist übersetzt wird. Irrigerweise, denn „watani" kommt von „watan" („Vaterland"), während es für „national" im Sinne von „völkisch", „rassisch" ein anderes Wort gibt. Es wird eben aus dem Englischen übertragen, das „vaterländisch" und „national" nicht unterscheidet. Nun, die Ägypter sagen ohnehin nur „die Partei" – wie immer, wenn echte Alternativen fehlen. Und weshalb auch „demokratisch" nicht paßt.

Erwartungsgemäß wurde Staatspräsident Hosni Mubarak von den 7000 Delegierten mit überwältigender Mehrheit im Parteivorsitz bestätigt. Darüber hinaus wurden aber auch Weichen gestellt. Besser gesagt, es wurde eine längst getroffene Weichenstellung deutlicher gemacht: Gamal Mubarak, der jüngere der beiden Präsidentensöhne, wurde in den neuen „Obersten Parteirat" gewählt – und laut der im März durch Volksabstimmung „bestätigten" neuen Verfassung darf bei Präsidentschaftswahlen nur kandidieren, wer der Führungsriege einer Partei angehört.

Die Frage, wer und was dem im 80. Lebensjahr stehenden Präsidenten nachfolgen wird, ist weit über den Nahen Osten hinaus von Bedeutung. Denn Ägypten ist mit 80 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt, und auch wenn die ägyptische Wirtschaft im Weltmaßstab weniger wichtig ist, ein bedeutender Teil des Welthandels geht durch den Suez-Kanal.

Über den Gesundheitszustand des „Alten" kursieren seit einiger Zeit Gerüchte. Als er vor drei Jahren bei laufender Kamera umkippte, lag er für viele bereits im Sterben. Und im September brachten mehrere Zeitungen solche Meldungen. Prompt stürzten die Börsenkurse ab – die Zeitungsherausgeber wurden inzwischen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Beim Parteitag wirkte Mubarak aber recht lebendig und trug seine Rede zügig und mit klarer Stimme vor.

Mangels Alternative kaum Widerstand

Mubarak Junior, Jahrgang 1963, hat einen Studienabschluß in Betriebswirtschaftslehre und jahrelange Berufserfahrung, auch im Ausland und primär im Finanzwesen. Er wird seit ein paar Jahren „aufgebaut" und hat nun erstmals eine Parteifunktion. Öffentliche Auftritte sind besonders wichtig, und so ist er auch bei den koptischen Weihnachtszeremonien, die vom Fernsehen übertragen werden, zu sehen. Das ändert nichts daran, daß eine „syrische Thronfolge" – vom Vater zum Sohn – wenig populär ist. Gamal Mubarak wird auch im Militär nicht geschätzt – er wäre der erste zivile Präsident.

Doch was wäre die Alternative? Irgendein General? Der würde im Schatten seiner Vorgänger bald Probleme kriegen. Oder endloser Parteienhader? Da würde sich die Muslim-Bruderschaft durchsetzen, die einen religiösen Staat fordert.

Die Fundamentalisten verdanken ihren Zulauf den zwei Kernproblemen Ägyptens: Das eine ist der gewaltige Frust über die von den USA mittels Militärhilfe und Getreidelieferungen gegängelte Außenpolitik. So wird etwa auch die Blockade des Gaza-Streifens von den meisten Ägyptern abgelehnt. Und selbst die halbamtliche Zeitung „Al-Ahram" übt Kritik am Vorgehen gegen die Hamas sowie an Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas und der Fatah-Clique. Das andere Problem ist, daß trotz einiger wirtschaftlicher Fortschritte die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird – und das Entstehen einer Kaste von Neureichen und Korruptionisten ist ebenfalls eng verknüpft mit der vor 30 Jahren eingeleiteten Anlehnung an die USA.

Liberaler für Slowenien

Balkan: Wahlzirkus oder Demokratie?

Von Wolf Oschlies

Wahlen fallen auf dem Balkan mit der Regelmäßigkeit fünfter Jahreszeiten an, sind sehr aufwendig und wenig produktiv. Eine eskalierende Wahlmüdigkeit bewirkt, daß jede Beteiligung über 50 Prozent als „gutes Resultat" gefeiert wird. Unter den kandidierenden Parteien ist die bürgerlich-demokratische Mitte relativ schwach vertreten, zumal balkanische Parteien mit ihren westeuropäischen Pendants außer dem Türschild wenig Gemeinsamkeiten haben. Die internationale Gemeinschaft sieht Wahlen als Allheilmittel für alle politischen Defizite balkanischer Länder, doch erreicht sie nach den klugen Analysen der Skopjer Wahlforscherin Tanja Karakamischewa das Gegenteil, die „demokratische" Legitimierung von „Führern" und Bewegungen, denen es um Macht, Einfluß und Pfründe geht.

Diese Grundmängel verhindern nicht, daß balkanische Wahlen auch positive Ausgänge zeitigen können. Zu begrüßen war an den Präsidentenwahlen in Slowenien vor allem die Niederlage des scheinbaren Favoriten Lojze Peterle – derzeit Europa-Abgeordneter, vormals Ministerpräsident und Außenminister –, der in der ersten Wahlrunde am 21. Oktober den entgültigen Wahlsieger Danilo Türk mit 28,7 zu 24,5 Prozent überrundet hatte. Letzten Sonntag aber bekam Türk eine „plebiszitäre Unterstützung der Bürger" (so die Tageszeitung „Dnevnik"): Bei einer Wahlbeteiligung von 58 Prozent erhielt er 68,26 Prozent der Stimmen – deutlich mehr, als seine beiden Amtsvorgänger Milan Kucan und Janez Drnovsek je erreicht hatten. Diese Voten hatte Türk im linken und rechten Politspektrum gesammelt, was die Niederlage für den konservativnationalen Peterle noch schmerzhafter machte.

»Der Präsident, den wir brauchen«

„Jetzt haben wir den Präsidenten, den wir unter den aktuellen Verhältnissen brauchen", frohlockte Altpräsident Kucan nach der Wahl. Der 1952 in Maribor geborene Türk war in Slowenien nahezu unbekannt, da er fast 20 Jahre bei den Vereinten Nationen tätig war, zuletzt als Assistent von UN-Generalsekretär Kofi Annan (von dem er sich im Zorn trennte). Davor war er slowenischer UN-Botschafter gewesen, und welches Amt er auch immer ausübte, er tat es in der Weise, die Kucan jetzt zu Recht herausstrich – liberal, international erfahren, kompromißfähig, jemand, der politische, soziale und Menschenrechtsfragen gleich überzeugend zu vertreten vermag.

Am 23. Dezember wird Türk sein Amt von dem schwerkranken Drnovsek übernehmen, ab Jahresbeginn 2008 auch als Jurist mit Problemen zu tun haben, die das benachbarte Kroatien den Slowenen seit langen Jahren präsentiert. Vor allem geht es um die kroatische Seegrenze, die Slowenien im Golf von Piran „einsperrt" und ihm den Zugang zur offenen Adria versperrt. Das mißfällt Slowenien, das kürzlich bereits gegen Kroatiens zeitweiligen Sitz im UN-Sicherheitsrat votierte und weitere Pfeile im Köcher hat. Kroatien wird wohl bei den bevorstehenden Wahlen am 25. November einen Machtwechsel von der nationalistisch-autoritären Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) zur Sozialdemokratie (SDP) erleben, aber kaum einen Systemwechsel. Das Land ist eine ökonomische Ruine: 30,5 Milliarden Euro Auslandverschuldung, die bis 2010 auf 40 Milliarden steigen kann, knapp 20 Prozent Arbeitslosigkeit, eine tief rote Außenhandelsbilanz (Januar bis Juli 2007: Exporte sieben Milliarden Dollar, Importe 14,5 Milliarden), eine um 30 Prozent überbewertete nationale Währung, ein überhoher Staatsanteil an der Wirtschaft und eine Reformabstinenz, an der sich EU, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF) bislang die Zähne ausbissen.

»Moment mal!«



Rupert Neudeck: Entwicklungshilfe einstellen

Von KLAUS RAINER RÖHL



Heidemarie Wieczorek-Zeul: Bei der Feier zur Beendigung der Beschneidungspraxis an Mädchen in Benin Foto: photothek.net

Jeden Tag laufen Bilder aus Afrika über den Fernsehschirm. Fast immer sind es schreckliche Bilder. Von Dürren und Hungerkatastrophen, von Überschwemmungen, Bürgerkriegen, Toten, Gefolterten, Vergewaltigten, Müttern mit kranken Kindern in ihren jämmerlichen Behausungen, Flüchtlingen, die zu Tausenden auch noch diese jämmerlichen Behausungen verlassen mußten, weil bewaffnete Horden das Land überfallen haben oder weil Dürren sie zur Flucht gezwungen haben. Kaum einer nimmt noch Notiz von dem Alltag des Elends. Es muß schon etwas außergewöhnlich Elendes im Elend passieren. Zum Beispiel dieses: Tausende Kongolesen haben sich vor den Kriegswirren in den Virunga-Nationalpark zu retten versucht. Erst als die Berggorillas durch die Flüchtlingsmassen bedroht waren, reagiert die Öffentlichkeit. Die Welt starrt auf Darfur, wo das größte Massensterben stattfindet, ohne daß die Uno oder andere Organisationen dem Einhalt gebieten können. Die Hilfsorganisationen müssen schon dankbar sein, wenn man sie überhaupt ins Land läßt.

Wie reagiert das deutsche Publikum auf diese Flut des Elends in unseren Wohnstuben, während die Kinder gerade ihren detaillierten Wunschzettel verfassen und die meisten Familien, alleinerziehende Mütter, Singles und Patchwork-Pärchen Überlegungen anstellen, ob sie sich zu Weihnachten den Hit der Unterhaltungs-Elektronik, den noch ziemlich teuren „i-Pod“ kaufen wollen, ein Gerät, mit dem man alles abspielen, laden, runter- und raufladen kann, was man an Unterhaltungsmusik oder Spielen, Fotos, Filmen ohnehin benutzt, nur, daß der i-Pod kaum größer ist als eine Streichholzschachtel und bei vielen Jugendlichen bereits Kultstatus erreicht hat.

Welche Wirkungen haben die Nachrichten, Fotos und Fernseh-Sendungen aus Afrika? Ein kurzes Innehalten und dann, wie ein Reflex: Spenden! Wenn möglich durch schnellen Klick per Internet, mit Telebanking. Eventuell auch zu Weihnachten bei dem alljährlich einzigen Kirchenbesuch, wenn möglich mit Bachkonzert und Chor mit Solisten. Die Deutschen sind geradezu Weltmeister im Spenden. Sie helfen nicht, sie spenden. Sie haben sogar ein eigenes Ministerium für Spenden geschaffen: das Entwicklungsministerium. Es wird geführt von der Altlinken und früheren Juso-Vorsitzenden der SPD, Heidemarie Wieczorek-Zeul, die wegen ihrer einstigen Gesinnung und ihres noch real existierenden knallroten Haars immer noch die „rote Heidi“ genannt wird. Ich kenne die engagierte Heidi aus meiner sozialistischen Frühzeit: Sie schrieb für meine damaligen Zeitschrift „dasda-avanti“ Kommentare. Sie schrieb über viele Themen, für Entwicklungshilfe interessierte sie sich damals meines Wissens noch nicht, das muß erst später gekommen sein, mit dem Amt oder als Vorbereitung dazu. Die rote Heidi fühlt sich, wahrscheinlich als eine der wenigen Minister der Großen Koalition, in ihrem Amt pudelwohl. Jedenfalls versicherte sie letzte Woche in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Mein Job als Entwicklungshilfeministerin ist für mich der schönste im Kabinett.“ Kein Wunder, hat sie doch viel Geld zu verteilen, 4,5 Milliarden beträgt der Etat ihres Ministeriums in diesem Jahr, im nächsten Jahr sollen es 5,1 Milliarden sein. Der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt soll nach Beschluß der EU bis zum Jahre 2015 noch weiter wachsen. Und wenn das Geld auch auf viele Einzelstaaten wie mit einer Gießkanne verteilt wird, von Afghanistan (100 Millionen Euro) bis Chile (fünf Millionen), so ist es doch geschenktes Geld, das ohne Gegenleistung vergeben wird. So hat die Ministerin eigentlich keine natürlichen Feinde mehr in der Welt und wird überall gerne gesehen.

Doch die Zweifel am Nutzen solcher staatlichen Entwicklungshilfe wachsen. Vor allen in Afrika und anderen Entwicklungsländern selbst. Längst ist fast allen Beobachtern bekannt, daß die vielen Lebensmittellieferungen die einheimische bäuerliche Wirtschaft nicht nur schädigen, sondern vielfach auch zum Erliegen bringen. Warum soll ein Bauer in oft mühsamer Arbeit auf den Feldern ein paar Zentner Reis oder anderes Getreide über seinen eigenen Bedarf hinaus produzieren, wenn die Hilfsorganisationen das Getreide kostenlos in die Dörfer bringen und dort verteilen? Vor Ort gibt es dann auch Organisationen oder Banden, die die Lebensmittellieferungen des Westens mit Gewalt an sich bringen und sie dann gewinnbringend verkaufen. Kleine Zwischenhandelsbetriebe oder Nahrungsmittelfabriken werden ebenso wie die Bauern durch die Entwicklungshilfe oft in den Ruin betrieben, das Land nicht bebaut, eine Infrastruktur nicht gefördert, und die Bauern wandern ab in die Städte, wo sie als wurzelloses Proletariat weiter zu den Unruhen und Bürgerkriegen beitragen.

Wichtigster Einwand gegen die Entwicklungshilfe aber ist die Überlegung, daß fast ganz Afrika und auch große Teile Asiens und Südamerikas von Diktatoren oder sogar brutalen Gewaltverbrechern regiert werden, die die Entwicklungshilfe-Gelder ohne Federlesens in die eigene Tasche stecken, sich für das so gesparte Geld aufwendige Paläste oder Luxus-Autos aus der Staatskasse kaufen oder es auf ihr immer bereitstehendes Flucht-Konto in der Schweiz überweisen. Schon vor einigen Jahrzehnten gingen Berichte über die massiv goldenen Betten der Häuptlinge und Staatsoberhäupter durch die deutsche Presse und erregten beträchtliche Verärgerung bei uns. Dergleichen Plumpheiten wurden in Einzelfällen entlarvt, aber an dem Grundprinzip der Bereicherung mit ausländischen Hilfsgeldern hat sich wenig geändert. Dazu kommt oft eine kleine Oberschicht von Funktionären oder Händlern, die sich durch Korruption an der Ausplünderung ihres Landes beteiligt und damit die Entwicklungsgelder verbraucht. Der kenianische Wirtschaftswissenschaftler James Shikwati fordert daher die völlige Einstellung der Entwicklungshilfe zumindest für Afrika, weil sie den Kontinent nicht einen Schritt vorangebracht, autoritäre Führer gestärkt, freie Unternehmer geschädigt und Korruption begünstigt habe.

Ähnlich denkt auch Rupert Neudeck, einer der wohl integresten deutschen Entwicklungshelfer, der einst durch die „Cap Anamur“ berühmt wurde und der sein ganzes Leben der Hilfe für Menschen geweiht hat, die in Not sind. Er sagte auf die Frage der schon erwähnten „Frankfurter Sonntagszeitung“ nach dem Nutzen der Entwicklungshilfe, man solle überhaupt nur noch zwei Ländern helfen, Ruanda und Äthiopien. Alles andere sei nutzlos oder bewirke sogar das Gegenteil. Und er erzählt ein Beispiel aus dem Kongo, das er selber vor zwei Jahren erlebt hat. Der umstrittene Präsident des Kongo, Joseph Kabila, wird in Anwesenheit der deutschen Entwicklungsministerin gefragt, wo denn die Millionen von Dollar geblieben seien, die sein Land zum Ausbau der Straßen des Landes erhalten habe. Die Straßen des Landes seien allesamt in einem miserablen Zustand. Da habe der Präsident lange geschwiegen und dann plötzlich gesagt, daß dafür der Planungsminister zuständig sei und der offenbar versagt habe. „In Wahrheit ist das Geld versickert“, sagt Neudeck. Und fügt hinzu, daß die vielen Organisationen, Gesellschaften und Vereine, die vom Ministerium koordiniert werden, in „Afrika nur herumstehen und die Regierungen von der Arbeit abhalten, wie die „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“ (GTZ), die vom Ministerium beauftragt ist, von vielen spöttisch nur noch „Gesellschaft für Tourismus und Zeitvertreib“ genannt wird. Die Länderreferate des Entwicklungsministeriums, die Querschnittsreferate, die Abteilungen, sie alle bildeten zusammen einen riesigen, kostspieligen Apparat, und Neudeck fragt sich, was 40 Jahre Entwicklungshilfe denn nun gebracht hätten. Er zieht die überraschende Schlußfolgerung: „Ohne die Abschaffung des Entwicklungsministeriums wird es nicht besser werden.“

Das hört sich zwar hart an, ist aber nicht die einzige derartige Stimme in Deutschland. Die FDP-Bundestagsfraktion forderte in diesem September in ihrem Deutschland-Programm sogar die Auflösung des Ministeriums, weil es ständig als eine Konkurrenz zum Außenministerium aufgefaßt wird: „Die jetzige Trennung in zwei unterschiedliche Ministerien – Auswärtiges Amt und Entwicklungsministerium – ist von der Sache her künstlich und führt dazu, daß Sachfragen allzu oft von dem Gerangel um Kompetenzen und Einfluß überschattet werden.“

Und der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Werner Hoyer, meint dazu, daß Deutschland keine „Nebenaußenpolitik durch das Entwicklungsministerium“ machen dürfe.

Langfristig scheint Angela Merkel daran zu denken, die Macht dieses zweiten Außenministeriums zumindest einzudämmen. Das wäre auch bitter notwendig. Wie so vieles in dieser real existierenden Koalition mit den Erben der 68er.

Was machte Cranach erfolgreich?

Das Frankfurter Städel Museum zeigt eine Ausstellung mit 100 Meisterwerken

Von Silke Osman

Ich habe in Wien herrliche Bilder gesehen", schreibt die knapp 20jährige Paula Modersohn-Becker 1897 an ihre Eltern. „Die alten Deutschen nahmen mich sehr gefangen", schwärmt sie. „Der Dürer hat bei aller Kraft und Männlichkeit so viel Rührendes, Zartes. Dann der Lukas Cranach mit seinen kleinen, halb kindlichen, halb koketten Evas und dem lieben Herrgott, der den Paradieseskindern ernst mit den Fingern droht …" (nachzulesen in dem Buch der Insel-Bücherei Nr. 1299 „Kunst ist doch das Allerschönste" – Briefe einer jungen Künstlerin, 116 Seiten, geb., 12,80 Euro). Die Malerin, deren 100. Todestages man in diesem Jahr allerorten gedenkt, ist dem Werk zweier bedeutender Künstler der Renaissance begegnet, so bedeutend, daß ihnen auch heute, mehr als 500 Jahre später, noch große Ausstellungen gewidmet werden. In Madrid

Populärer als sein Zeitgenosse Albrecht Dürer

zeigt das Museo Thyssen-Bornemisza derzeit die Schau „Dürer und Cranach – Kunst und Humanismus in der deutschen Renaissance", und im Frankfurter Städel werden über 100 Meisterwerke von Lucas Cranach (1472–1553) dem Älteren präsentiert, der noch populärer und wirtschaftlich erfolgreicher war als sein Zeitgenosse Dürer (1471–1528). In Frankfurt geht man vor allem der Frage nach, was Cranach so erfolgreich machte.



Lucas Cranach d. Ä.: Triptychon der Hl. Sippe (Der sogenannte „Torgauer Altar", 1509)
Foto: Städel Museum

Pablo Picasso, der Meister der Moderne, sagte einmal in einem Interview, daß er Lucas Cranach d. Ä. für den größten deutschen Künstler halte. Nur ein Jahr jünger als Albrecht Dürer war Cranach, der andere große Künstler der Renaissance, der Maler, Graphiker und Unternehmer, geboren 1472 als Sohn eines Malers im fränkischen Kronach. Erste Erfolge feierte er in Wien. Doch bis heute weiß man nicht genau, wo und von wem er ausgebildet wurde.

Eine kleine Brauerei in seiner Vaterstadt hat es sich nicht nehmen lassen, ein Bier nach dem großen Meister zu benennen. Viele Ausstellungen widmeten sich in der Vergangenheit diesem Künstler, Museen von Rang rühmen sich, seine Werke zu besitzen. Schon früh erkannte man „seinen ungebändigten Ausdruckswillen, in dem Form und Farbe einander zu großartiger Wirkung steigern", wie Kunsthistoriker betonen.

Es war eine spannungsreiche Zeit, in der Cranach lebte. Kaiser und Kirche stritten um die Macht, Martin Luther legte sich mit der Kirche an. Cranachs größter Auftraggeber war der katholische Kardinal, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Kurfürst und Reichserzkanzler Albrecht von Brandenburg, der mächtigste Kirchenfürst des Abendlandes. Er ließ Cranach die neue Stiftskirche in Halle ausgestalten, der dort den größten Gemäldezyklus der deutschen Kunstgeschichte fertigte.

1541 mußte Albrecht vor der Reformation aus Halle fliehen. Dabei nahm er viele der Kunstwerke aus der Stiftskirche zu Halle mit ins „Exil" nach Aschaffenburg, wo sie sich heute noch befinden.

Einerseits war es die hohe Qualität seiner Arbeit, andererseits aber auch die Geschäftstüchtigkeit Cranachs, die noch heute imponiert. Es gelang ihm nämlich, die unterschiedlichsten Auftraggeber „an Land zu ziehen", wie man heute sagen würde.

Einmal das altgläubige, katholische Publikum, andererseits die Protestanten, zu deren Chefpropagandisten er sich entwickelte. „Seine frühen Landschaftsdarstellungen waren wegweisend, religiösen Themen hauchte er völlig neues Leben ein, für den reformierten Glauben schuf er gänzlich neue Bildtypen", so die Kuratoren der Frankfurter Ausstellung. „Seine Porträts von Martin Luther, Friedrich dem Weisen oder Philipp Melanchthon prägen bis heute unsere Vorstellung von diesen Persönlichkeiten. Eine weitere Spezialität waren perfekt gemalte erotische Darstellungen. In diesen schuf er ein zeitloses Ideal weiblicher Schönheit, das noch im 20. Jahrhundert Künstler wie Pablo Picasso und Alberto Giacometti angeregt hat … Unbestritten ist Cranachs Bedeutung als Maler der Reformation – seine Porträts von Martin Luther und seiner Frau Katharina von Bora wurden in der Cranach-Werkstatt in Serie produziert und im Rahmen einer regelrechten Imagekampagne für den Reformator eingesetzt.

Daneben war Cranach maßgeblich an der Entwicklung genuin protestantischer Bildthemen beteiligt, die Luthers Lehre propagierten und trotz Bilderstürmerei überdauern konnten. Gleichzeitig blieb er aber einer altgläubigen Auftraggeberschaft treu. In seiner Werkstatt entstanden bis zu seinem Lebensende zahlreiche Madonnenbilder, von denen einige bis heute als Gnadenbilder besonders verehrt werden."

Cranach war vor allem aber auch ein erfolgreicher Unternehmer und besaß zum Beispiel eine

Als Bürgermeister und Hofmaler war er erfolgreich

Apotheke mit Weinausschank. 1537 wurde er Bürgermeister der Stadt Wittenberg. Von 1505 bis zu seinem Lebensende war er Hofmaler bei Friedrich dem Weisen und bei dessen Nachfolgern am kurfürstlichen Hof. Darüber hinaus betrieb Cranach eine Malerwerkstatt mit mehreren Lehrlingen und Gesellen.

Einer dieser Schüler, Heinrich Königswieser, wurde später Hofmaler Herzog Albrechts in Königsberg. Auch betrieb Cranach eine Buchdruckerei und einen Verlag. 1526 bestellte Herzog Albrecht bei ihm „neue gute, leswürdige Bücher" für seine Bibliothek und 200 Postillen zur Verteilung an die Pfarrer der noch jungen Landeskirche – eine Wagenladung von immerhin zwölf Zentnern Gewicht. Auch orderte Albrecht Bilder aus der Cranach-Werkstatt für Königsberg, darunter das Motiv „Herkules kämpft mit Antaeus", das Cranach mehrfach ausführte.

Gemeinsam mit Dürer hat Cranach die Bildwelt der Deutschen am nachhaltigsten geprägt. Das im Prestel-Verlag, München 2007, erschienene Buch von Mirela Proske über Lucas Cranach macht deutlich, wie sehr der Maler mit seinem Werk die Kunst beeinflußt hat (96 Seiten, 65 Farbabb., brosch., 14,95 Euro). Die zahlreichen farbigen Abbildungen vermitteln all denen einen lebhaften Eindruck von seiner ausgezeichneten Kunst, welche die Frankfurter Ausstellung nicht besuchen können.

Die Ausstellung im Frankfurter Städel Museum, Schaumainkai 63, 60596 Frankfurt / Main, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr sowie mittwochs und donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 10 / 8 Euro, Kinder bis zu 12 Jahren frei, 23. November bis 17. Februar. Anschließend in der Royal Academy of Arts in London, 8. März bis 8. Juni 2008.

Kulturnotizen

Ein Film und ein Buch

Schwerin – Die wichtigsten Stationen im Leben des Malers Caspar David Friedrich (1774–1840) werden jetzt in einem Film festgehalten, der vom NDR gedreht wird. Dresden, Berlin, Greifswald, Rügen und Schloß Ludwigslust sind die Schauplätze. Im Schloß soll das Atelier des bedeutendsten Landschaftsmalers der deutschen Romantik orginalgetreu nachgebaut werden. Die 45minütige Dokumentation soll Ende des Jahres im 3. Programm des NDR gezeigt werden. Wer zuvor auf den Spuren Friedrichs auf Rügen wandern will, der kann das anhand eines Buchs aus dem Verlag der Kunst, Husum, das Herrmann Zschoche zusammengestellt hat (120 Seiten, 118 teils farbige Abb., brosch., 14,95 Euro). Die Gegenüberstellung von alten Ansichten und Fotos von heute zeigen die Genialität des großen Künstlers, der den Zauber von Rügen einfing.

Corinth-Preis für Timm Rautert

Regensburg – Zum erstenmal wird der Lovis-Corinth-Preis an einen international bekannten Fotografen vergeben. Der Preis für das bedeutende Lebenswerk eines aus dem deutschen Osten stammenden Künstlers, der von der KünstlerGilde und dem Kunstforum Ostdeutsche Galerie vergeben wird, ist dem 1941 im westpreußischen Tuchel geborenen Timm Rautert zuerkannt worden. Er wird am 13. Juli 2008 in Regensburg übergeben werden. Rautert studierte an der Essener Folkwangschule und folgte 1993 dem Ruf an die Leipziger Hochschule für Graphik und Buchkunst. Nicht zuletzt mit seinen eindringlichen Menschenbildern beeindruckt er.

Grassi Museum wurde saniert

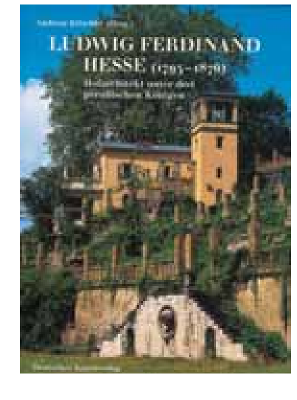
Leipzig – Nach langer umfassender baulicher Sanierung eröffnet am 1. Dezember das Grassi Museum für Angewandte Kunst den ersten Teil seiner neu konzipierten ständigen Ausstellung „Antike bis Historismus". Die Rundgänge „Asiatische Kunst" und „Jugendstil bis Gegenwart" können aus finanziellen Gründen etappenweise erst bis zum Jahr 2009 eröffnet werden. Das Museum ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Den Idealen des Maßhaltens verpflichtet

Der Hofarchitekt Ludwig Ferdinand Hesse und sein Werk wird in einem umfangreichen Band in Erinnerung gerufen

Von Helga Steinberg

Schinkel und Schadow kennt der Architekurfreund, natürlich. Vielleicht auch Langhans, Vater und Sohn, oder sogar Persius, dessen Lebenswerk vor kurzem in einer Ausstellung gewürdigt wurde. Aber Hesse? Das ist doch ein Dichter gewesen, oder? Ja sicher, aber es gibt auch Hesse, den Architekten, der als Schinkel-Schüler das Bild der Stadt Berlin mitgeprägt hat. Die Rede ist von Ludwig Ferdinand Hesse (1795–1876), der seine Laufbahn als Bauführer bedeutender Schinkel-Bauten wie etwa des Kreuzberg-Denkmals oder der Friedrichwerderschen Kirche begann. Weniger bekannt sein dürfte allerdings, „daß er bereits zu Lebzeiten seines großen Lehrers selbst entworfene Bauten in der Hauptstadt Preußens verwirklichen durfte", betont Andreas Kitschke, Herausgeber der Bandes „**Ludwig Ferdinand Hesse – Hofarchitekt unter drei preußischen Königen**", der jetzt im Deutschen Kunstverlag, Berlin 2007, erschien (440 Seiten mit 100 farbigen und 401 schwarzweißen Abb., Leinen mit Schutzumschlag, 68 Euro). Gerade diese frühen Entwürfe seien ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der Architektur Hesses. Und so gehen namhafte Kenner



der Architektur in dem Band auch dem gestalterischen Einfluß nach, den der im pommerschen Belgard geborene Hesse auf die Architektur seiner Zeit ausübte. Dennoch falle eine Gesamtwertung seines Werkes schwer, so Kitschke, der dafür die Last der Detailaufgaben, die Hesse als Mitglied des Hofbauamtes und der Schloßbaukommission erledigen mußte, verantwortlich macht. Außerdem ist eine Vielzahl der Bauten Hesses der Spitzhacke zum Opfer gefallen, als in der Gründerzeit neue schmuckreichere Häuser entstanden, um den neuen Reichtum der Besitzer zu repäsentieren. Erhalten blieb nicht viel, etwa das Wohn- und Lehrgebäude der Tierarzneischule, das neue Charitégebäude in Berlin oder das Haus der Witwe Persius in Potsdam wie auch Kleinarchitekturen, Fontänen und Brunnen im Park Sanssouci.

„Seine weltmännische Art", so Kitschke über Hesse in einem Beitrag des Besuchermagazins „Porticus" der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, „ließ ihn stets offen sein für bautechnische und architektonische Innovationen. Hierin liegt der Grund, daß sich in den Werken unmittelbar und exemplarisch der Geschmackswandel einer Epoche nachvollziehen läßt. Waren seine Frühwerke noch deutlich vom Klassizismus Schinkelscher Prägung beeinflußt, so zeigen die späteren Schöpfungen andere stilistische Einflüsse, die schließlich in den sogenannten Historismus mündeten. Als Beispiele mögen hier die neubarocken Umgestaltungen von Räumen im Berliner Schloß oder die üppigen Raumausstattungen genügen. Seine Aufgeschlossenheit für Neues bis ins hohe Alter hinein ließ Hesse zu einem aktiven Wegbereiter eines formenfreudigen, reicheren Stils werden. Dabei blieb er, ganz Preuße, immer noch den Idealen des Maßhaltens verpflichtet."

Der Tod als Thema für viele Dichter

Der Tod? O weh, nur nicht darüber sprechen. Der Mensch weiß zwar, daß der Geburt auch unweigerlich der Tod folgt – irgendwann einmal, also warum jetzt darüber sprechen. Kaum ein Thema ist in der modernen Welt ein derartiges Tabu wie der Tod. In der Angst, vor allem in der versteckten, unterdrückten, fehlen den meisten dann die Worte, wenn es um Tod und Trauer geht. Dichter und Erzähler haben die Gabe, das Unsagbare in Worte zu kleiden. Sie haben sich seit Jahrhunderten auch mit dem Tod auseinandergesetzt.



Margarete Graf hat in der Anthologie **„Der Tod ist groß“** (Artemis & Winkler, Düsseldorf 2007, 624 Seiten., geb., 39,90 Euro) Erzählungen und Gedichte aus 800 Jahren zusammengestellt, von Simon Dach bis Durs Grünbein, von Johann Wolfgang v. Goethe bis Elke Heidenreich. Die Großen dieser Zunft sind dort mit Beispielen aus ihrem Werk versammelt, aber auch die Kleinen, die Unbekannten, die ebenfalls ein gewichtiges Wort zu sagen haben. In der Vielfalt ihrer Ansichten und Einsichten liegt die Faszination dieses Buches, das lesenswert und keineswegs deprimierend ist. *os*

Hiebe statt Liebe

Oder Wenn in Beziehungen Gewalt an der Tagesordnung steht

Von CORINNA WEINERT

Es passiert täglich und überall, aber nur selten wird darüber gesprochen: Gewalt in der Partnerschaft. Mißhandlungen durch den Ehemann, Freund oder Lebenspartner sind für viele Frauen und ihre Kinder auch in Deutschland leidvolle Realität. Experten schätzen, daß in Deutschland jährlich zwischen 100 000 und einer Million Frauen Opfer häuslicher Gewalt werden. So wie Mia. Jahrelang hat die junge Mutter Demütigungen und Übergriffe ertragen – und geschwiegen. Die äußeren Wunden sind inzwischen verheilt, die inneren aber haben tiefe Narben in der Seele der gelernten Fachverkäuferin im Einzelhandel hinterlassen.

Nicht nur bei ihr, auch die achtjährige Tochter und der fünfjährige Sohn, die immer wieder mit ansehen mußten, wie der Vater auf die Mutter einprügelt, oft sogar selbst Opfer der Gewaltexzesse waren, sind durch die Erlebnisse traumatisiert. Fast hätte Mia den letzten Wutausbruch, bei dem ihr Mann sie unablässig mit den Fäusten traktierte und würgte, nicht überlebt. Meistens verließ er anschließend die Wohnung, so auch an jenem Tag. Mia blieb bewußtlos auf dem Fußboden in der Küche liegen. Als sie wieder zu sich kam, kauerten die Kinder weinend neben ihr. „Meine Tochter rüttelte unablässig an mir und schrie mit tränenerstickter Stimme: Mama, Mama, du darfst nicht sterben!“, erzählt Mia. „Das hat mir dann endlich die Augen geöffnet.“

Mia flüchtete aus dem Eheleben, aus dem eigenen Heim in eines der vier Hamburger Frauenhäuser. Wohin genau, darf niemand wissen. Aus Furcht vor Nachstellungen oder Racheattacken wütender Ehepartner oder Lebensgefährten werden die Adressen der Frauenhäuser streng geheim gehalten. Opfer körperlicher oder seelischer Gewalt sollen hier Ruhe und Sicherheit finden. „Endlich gab es wieder vier Wände, die Geborgenheit schafften“, schildert Mia die ersten Tage in fremder, aber friedlicher Umgebung.

„Gewalt gegen Frauen ist kein Randproblem, sondern etwas, das mitten unter uns und auch täglich geschieht“, erklärt Karin Müller von der BIG e. V. Hotline in Berlin, die Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen bietet. 400 Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen hierzulande dokumentieren diesen Tatbestand. Etwa 45 000 Frauen und ihre Kinder nehmen die Einrichtungen jährlich in Anspruch. „Schätzungen zufolge kommt es in jeder dritten Partnerschaft zu Gewalt“, weiß Müller, die als Koordinatorin bei der Hotline arbeitet. „Frauen sind demnach von häuslicher Gewalt mehr bedroht als durch andere Gewaltdelikte“, fügt sie hinzu. Die Dunkelziffer ist groß, genaue Zahlen liegen nicht vor. „Betroffen sind alle Frauen, unabhängig von Alter, Bildungsstand, Einkommen, sozialer Schicht und Nationalität“, so Müller.

„Die Frauen in den Frauenhäusern sind jedoch nur ein kleiner Teil derjenigen, die Gewalt erfahren haben“, berichtet Oya Cüre, die seit zehn Jahren in einem der Hamburger Frauenhäuser tätig ist. 900 hilfesuchende Frauen und 869 Kinder fanden im vergangenen Jahr Unterschlupf in den Hamburger Notquartieren – manchmal nur für einen Tag, manchmal Monate.

„Gewalt äußert sich nicht nur in körperlichen Mißhandlungen oder sexuellen Übergriffen, sondern auch in subtileren Formen wie Beschimpfungen, Demütigungen, Drohungen, Einschüchterungen, Freiheitsberaubung, Kontrolle, Nachstellen und Verboten“, erklärt Karin Müller. Und: „Gewalt in der Partnerschaft ist kein einmaliges Ereignis. Trotz der gezeigten Reue wird früher oder später wieder zugeschlagen“, so die Psychologin. „Aus Angst oder Scham vor neuen gewalttätigen Konflikten schweigen viele Frauen. Selbst nach schwerer Mißhandlung erstatten sie keine Anzeige. So entsteht ein Teufelskreis“, fährt sie fort.



Schutzlos ausgeliefert: Tägliche Gewalt ist in vielen Haushalten zu finden. Foto: Vario

Die Polizei hatte bis vor wenigen Jahren kaum Möglichkeiten, gegen die Täter vorzugehen und trat somit in erster Linie als Schlichter bei sogenannten „Familienstreitigkeiten“ in Erscheinung, ohne daß die Partnergewalt damit langfristig verringert werden konnte.

Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz eröffnet nun ganz neue Wege: „Prügelnde Männer müssen damit rechnen, aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen zu werden, betroffene Frauen und Kinder erhalten verbesserte Unterstützungsangebote“, erörtert Müller. Das Gewaltschutzgesetz ermöglicht dem Familiengericht, dem Täter langfristig das Betreten der gemeinsamen Wohnung zu verbieten. Darüber hinaus kann das Gericht die Verpflichtung anordnen, der gefährdeten Person die gemeinsam genutzte Wohnung zumindest befristet – grundsätzlich für höchstens sechs Monate mit der Möglichkeit der Verlängerung um höchstens sechs weitere Monate – zu überlassen, ganz unabhängig davon, wer Allein- oder Miteigentümer beziehungsweise Mieter der Wohnung ist. Dennoch ist für viele Frauen die Flucht ins Frauenhaus die einzige Möglichkeit, der Beziehung, die für sie und die Kinder zu gefährlich ist, zu entkommen.

Ziel der Einrichtungen ist es, daß die Frauen lernen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und neu zu organisieren. Mia ist auf dem besten Weg dorthin: Sie wird demnächst in eine Dreizimmer-Wohnung weit weg vom früheren Zuhause ziehen. „Ich bin froh, daß ich letztendlich die Kraft gefunden habe, den Schlußstrich zu ziehen“, sagt Mia. „Schon der Kinder wegen.“ Lächelnd fügt sie hinzu: „Und ich habe noch etwas gefunden – mich selbst.“

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Ursprünglich riefen lateinamerikanische Frauenrechtlerinnen den Tag 1981 als Aktionstag ins Leben, um der Ermordung dreier Widerstandskämpferinnen aus der Dominikanischen Republik durch das Trujillo-Regime am 25. November 1960 zu gedenken. Seit 1987 wird am 25. November weltweit mit Aktionen auf die Gewalt an Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht.

Wenn der Nebel alles in einen Schleier hüllt

Gedanken zum November, einem Monat mit so unterschiedlichen Gesichtern

Von H. RAUSCHENBACH

November“ so heißt der elfte Kalendermonat des Jahres im Lateinischen, in unserer altdeutschen Sprache wird er „Nebelung“ genannt. Unsere Altväter müssen den Jahresablauf wohl sehr genau beobachtet haben, um jedem Monat einen Namen zu geben, der seine besondere Charakteristik hervorhebt. So hieß der Januar „Hartung“ (harter Frost), der Februar „Hornung“ (Hornblasen der Jäger), dann ging es weiter mit „Lenzing“, „Ostermond“ und „Wonnemond“. Mit „Bracht“, „Heuet“ und „Ernting“ wurden Feldarbeiten bezeichnet. Im „Scheiding“ scheidet der Sommer, der „Gilbhard“ bringt gelbes Laub, der „Nebelung“ den Nebel, und der „Julmond“ schließt das Jahr mit der alten Bezeichnung für die Wintersonnenwende ab. Ich erinnere mich, die altdeutschen Namen in der Schule noch gelernt zu haben, jetzt aber mußte der Duden nachhelfen.

Wie treffend der Name „Nebelung“ für den November ist, beweist in jedem Jahr der oft einsetzende Nebel, der bei Windstille mehrere Tage herrschen kann und Behinderungen im Flug- und Autoverkehr verursacht. Ganze Landstriche vermag dieses Naturschauspiel unseren Blicken zu entziehen und bietet uns wiederum einen Blick auf unser Umfeld, das in einen zarten Schleier gehüllt scheint.

So kann ein Spaziergang bei Nebelwetter durchaus eine erfreuliche Abwechslung sein und Damen eine teure Sitzung im Kosmetik-Salon ersparen: Sie erhalten eine verjüngend wirkende Gesichtspackung gratis.

Der November zeigt uns auch gern sein anderes Gesicht: Sturmböen jagen über das Land, treiben dunkle Wolkengebilde vor sich her, aus denen der Regen niederprasselt und gegen die Fensterscheiben peitscht, oder, wenn man unterwegs ist, gegen die Beine. Wenn sich dann der aufgespannte, schützende Schirm auskehrt und vom Sturm aus der Hand gerissen wird, das nasse, an den Schuhsohlen klebende Laub uns ausrutschen läßt, dann war es ein „erlebnisreicher“ Tag. Dank unserer fortgeschrittenen Zivilisation können wir uns in unseren Regionen gegen fast alle Wetter-Kapriolen wehren. Die einfallsreiche Kleidungsindustrie bietet wasser- und winddichte Kleidung, mit Daunen gefüllte Jacken ersetzen den verpönten Pelz, und die Füße schützen Stiefel mit wärmendem Innenfutter vor Kälte. Kommen wir trotzdem noch „verhubbert“ nach Hause, erwartet uns eine zentralbeheizte Wohnung und ein heißes Duschbad.



Waldweg im Herbst: Die leuchtenden Farben, unter den Füßen raschelndes Laub und die besondere Stimmung laden zu einem Spaziergang ein. Foto: Rauschenbach

Doch – die Erinnerung ist immer präsent – wie erlebten wir, die wir auf dem Lande lebten, den November mit seinen neblig-trüben und kurzen Tagen? Bis in den Vormittag hinein brannte damals die Petroleumlampe in der Küche und wurde bereits um die Kaffeezeit wieder angesteckt. Auch das Vieh mußte im Stall bei Laternenlicht versorgt werden. Und wie waren wir damals gekleidet, wie schützten wir uns gegen Kälte? Als erstes fallen mir dabei die langen, fast ständig kratzenden Strümpfe ein, die, mit einem Knopf versehen, mit einem breiten Wirk-Gummiband an ein Leibchen aus Barchend geknöpft waren. „Wistchen“ nannten wir das Leibchen. Eine andere Unterwäsche für kalte Tage war der Unterzug, eine Kombination aus lang- oder kurzärmeligem Hemd und langer Unterhose aus etwas angerauhtem Trikot, vorne zu knöpfen. Für besondere Bedürfnisse gab es am hinteren Hosenteil eine abknöpfbare Klappe und für die Jungs zusätzlich vorne einen Schlitz. Wie praktisch wäre es gewesen, nun über den Unterzug eine lange Hose zu ziehen, aber die gab es damals einfach nicht; weder für Jungs, noch für Mädchen oder Frauen. So blieb uns Kindern als Schutz gegen das Novemberwetter nur die Pudelmütze, der von Oma gestrickte Schal, das Mäntelchen und die halbhohen Schnürschuhe. Aber halt – da gab es noch etwas: Die Überschuhe! Deren Material bestand aus kräftigem schwarzen Gummi mit einer blanken Oberfläche, sie waren seitlich mit großen Druckknöpfen zu schließen. Man schlupfte mit den Schuhen hinein und behielt bei Matschwetter trockene Füße.

Natürlich bedeckte der Nebel im Herbst auch bei uns das weite Land, Stürme heulten und pfiffen um den Schornstein, brachten prasselnden Regen mit sich, der aber im November oftmals schon in Schnee überging; immerhin lebten wir in Ostpreußen auf dem 55. Breitengrad.

Verbunden mit diesem Wetter bleibt in mir ein Bild gefestigt: Mein Vater kommt vom abendlichen Beschicken (Versorgen des Viehs) in die Küche, hält die Hände über den bullernden Herd und sagt: „Herrjeih, das ist draußen mal wieder e Wetterche, mecht's nich dem Hund rausjagen.“ Dann zog er seine Joppe aus, steckte sich ein Pfeifchen an und setzte sich im Wohnzimmer auf die Ofenbank.

So wild ist die Ehe auch nicht

Von »Dinks« und nicht verheirateten Paaren / Das bleibt in der Familie (Folge 4)

Von Klaus J. Groth

Eine Familie ist auch ohne Kinder eine Familie. Und eine Familie kann auch ohne Trauschein der Eltern eine Familie sein. Unter dem Sammelbegriff „Familie" hat der Gesetzgeber viel Platz geschaffen. Nachdem wir in unserer Bestandsaufnahme, was alles als Familie gelten kann, in den beiden vorausgegangenen Folgen die traditionelle Familie, die Ein-Eltern, die Patchwork- und die Großfamilie vorstellten, heute nun das kinderlose Ehepaar und die wilde Ehe.

Niemand trägt auf einem Schild mit sich die Auskunft herum, ob ihm Kinder versagt geblieben sind oder ob er sie sich versagt hat. Fest steht: Jede dritte Ehe in Deutschland bleibt ohne Kinder. Die Neidgesellschaft prägte dafür den Begriff „Doppelverdiener ohne Kinder". Die „Dinks" (double income, no kids) in der Nachbarschaft machen vor, wie famos es sich ohne Kinder leben läßt: Urlaub in der Ferne, nicht auf die Ferienzeiten angewiesen sein und immer über etwas mehr Geld für besondere Anschaffungen verfügen. Das klingt toll – aber ist es das auch? Der Preis wird gezahlt durch den Verzicht auf das Kind. Das ist ein hoher Preis. Menschen, die sich Kinder wünschen, finden, es sei ein zu hoher Preis für ein bißchen zusätzlichen Spaß.

Mit dem zweifelhaften Privileg eines „Dinks" leben mehr als 22 Millionen Menschen in Deutschland, also 24 Prozent. Über die gescheiterten Versuche, den Wunsch nach Kindern doch noch zu erfüllen, spricht niemand gern. Und so bleiben sie alle in einer Kategorie, diejenigen, deren Wunsch nicht in Erfüllung ging, und diejenigen, die ganz bewußt auf Kinder verzichteten. Denn seit der Einführung der Pille ist es einfach, Spaß am Sex zu haben, ohne befürchten zu müssen, daß „es passiert".

Auf jeden Fall gehören zu einer Familie immer zwei, drunter ist es wirklich nicht zu machen.

Die Bezeichnung „wilde Ehe" ist ein Relikt aus jener Zeit, in der man in diesem Zustand des Zusammenlebens etwas Verwerfliches sah, nicht gesellschaftsfähig, aber doch irgendwie aufregender und prickelnder als eine ganz gewöhnliche Ehe. Dabei gibt sich das Aufregende und Prickelnde auch in solchen Verbindungen mit der Zeit, die „wilde Ehe" ist in dieser Hinsicht nicht anders als die weniger wilde, nur daß eben der Trauschein fehlt.

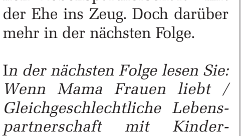
Zwei Millionen Paare leben in Deutschland in solch einer eheähnlichen Beziehung. Und die meisten haben ein oder mehrere leibliche Kinder. Was sie nicht hatten, war die Zeit für das Standesamt.

Doch der fehlende Trauschein macht den Unterschied. Rechtlich ist die eheähnliche Gemeinschaft nicht so sicher gestellt wie die traditionelle Ehe. Das dicke Ende kommt erst, wenn das Ende der Beziehung naht. Seit 1970 können nicht verheiratete Paare für ihre leiblichen Kinder sorgen. Doch im Fall einer Trennung hat der Vater keinen Anspruch auf ein mögliches Sorgerecht.

Das Bundesverfassungsgericht hat die eheähnliche Lebensgemeinschaft zwar als „gegenseitige Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft", anerkannt, die über eine bloße Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht, aber eine Gleichstellung mit der traditionellen Ehe wurde daraus nicht abgeleitet.

Spielverderber ist wieder einmal der Papst. Benedikt XVI. redete seinen Schäflein ins Gewissen, Ehe und Familie seien keine „soziologische Konstruktion", sondern ein Abbild der Liebe Gottes. Und er geißelte die heutigen „Formen der Auflösung" wie „Ehe ohne Trauschein, Ehe auf Probe oder Pseudo-Ehen zwischen Personen gleichen Geschlechts". Sie seien „Ausdruck einer anarchischen Freiheit, die sich fälschlicherweise als wahre Befreiung des Menschen darstellen will". Nach der Lehre des Vatikans ist Sexualität eben nur in einer Ehe mit Kinderwunsch möglich.

Solche fundamentalistischen Ansichten bleiben nicht ohne Widerspruch. Der bekennende Homosexuelle Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, warf Benedikt „theologische Unbarmherzigkeit und pharisäerhafte Überheblichkeit" vor. Als wackerer Streiter für die Rechte Homosexueller weltweit im Einsatz, legt sich der Abgeordneten Beck ohnehin für die Gleichstellung der „Eingetragenen Lebenspartnerschaft" mit der Ehe ins Zeug. Doch darüber mehr in der nächsten Folge.


In der nächsten Folge lesen Sie: Wenn Mama Frauen liebt / Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit Kinderwunsch


Jung, dynamisch, kinderlos: Ein Familienmodell mit Zukunft? Foto: Colourbox

Familienmenschen

Soraya Esfandiary Bakhtiari (* 22. Juni 1932 in Isfahan, Iran; † 25. Oktober 2001 in Paris). Von 1951 bis 1958 war Soraya an der Seite des letzten Schahs Kaiserin von Persien. Ihr Schicksal füllte die Seiten der Regenbogenpresse. Scheinbar die ganze Welt nahm Anteil an der Kinderlosigkeit des Paares. Soraya war die Tochter der Deutschen Eva Carl und deren persischen Ehemannes Fürst Khalil Esfandiary Bakhtiari, des iranischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland. 1951 heiratete Soraya im Golestanpalast von Teheran Schah Mohammad Reza Pahlavi. Weil der erhoffte Thronerbe ausblieb, beugte sich das Paar der Staatsräson, die Ehe wurde am 6. April 1958 geschieden. Später lebte Soraya in Paris. Die verstoßene Kaiserin auf dem Pfauenthron wurde auf dem Westfriedhof in München beigesetzt.

Günther Johannes Jauch (* 13. Juli 1956 in Münster, Westfalen) Showmaster („Wer wird Millionär?"), Journalist, Produzent. Nach 18 Jahren „wilder Ehe" mit Dorothea Sihler war auch der als konservativ geltende Günter Jauch reif für die Ehe. Das Paar heiratete im Juli 2006 standesamtlich auf dem Pfingstberg (Potsdam). Seit 1990 lebt das Paar mit vier Kindern in einer Villa am Heiligen See in Potsdam. Für zwei der Kinder sind Dorothea und Günter Jauch die leiblichen Eltern, zwei Kinder kamen als Waisen aus Sibirien und wurden adoptiert.

Silvana Koch-Mehrin (* 17. November 1970 in Wuppertal), FDP-Europaabgeordnete, Vorsitzende der FDP-Gruppe innerhalb der ALDE-Fraktion und erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie lebt seit 1997 in Brüssel. Mit dem irischen Rechtsanwalt James Candon hat sie zwei Töchter: „Bevor ich Kinder hatte, wurde ich oft als eine Frau dargestellt, die ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber nicht erfüllt; die keine Kinder möchte wegen der Karriere. Als ich dann Kinder hatte, wurde ich plötzlich als Rabenmutter betrachtet, die es nicht lassen kann, berufstätig zu sein - zu Lasten ihrer Kinder. Oder als eine Art Wunderwesen: eine, die alles schafft."

MELDUNGEN

Sterbehilfe verbieten

Berlin – Immer lauter werden die Forderungen, die Praktiken der Schweizer Sterbehilfeorganisation Dignitas zu unterbinden. Anlaß ist die jüngste Selbsttötung von zwei Deutschen auf einem Waldparkplatz bei Zürich, denen der umstrittene Verein die tödlichen Medikamente besorgt hatte. Es handelt sich um zwei Männer im Alter von 50 und 65 Jahren. Die Organisation war zuvor in der Schweiz aus Wohnungen und Hotels verbannt worden, wo sie bisher Schwerkranken beim Suizid assistierte. Sie hat nach eigenen Angaben bisher mehr als 600 Menschen zum Tod verholfen. Die Deutsche Hospiz Stiftung (Dortmund) forderte den Bundesrat auf, ein geplantes Verbot der gewerblichen Vermittlung bei der Selbsttötung in Deutschland voranzutreiben. „Politisches Handeln ist gefragt und nicht das Entsetzen", sagte der Geschäftsführende Vorstand der Stiftung, Eugen Brysch, am 8. November gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. *idea*

Christentum verliert Ansehen

Ventura – Das Christentum hat bei jungen US-Amerikanern erheblich an Ansehen verloren. Christen wie Nichtchristen im Alter von 16 bis 29 Jahren stehen dem christlichen Glauben wesentlich kritischer gegenüber als ihre Altersgenossen vor zehn Jahren. Das geht aus einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Barna hervor. Vor einem Jahrzehnt hatten die meisten Nichtchristen einen günstigen Eindruck vom christlichen Glauben. Jetzt teilen nur noch 16 Prozent der nichtchristlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen diese Meinung. In jüngster Zeit macht sich ein weiteres als negativ empfundenes Urteil breit. 91 Prozent der jungen Nichtchristen und 80 Prozent der Kirchgänger werfen Christen vor, „anti-homosexuell" eingestellt zu sein. Christen brächten Lesben und Schwulen übermäßige Verachtung und Lieblosigkeit entgegen. Junge Christen kritisieren, daß Homosexualität vielfach zu einer „größeren Sünde" als jede andere erhoben werde. Das stehe ihnen im Weg, wenn sie die biblische Lehre homosexuellen Freunden nahebringen wollten. Mehr als jeder fünfte junge US-Amerikaner ist der Meinung, daß das Christentum „nicht mehr ist, was es einmal war" und daß es „nicht mehr aussieht wie Jesus". *idea*

Opas Hund und Omas Katze

Haustiere tun älteren Menschen gut und halten mobil

Von Anja Schäfers

Den Traum vom Haustier wollen sich viele Menschen im Ruhestand verwirklichen. Ohne berufliche Verpflichtungen, so stellen sie sich vor, haben sie endlich Zeit für Hund oder Katze. Wenn es soweit ist, kommen ihnen häufig Bedenken. Sollte ich mir in meinem Alter noch ein Tier zulegen?

„Wenn man halbwegs fit ist, spricht nichts dagegen, sich ein Tier anzuschaffen", sagt Angelika Prauß, Leiterin der Bonner Regionalgruppe des Vereins „Tiere helfen Menschen".

„Man sollte aber unbedingt überlegen, ob diese zu den derzeitigen Lebensumständen und Freizeitvorlieben passen", sagt Prauß. In einer kleinen Wohnung ohne Garten zum Beispiel könne man keine Katze halten. Wer nicht mehr gut zu Fuß sei, sollte sich keinen Hund anschaffen.

Die Haltung von Vögeln sei meist unproblematisch. Sie bedürfen täglicher Zuwendung und Beschäftigung. Katzen sind eher selbstständige Wesen, die sich zwar ihr Futter abholen, aber sonst eher mit der Jagd außer Haus beschäftigt sind. Andererseits gibt es auch echte Stubentiger, die sich in der Wohnung wohlfühlen und gern mit ihrem Menschen spielen und schmusen.

Ein Hund hält einen am ehesten auf Trab, denn mit ihm muß man mehrfach täglich vor die Tür gehen. „Die Spaziergänge und die frische Luft tun auch dem Menschen gut", sagt die Expertin. Außerdem bekomme man durch das Tier auch leichter Kontakt zu seinen Mitmenschen. Zu anderen Hundehaltern zum Beispiel oder zu Kindern, die den Hund streicheln wollen.

Die Hunderasse sollte man so auswählen, daß man auch mit nachlassenden Kräften nicht überfordert wird. Als Gefährten im Alter sind eher ruhige, freundliche Tiere geeignet. „Wenn jemand noch nie oder lange keinen Hund mehr hatte, sollte er sich von einem unabhängigen Hundetrainer beraten lassen", empfiehlt Prauß.

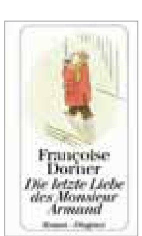
Große Hunde wie Doggen oder Schäferhunde sollte man sich im Alter eher nicht anschaffen. Diese kraftvollen Rassen könne man häufig kaum an der Leine halten. „Außerdem gibt es immer wieder Situationen, in denen man seinen Hund tragen muß", sagt Jutta Siebers, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Tierschutz.

Beide Expertinnen empfehlen, sich ein älteres Tier aus dem Tierheim zu holen. Diese seien nicht mehr so temperamentvoll wie Welpen und bräuchten weniger Erziehung. Zudem hätten sie eine geringere Lebenserwartung. „Viele Senioren schaffen sich kein neues Tier mehr an, weil sie Angst haben, daß sie sich nicht bis zu dessen Ende darum kümmern können", sagt Siebers. Der Umzug in ein Seniorenheim bedeutet nicht automatisch, daß man sein Haustier abgeben muß. „Unsere Liste an Einrichtungen, in denen man sein Tier mitbringen kann, wird immer länger", berichtet Siebers. Natürlich hänge vieles vom Einzelfall ab. Es sei zum Beispiel einfacher, Wellensittiche mit in ein Heim zu nehmen als etwa einen Hund.

Mit einer Vorsorgevollmacht können ältere Tierbesitzer dafür sorgen, daß ihr Liebling nach ihrem Tod in die richtigen Hände gerät. Wer keinen geeigneten „Erben" findet, kann auch Mitglied im Freundeskreis betagter Tierhalter des Bundesverbandes Tierschutz werden. Dieser vermittelt das Tier in eine geeignete Familie, wenn sein Besitzer verstorben ist.

Auch die Schattenseiten der Tierhaltung im Alter sollten nicht unerwähnt bleiben. Einige Tiere von Senioren bekommen zum Beispiel nicht mehr genügend Auslauf oder werden mit dem falschen Futter „verwöhnt". „Die Tiere leiden dann oft unter starkem Übergewicht und Folgekrankheiten wie Diabetes", sagt Siebers. Wegen der eingeschränkten Mobilität des Halters würden oft auch die notwendigen Besuche beim Tierarzt ausfallen.

Zudem sollte man in seinem Bekanntenkreis immer zwei oder drei hilfsbereite Personen haben, die sich um das Tier kümmern können, wenn man kurzzeitig krank ist.



Verliebt im Alter

Rentner sucht Lebenssinn

Monsieur Armand ist ein älterer Herr, der vor einigen Jahren seine Frau an eine schwere und langwierige Krankheit verloren hat. Zu seinen Kindern und Enkelkindern hat der passionierte Philosophieprofessor im Ruhestand kaum Kontakt, man besucht sich lediglich zu den Feiertagen.

In „Die letzte Liebe des Monsieur Armand" behandelt die gebürtige Pariserin und ehemalige Theaterschauspielerin und Drehbuchautorin Françoise Dorner das sensible Thema der Einsamkeit im Alter. Und so lebt Monsieur Armand abgekapselt von seiner Umwelt still vor sich hin, sich regelmäßig nach dem Sinn seines verbleibenden Lebens fragend.

Bis ihn die Begegnung mit der 20jährigen Innendekorateurin Pauline plötzlich aus seinem immergleichen Alltag aufschreckt und sie sein Leben unbeabsichtigt auf den Kopf stellt. „Im 82er habe ich sie zum ersten Mal gesehen. Sie saß mir gegenüber und schaute gedankenverloren zum Fenster hinaus. Sie war nicht wie andere Mädchen ihres Alters ... Da hielt der Bus mit einem Ruck, und ich wurde gegen einen Mann geschleudert, der mich anblaffte: ‚Passen Sie doch auf!' Ich schlug mit dem Kopf gegen die Haltestange, mir entglitt mein Stock, und er fiel dem jungen Mädchen in den dunkelblauen Faltenrock. Als sei nichts dabei, nahm sie ihn einfach, gab ihn mir, und wir stiegen zusammen aus. Auf dem Trottoir fragte sie mich: ‚Geht es wieder? Oder soll ich Sie nach Hause bringen?'"

Die fröhlich-frische Art Paulines zieht den älteren Herrn sofort in ihren Bann. Von diesem Tag an kreisen Monsieur Armands Gedanken ständig um das freundliche, junge Mädchen aus dem Bus.

Als er sie wiedertrifft, wird er unversehens in die Rolle des Großvaters gedrängt, ist sich jedoch nicht sicher, welche Rolle er sich im Leben Paulines zugedacht hätte, wenn er die Wahl gehabt hätte.

Françoise Dorner behandelt in ihrem Roman die Problematik der immer häufiger auftretenden Einsamkeit der Menschen im Alter. Von der Gesellschaft als unnütz aufs Abstellgleis verbannt, wissen die auch einst durch Familie und Arbeit vereinnahmten Menschen, plötzlich alleinstehend, nichts mehr mit sich und ihrem Leben anzufangen. Die Gewißheit, in niemandes Leben mehr eine besondere Rolle als Versorger, Elternteil oder Partner zu spielen, treibt viele ältere Menschen nicht selten in die Verzweiflung.

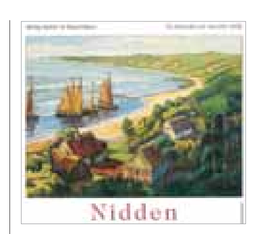
Gespannt verfolgt der Leser die Entwicklung der Beziehung zwischen Monsieur Armand und Pauline. Er spürt, wie Monsieur Armand durch das Interesse an seiner Person plötzlich wieder aufzublühen beginnt.

Durch die fröhliche unbedarfte Art und die ehrliche Zuneigung des jungen Mädchens zu dem alten Herrn verhilft es ihm, zu einer – wie sich im Nachhinein herausstellen wird – folgenschweren Änderung der Sichtweise seines Lebens.

Die plötzlich wieder erwachte Lebensfreude des ehemaligen Philosophieprofessors aufgrund der Befreiung aus der unfreiwilligen und unerwünschten Isolation stimmt nachdenklich.

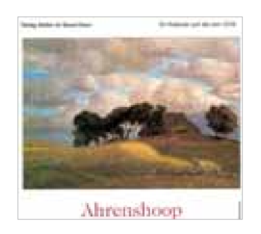
Ein schöner Roman, dem ein ernstes Thema zugrunde liegt, und der trotz einer gewissen Tragik einer zeit- und vor allem alterslosen Romantik nicht entbehrt. *A. Ney*

***Françoise Dorner: „Die letzte Liebe des Monsieur Armand"**, Diogenes, Zürich 2007, geb., 17,90 Euro, Best.-Nr. 6442*



Ein Bild empfinden

Postkartenkalender entführen in das Reich der Kunst

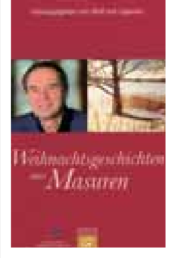


„Der Maler soll nicht bloß malen, was er vor sich sieht, sondern was er in sich sieht. Sieht er aber nichts in sich, so unterlasse er auch zu malen, was er vor sich sieht", forderte der Maler Caspar David Friedrich (1784–1844). Und: „Die einzige wahre Quelle der Kunst ist unser Herz, die Sprache eines reinen kindlichen Gemütes. Ein Gebilde, so nicht aus dem Borne gesprungen, kann nur Künstelei sein ... Ein Bild muß nicht erfunden, sondern empfunden sein ..." Wie tief empfunden die Bilder sind, die Friedrich auf die Leinwand bannte, davon kann man sich heute in Museen wie der Hamburger Kunsthalle überzeugen, die einen großen Teil seiner Gemälde besitzt. Doch man kann sich den Zauber, den diese Werke zweifellos ausströmen, auch nach Hause holen. Mit einem Kalender zum Beispiel. Der Verlag Atelier im Bauernhaus aus Fischerhude legt für das Jahr 2008 gleich zwei Kalender mit Motiven aus dem Schaffen des Pommern Friedrich vor: einen großen Kunstkalender (45 mal 52 Zentimeter) unter dem Titel „Caspar David Friedrich und seine schönsten Bilder" und einen Postkartenkalender (16 mal 16,5 Zentimeter) unter dem Titel „Caspar David Friedrich und seine romantischen Freunde". Die Freunde sind Carl Gustav Carus und G. F. Kersting, die mit jeweils einem Werk vertreten sind.

Für Kunstsammler besonders interessant dürfte der große Kalender sein, hat er doch ein immerwährendes Kalendarium und ein zusätzliches Titelposter – der „Wanderer über dem Nebelmeer" – ohne störende Buchstaben. Für Friedrich-Fans allerdings empfehlen sich beide Begleiter durch das Jahr, da die in den zwei Kalendern veröffentlichten Motive nicht deckungsgleich sind.

Postkartenkalender sind im selben Verlag auch mit Motiven von Künstlern aus Ahrenshoop, der Künstlerkolonie auf Fischland, und aus Nidden, der Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung erschienen. Wie es dort heute aussieht, das kann man in dem Postkartenkalender „Kurische Nehrung – Bilder aus Neringa" erfahren. Fotografen haben sich auf die Suche nach den schönsten Motiven gemacht und sind zu jeder Jahreszeit fündig geworden. Eine Augenweide nicht nur für Heimatfreunde. *SiS*

***Caspar David Friedrich und seine schönsten Bilder**, Kalender für 2008, Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 2007, 13 Blatt, Ringheftung, 24,95 Euro; **Caspar David Friedrich und seine romantischen Freunde**, Postkartenkalender für 2008, Verlag siehe oben, 13 Blatt, Ringheftung, 6,95 Euro; **Ahrenshoop, Nidden, Kurische Nehrung**, Verlag siehe oben, jeweils 6,95 Euro, zu beziehen: Telefon (0 42 93) 4 91.*



Ostpreußischer Zauber

Wolf von Lojewski präsentiert »Weihnachtsgeschichten aus Masuren«

Es war einmal, so fangen Märchen an ... und die „Weihnachtsgeschichten aus Masuren", herausgegeben vom dem ehemaligen „heute-journal"-Leiter Wolf von Lojewski. Die von dem Ostpreußen ausgewählten Geschichten rund ums heilige Fest spielen alle in Ostpreußen. Und gerade hier beginnen fast alle Geschichten mit „es war einmal". Und so liegt über diesen Landen ein Zauber aus alter Zeit, etwas Verwunschenes, Geheimnisvolles, das die dunklen Wälder und weiten Wiesen der Landschaft überzieht.

„Schriftsteller und Fernsehregisseure haben natürlich auch schon versucht, nach vorne zu träumen. In ferne, technisch faszinierende Galaxien. Die digitale Kommunikation zieht uns tiefer ins Internet. Aber irgendetwas fehlt den zukünftigen Paradiesen. Etwas, das Ostpreußens Wälder und Seen in so reichem Maße zu bieten haben. Der Zauber des einfachen Lebens berührt unsere Seele, die Einsamkeit, wie es sie kaum noch irgendwo gibt, ein blauer Himmel von Furchen weißer Wölkchen durchzogen, als habe ihn ein überirdischer Ackersmann frisch gepflügt", so Lojewski.

Und damit die ausgewählten Autoren auch wissen, worüber sie schreiben, stammen sie natürlich alle auch aus den ostpreußischen Weiten. Arno Surminski, Hansgeorg Buchholtz, Siegfried Lenz, Paul Brock, Michael Kluth und Agnes Miegel sind neben einer anderen, den Lesern dieser Zeitung sehr gut bekannten Autorin Urheber der abgedruckten Zeilen. Ruth Geede ist jene Autorin, die neben Arno Surminski die meisten Geschichten zu Lojewskis Weihnachtsband beigesteuert hat.

Die Atmosphäre, die vor allem Ruth Geede und Arno Surminski in ihren Erzählungen schaffen, verzaubert. Hinzu kommen zahlreiche ostpreußische Ausdrücke, die den Leser, auch wenn er sie nicht unbedingt versteht, in eine andere Zeit versetzen.

„Wenn ich mit meinen ersparten Dittchen zu der alten Oma Kahnert marschierte, um einen Weihnachtsbogen auszusuchen, war das der feierlichste Augenblick in der Vorweihnachtszeit ... Oma Kahnert verlor nie die Geduld. ‚Na, mein Goldchen, hast einen gefunden? Is auch der schönste? Nu verschreib dich man bloß nich, mein Herzchen!' ... Ja, das war überhaupt die allerschwierigste Sache bei der ganzen Weihnachtsbogenangelegenheit."

Aber nicht jede Weihnachtsgeschichte ist schön, es gibt auch manche traurige: „Einmal, aber das ist lange her, gab es kein Weihnachten. Einfach so. Annegret bekam am vierten Advent die Masern, die Mutter hatte alle Hände voll zu tun, den Ofen warm zu halten, und der Vater war in Kriegsgefangenschaft. ‚Der Weihnachtsmann ist übrigens auch in Gefangenschaft', sagte Mutter. ‚Vielleicht gibt es im nächsten Jahr wieder Weihnachten.'"

Wolf von Lojewski ist eine wirklich stimmungsvolle Zusammenstellung von Weihnachtsgeschichten aus Masuren gelungen. *Bel*

***Wolf von Lojewski (Hrsg.): „Weihnachtsgeschichten aus Masuren"**, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2007, geb., 175 Seiten, 14,95 Euro, Best.-Nr. 6443*



Was Kameradschaft vermag

Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte 1944

Mehr als 60 Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Es ist bemerkenswert, wie wenige ernst zu nehmende Erlebnisberichte deutscher Soldaten in diesen Jahrzehnten erschienen sind, ganz im Gegensatz etwa zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg.

In diesem Jahr ist eines der wenigen Bücher auf den Markt gekommen, die sich von politischer Färbung ebenso fernhalten wie von Sensationshascherei. Es basiert im wesentlichen auf Aufzeichnungen des Autors, die er wenige Wochen nach den Ereignissen, als sie noch frisch in der Erinnerung waren, niedergeschrieben hat.

Claus Neuber, damals 20jähriger Leutnant im schlesischen Artillerieregiment 18, gehörte mit seiner Division zu einer der vier Armeen, die im Sommer 1944 die Heeresgruppe Mitte in Weißrußland bildeten. Die deutsche Führung erwartete die sowjetische Sommeroffensive im Südabschnitt und hatte Kräfte von der Heeresgruppe Mitte dorthin abgezogen. Eine folgenschwere Fehlentscheidung. Die Rote Armee konzentrierte im Mittelabschnitt 23 Armeen mit 85 Divisionen (insgesamt 2,5 Millionen Mann) mit 6000 Panzern und Sturmgeschützen, 45 000 Geschützen und Granatwerfern, 6000 Flugzeugen. Ihnen standen auf deutscher Seite nur 48 Divisionen inklusive Reserve- und Sicherungsdivisionen mit 450 000 Mann gegenüber. Die deutsche Luftwaffe war in dieser Gegend mit gerade einmal 45 Jagdflugzeugen praktisch nicht vorhanden.

Am 22. Juni 1944 brach der sowjetische Großangriff an sechs auseinander liegenden Stellen los. Innerhalb weniger Wochen war die deutsche Front zerschlagen. Die Wehrmacht verlor 250 000 Mann an Toten und Vermißten. 90 000 gerieten in Gefangenschaft. Zur deutschen Niederlage trugen auch 240 000 straff geführte sowjetische Partisanen im deutschen Hinterland bei. Die sowjetische Kampfesweise war mörderisch.

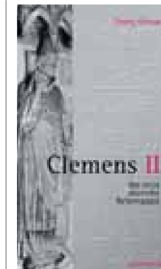
Nach der Zerschlagung der deutschen Front bemühten sich Versprengte, Tod oder sowjetischer Gefangenschaft zu entkommen. Einer von ihnen war der Autor des neuen Buches „Marsch aus dem Untergang", Claus Neuber, für die der Begriff des „Rückkämpfers" geprägt wurde. Von den Sowjets gejagt, versuchten sie, deren Anzahl auf 10 000 bis 15 000 geschätzt wurde, sich zu den immer weiter nach Westen zurückgedrängten deutschen Linien durchzuschlagen. Bis zum Ende der sowjetischen Offensive gelang das nur 80 Offizieren sowie etwa 800 Unteroffizieren und Mannschaftsteilen. Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte kostete doppelt so vielen deutschen Soldaten das Leben als die Katastrophe von Stalingrad, eine Tatsache, die bis heute nicht ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gedrungen ist.

Neuber berichtet vom Rückzug seiner zerschlagenen Einheit. Er gerät in sowjetische Gefangenschaft, bricht aber nach wenigen Tagen aus und macht sich gemeinsam mit dem 18jährigen Gefreiten Georg Maag auf den Weg nach Westen in der Hoffnung, die deutschen Linien zu erreichen. Sie überstehen kaum vorstellbare Strapazen, drohen immer wieder, gefaßt zu werden, können entsetzliche Greueltaten der siegreichen Sowjets beobachten, doch gelingt es ihnen immer wieder zu entwischen. In Litauen finden sie Unterstützung von der litauischen Bevölkerung, von deren Hilfsbereitschaft Neuber dankbar berichtet. Kurz vor der ostpreußischen Grenze stehen sie vor den deutschen Linien. Da verlieren sich die beiden Kameraden aus den Augen. Georg Maag wird nie wieder gefunden. Neuber gelangt mit unglaublichem Glück durch die sowjetischen Stellungen und kann überglücklich in den deutschen Graben springen.

Das Buch berührt einen überaus stark. Er erzählt in sachlichem Ton, was zäher Überlebenswille und gute Kameradschaft vermögen, wenn eine gehörige Portion Glück hinzukommt.

Der Autor wird nach einigen Wochen der Erholung im Westen eingesetzt, wo er in amerikanische Gefangenschaft gerät. Nach der Entlassung studiert er Pharmazie, geht zur Bundeswehr und wird 1984 als Leiter des Dezernats für die Personalführung der Sanitätsoffiziere im Personalamt der Bundeswehr in den Ruhestand entlassen. *Hans-Joachim von Leesen*

***Claus Neuber: „Marsch aus dem Untergang – Erlebnisbericht eines Rückkämpfers vom Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 in Weißrußland"**, Stegen 2007, 368 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6444*



Ein Germane im Vatikan

Papst Clemens II.

Gern hätten die Bamberger gerade bei der 1000-Jahrfeier ihres Bistums gewußt, ob das einzige Papstgrab nördlich der Alpen die sterblichen Überreste eines ermordeten oder am Verzehr von zu viel Bleizucker gestorbenen Pontifex enthält.

Der Bamberger Privatdozent Georg Gresser trug in seinem neuen Buch „Clemens II. – Der erste deutsche Reformpapst" akribisch genau alles zusammen, was nur irgendwo in einer Urkunde über den einstigen Bamberger Bischof und Papst verzeichnet ist. Zum Nachlesen hat er die wichtigsten Quellen in Latein und Deutsch an den Schluß seines Werkes gestellt.

Das Geheimnis aber hat auch Gresser nicht lüften können. Er scheint der Mordthese zuzuneigen, lautet doch sein Fazit nach Abwägen aller Textstellen: „Ein entschiedenes Vielleicht."

Im Gegensatz zum Vatikan hält er Clemens II. mit seinem kurzen Pontifikat 1046/7 für den rechtmäßigen Papst und Benedikt IX. und Gregor VI. für Gegenpäpste. Er hofft, daß Benedikt XVI. das im Annuario Pontificio, dem offiziellen Verzeichnis der Päpste, richtig stellen wird und appelliert an das Bamberger Ordinariat, darauf Einfluß zu nehmen.

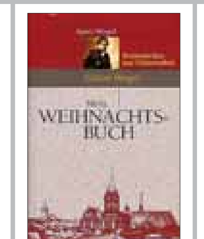
Der nur 40 Jahre alt gewordene Wahlfranke Clemens II. war, wie seine in Bamberg erhaltenen Pontifikalgewänder ausweisen, von großer Gestalt und überragte die Römer um Haupteslänge.

Die Adelsfamilien am Tiber mochten den blonden Germanen nicht, weil er ihre Privilegien beschnitt und dem Vatikan mehr Rechte sicherte. Er unterband den Ämterkauf und forderte den Klerus zu einwandfreiem Lebenswandel auf.

Mit der Schweizer Märtyrerin Wiborada sprach er die erste Frau heilig. Neu war auch, daß er als Papst sein Bamberger Bistum behielt. *Norbert Matern*

***Georg Gresser: „Clemens II. – Der erste deutsche Reformpapst"**, Verlag Schöningh, Paderborn 2007, 248 S., kart., 29,90 Euro, Best.-Nr. 6445*





Heiner Hofsommer
Meilensteine der deutschen Geschichte
Ein Leitfaden für die im Geschichtsunterricht "Zukurzgekommenen".

Die vorliegende Abhandlung bietet eine in klarer Sprache abgefaßte, ungemein eingängige Zusammenschau der politischen Geschichte Deutschlands von den Anfängen bis in die Gegenwart. Hier äußert sich keiner jener nachgeborenen, moralisierenden Besserwisser, die in Schulen und Universitäten mit erhobenem Zeigefinger dozierend, willentlich oder aus Unwissenheit, der dauerhaften Neurotisierung des deutschen Volkes Vorschub leisten. Der Autor beschreibt und erläutert in prägnanter knapper Form die wesentlichen Entwicklungsstufen und Zusammenhänge und legt überzeugend dar, daß die deutsche Geschichte erheblich mehr ist als eine Kette von Fehlern, Irrtümern und Katastrophen, sondern im Gegenteil zur Identifikation einlädt. Eine reiche Lebenserfahrung und ein natürlicher historischer Verstand befähigen hier zu einem Rückgriff, der dem vergangenen menschlichen Leben Gerechtigkeit widerfahren läßt und zeitgebundene Konstrukte als unhistorische Verkürzungen in Frage stellt. Durch die Verwendung einer Vielzahl direkter Zitate gewinnt insbesondere die Darstellung der neueren Geschichte sehr stark an Lebendigkeit. Deutungsmöglichkeiten werden ausgeführt, die die gewöhnlichen Absolventen bundesrepublikanischer Bildungsanstalten zum Nachdenken anregen dürften und neue Suchbewegungen auslösen könnten. Die abschließende weltanschauliche Selbstverortung des Autors, die mit einer kritischen Bestandsaufnahme des Zustandes unseres Landes zusammenfällt, macht das Buch in seiner Konzeption und Intention zu einem wirklichen Unikat. Dabei wird augenfällig, daß Tagespolitik und Geschichtsdeutung aufs engste miteinander verwoben sind. Nur wenn es uns gelingt, den Mißbrauch der Geschichte zu politischen Zwecken zu beenden und uns aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien, werden wir die erforderliche politische Gestaltungsfähigkeit wiedererlangen und die Zukunft dieses Landes sichern können.

Kart., 119 Seiten
Best.-Nr.: 6414, € 12,90

Neu

Faszination Masuren - Kalender 2008
Hinter „Faszination Masuren" verbergen sich zwei Naturfotografen, die nicht nur Masuren lieben sondern hervorragende Kenner der Region sind. Es gibt kaum einen Ort, kaum eine Besonderheit in dieser einzigartigen Landschaft, die die beiden nicht erkundet und fotografisch festgehalten haben. Sie sprechen die Sprache der Tierwelt Masurens. Waldemar Bzura und Peter Scherbuk dokumentieren seit Jahren gemeinsam fotografisch die Schönheiten der masurischen Landschaften. Im Team arbeiten die beiden an vielen Projekten, die im Rahmen von Ausstellungen, Diavorträgen und Publikationen regelmäßig in Deutschland und in Polen vorgestellt werden. Ihre Tieraufnahmen entstehen nur in der freien Wildbahn – in Masuren gibt es noch viele Gelegenheiten dazu. Mit „Faszination Masuren" möchten sie dazu beitragen, dass es weiterhin so bleibt, ihre Arbeit soll zum Naturschutz beitragen.

Ihre Liebe zur Natur steht dabei an vorderster Stelle, ihre Begeisterung für die Region spiegelt sich in ihren Bildern.

Mit „Faszination Masuren" stellen die beiden Fotografen vor, eine Region die stark mit der Natur verwachsen ist. Dort wo die Menschen gelernt und verstanden haben mit der Natur im Einklang zu leben, weil sie verstanden haben, dass sie die Natur nötiger haben als umgekehrt.

*Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42,0 cm.
*edles 170 g Kunstdruckpapier.
*14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien.
*Hochwertiger Vierfarb-Offsetdruck mit Drucklackierung.
*Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
*Bildunterschriften mit u.a. fototechnischen Angaben
Best.-Nr.: 6437, € 12,00

NEU

Gundel Paulsen,
Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen
Kart., 141 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 3004, € 6,95

Agnes Miegel
Mein Weihnachtsbuch
Besinnliches aus Ostpreußen
Geb., 151 Seiten
Best.-Nr.: 1103, € 12,95

Ruth Geede
Hoch oben schwebt Jule
Der Engel kiekt vor. Heitere Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen





Weihnachten im alten Ostpreußen - das war das Geläut der Schlittenglocken in der kalten, klaren Winterluft, das Prasseln der Bratäpfel in der Ofenröhre. Es wurde geschlachtet und gebacken, gekrischelt und geschmort, genascht und geschmengert. Und es wurde gesungen - wobei die alten Texte manche Mißverständnisse auslösten. Was konnte sich ein kleines Marjellchen schon vorstellen unter „Hoch oben schwebt jubelnd der Engelein Chor..."? Viel einleuchtender war doch: „Hoch oben schwebt Jule. Der Engel kiekt vor". Alles schien möglich in der „knabenbringenden Weihnachtszeit", wo „ein Sam wachte" und die Engel Sägen brachten.
Ruth Geede hat viele „Klarstellungen" dieser Art und andere heitere Begebenheiten aufgeschrieben, deren Reiz in ihrer zumeist unfreiwilligen Komik liegt. Nicht nur Ostpreußen können hier ihre Kindheit wiederentdecken und sich daran ergötzen, daß nicht jeder Heiligabend wie aus dem „Weihnachtsbuch für fromme Kindlein" verlief. Im Gegenteil...

Aufnahme vom 2. Oktober 2003
Laufzeit: 73 Minuten
Best.-Nr.: 2760, € 14,90

CD



Rolf Kosiek
Die Frankfurter Schule
und ihre zersetzenden Auswirkungen
Kart., 352 Seiten
Best.-Nr.: 3620, € 16,40



Daniel Heintz
„Größte Zumutung…"
Vergehen gegen die historische Wahrheit
Über die angeblichen und tatsächlichen Verbrechen der Wehrmacht in Polen im September / Oktober 1939
Mit einem Vorw. vers. von Dr. Franz Uhle-Wettler
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6441, € 12,90



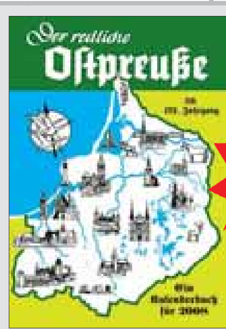
NEU

Hans-Joachim Zimmermann Hrsg.
So geschah es …
von Lisbeth Buddrus

Schwester Lisbeth Buddrus wurde am 08.09.1910 in Laugszargen/ Memelland geboren und verstarb am 22.10.1992 in Kiel, der Patenstadt von Tilsit. Bereits in den Jahren 1946/1947 dokumentierte sie in Sütterlinschrift ihre Erlebnisse im letzten Kriegsjahr in Tilsit und die anschließende Flucht bis zur Ausweisung in den Westen. Es war ein innerer Drang, der sie unmittelbar nach den Geschehnissen veranlasste, alles wahrheitsgetreu aufzuschreiben, um die erlebten Untaten verarbeiten zu können. So entstand ein zeitgeschichtliches Dokument, das lange der Öffentlichkeit verborgen blieb und lediglich als Schicksalsbericht in der Familie bewahrt bleiben sollte.
Nachdem wir immer wieder ausführlich über ihr „Erleben" gesprochen hatten, übergab sie mir 1980 das Aufgeschriebene, das sie von Hand- in Maschinenschrift übertragen hatte. Ein Versprechen musste ich ihr allerdings geben: Es erst dann ausführlich zu lesen, wenn sie bereits bei Gott weilte!
Jetzt können Sie erstmals dieses Buch lesen, in dem eine Diakonieschwester, die zu der Erlebnisgeneration gehörte, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu Papier gebracht hat.

Geb., 214 Seiten
Best.-Nr.: 6399, € 14,50

Der redliche Ostpreuße 2008
Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche" nun „Der redliche Ostpreuße" genannt, begleitet auch im 172. Jahrgang noch zuverlässig durch das Jahr. Carl Ludwig Rautenberg gab 1830 das erste Kalender-Jahrbuch heraus, das nur durch die Jahre des Krieges unterbrochen bis heute erscheint. Mit ausführlichen Kalendarium, zahlreichen Abbildungen, Geschichten, Anekdoten und Gedichten auf über 120 Seiten erinnert er an die Heimat.



NEU Sofort lieferbar!

128 Seiten, ca.20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 6279, € 9,95

Hans Graf von Lehndorff
Ostpreußisches Tagebuch
Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947



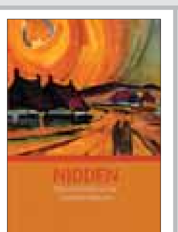
Die Aufzeichnungen Hans Graf von Lehndorffs aus den Jahren 1945 bis 1947 sind ein beredtes Zeugnis von seiner Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und von dem großen Verantwortungsgefühl aus christlicher Nächstenliebe heraus, das ihn als Arzt immer wieder zur Hilfe für die unzähligen Kranken und Versehrten herausfordert. Er schildert das Grauen der Flucht, die Belagerung der zur Festung erklärten Stadt Königsberg, den drückenden Dienst in Lazaretten und Lagern wie die ersten Nachkriegsjahre unter Willkür und Wirren polnischer und russischer Herrschaft.

Gebunden, 21. Auflage 2006.
308 S.
Geb., 303 Seiten
Best.-Nr.: 1187, € 16,90

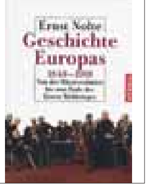
Arno Surminski
Das alte Ostpreußen
Es geschieht nicht alle Tage, dass verloren geglaubte Bilder plötzlich auftauchen und eine vergangene Welt mit ihren Denkmälern, Städten, Kirchen, Landschaften und Menschen zeigen. Dieses „Wunder" ist der früheren Provinz Ostpreußen widerfahren. In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden. Da die Fotografen sich nicht streng an den Auftrag hielten, Kulturdenkmäler abzubilden, sondern auch spielende Kinder und Menschen bei ihrer Alltagsarbeit oder ihren Festen festhielten, entstand ein lebendiges Kaleidoskop jener Zeit. Die schönsten der über 6000 Fotos sind in diesem Band vereinigt. Der in Ostpreußen geborene Schriftsteller Arno Surminski hat dazu erklärende und verbindende Texte geschrieben.

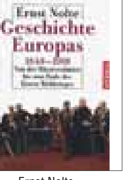


Geb., 360 Seiten
mit 306 Abb.,
Format 22,5 x 28 cm
Best.-Nr.: 6430, € 19,95



Jörn Barford
Nidden
Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung
Kart., 156 Seiten m. zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 6382, € 14,00





Ernst Nolte
Geschichte Europas 1848- 1918
Von der Märzrevolution bis zum Ende des Ersten Weltkrieges
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6424, € 29,90

Zeigen Sie Flagge!
Ob für Mütze, Revers oder als Sammlerstück: Flaggen-Anstecker mit emaillierter Oberfläche und Steckverschluss.
Maße: ca. 17 x 12 mm

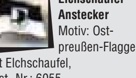


Ostpreußen-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Provinzwappen,
Best.-Nr.: 5889

Preußen-Anstecker
Motiv. Preußenadler,
Best.-Nr.: 6057



Memel-Anstecker
Motiv: Stadtwappen Memel
Aufschrift: „Memel"
Best.-Nr.: 6364



Elchschaufel-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Elchschaufel,
Best.-Nr.: 6055

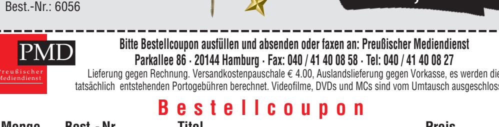


Königsberg-Anstecker
Motiv: Königsberg-Flagge,
Best.-Nr.: 6056

je Anstecker nur € 2,95

Aufkleber
Ostpreußen- Die Heimat unvergessen! – Aufkleber
Format: 9,5 cm hoch, 14,5 cm breit
mit Provinzwappen
Best.-Nr.: 6418
mit Elchschaufel
Best.-Nr.: 6419





Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27 46/07
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Der Wehrdienst wird zur Ehrensache

Vor 200 Jahren wurde durch die preußische Heeresreform das Bürgertum für die Armee gewonnen

Von MANUEL RUOFF

Der Fisch fängt bekanntlich vom Kopf an zu stinken. Und so war es konsequent, daß man das preußische Offizierskorps nach der schmachvollen Niederlage gegen Frankreich im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 einer Säuberung unterzog. Hierfür wurde vor 200 Jahren, am 27. November 1807, eine „Kommission zur Untersuchung der Kapitulationen und sonstigen Ereignisse des letzten Krieges“ berufen. An ihrer Spitze standen die beiden Königsbrüder Prinz Wilhelm und Prinz Heinrich. Weitere Mitglieder waren der Chef der Militärgerichtsbarkeit, Generalauditeur Johann Friedrich von Koenen, Oberstleutnant Neidhardt von Gneisenau und der junge Major Karl Wilhelm von Grolmann. Dieser Säuberungsprozeß zog sich bis zum Beginn des Rußlandfeldzuges im Sommer 1812 hin. Von den 7000 Offizieren des Jahres 1806 mußten 208 aus dem Dienst ausscheiden, neben 141 Truppenoffizieren auch 50 Stabsoffiziere und immerhin 17 Generale. Sieben Todesurteile wurden ausgesprochen, von denen allerdings sechs durch den König in Festungshaft umgewandelt wurden und das siebte nicht vollstreckt werden konnte, weil der Verurteilte der vormalige Kommandant der Festung Küstrin, sich unehrenhaft nach Sachsen abgesetzt hatte. Nach der Befreiung vom napoleonischen Joch, nach dem ersten Pariser Frieden, der am 30. Mai 1814 die Befreiungskriege beendete, gab es eine königliche Generalamnestie für die noch in Festungshaft Sitzenden. Mit ehrenvoller Entlassung, aber sehr geringen Pensionen verabschiedete man außerdem ungefähr drei Viertel der bisherigen Offiziere, meist die älteren. Von den 143 Generälen von 1806 waren 1813 nur noch Gebhard Leberecht von Blücher und Friedrich Graf Tauentziehn im Dienst.

Mit der Bestrafung des Fehlverhaltens einzelner Individuen und deren Entfernung aus der Armee war es jedoch nicht getan. Die Krise der preußischen Armee war nämlich struktureller Natur, und es galt Wiederholungen des stattgefundenen Versagens für die Zukunft auszuschließen. Hierzu schuf der König eine Militärreorganisationskommission unter der Leitung des damaligen Generalmajors Gerhard von Scharnhorst.

Vor der Therapie steht die Diagnose, und das galt auch für die Scharnhorst-Kommission und ihren Patienten, die preußische Armee. Die Ursachen für die preußische Niederlage im Vierten Koalitionskrieg sind vielfältig. Zwei entscheidende seien hier herausgegriffen. Da ist zum einen die mangelnde Motivation, die sich signifikant vor allem in der kampflosen Übergabe preußischer Festungen an heranrückende Franzosen zeigte.

Welch ein Gegensatz zum französischen Gegner, der seit der Französischen Revolution – zumindest von der Idee her – wie folgt aussah: ein Volksheer, in dem Angehörige aller Schichten erst für die Ideale der Revolution gekämpft hatten und nun für Frankreichs Größe und ihren Kaiser kämpften, geführt von den militärisch Begabtesten der Nation.

Und wie war es bei den Preußen? In der Masse eine Unterschichtenarmee aus gepreßten Landeskindern und ausländischen Söldnern, geführt von Adeligen, die sich durch Herkunft und Dienstalter auszeichneten.

Und mit diesem Heer stand der preußische König alleine der französischen Nation gegenüber, einschließlich dem französischen Bürgertum, während das preußische Bürgertum sich heraushielt, sich darauf beschränkte, Steuern zu zahlen und damit zur Finanzierung der königlichen Armee beizutragen. Ohne Not hatte der König Preußens auf die Kampfkraft und die Geisteskraft des Bürgertums verzichtet und sich mit dessen Steuern begnügt. Und das nicht etwa, weil sich das Bürgertum verweigert hätte. Vielmehr entsprach das Verhalten der Bürger nur der königlichen Erwartung, wie sie in den aus den Schulbüchern bekannten Worten zum Ausdruck kommt: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht!“

Das wollte die Scharnhorst-Kommission ändern. Sie setzte sich für eine Wehrpflicht aller Preußen einschließlich der Bürger ein, die sogenannte allgemeine Wehrpflicht. Die Kommission hätte sich nun darauf beschränken können zu fordern, daß so wie bisher schon die Söhne der Unterschichten nun auch die Bürgersöhne in die Armee gepreßt werden. Das war jedoch nicht empfehlenswert. Zum einen wäre das nur schwer gegen das Bürgertum durchsetzbar gewesen. Zum anderen wäre das keine Lösung des Motivationsproblems gewesen. Wir alle wissen von Bummelstreiks, zu welch miserablen Arbeitsergebnissen Dienst nach Vorschrift führt. Der Trick, welchen die Kommission ersann, bestand darin, die Bevölkerung im allgemeinen und das Bürgertum im besonderen davon zu überzeugen, daß der Dienst an der Waffe weniger eine lästige Pflicht sei, der man nachzukommen habe, als vielmehr eine Ehre.

Wenn man jedoch den Militärdienst auch nur halbwegs glaubhaft als Ehrendienst vermitteln wollte, mußten einige Bedingungen erfüllt sein. Dazu gehörte beispielsweise ein verteidigungswürdiger Staat mit Partizipationsmöglichkeiten. Diesen zu schaffen, hatten sich die politischen Staatsreformer um Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August von Hardenberg vorgenommen. Dazu gehörte aber auch Wehrgerechtigkeit. Aus dem Kreise der Bourgeoisie kam nämlich die Forderung, daß man sich vom Dienst freikaufen kann, indem man einen Stellvertreter stellt beziehungsweise finanziert. Scharnhorst erteilte derartigen Forderungen jedoch eine Abfuhr. Er argumentierte, wie solle man einem armen Bürger vermitteln, daß sein Militärdienst eine Ehre sei, wenn sich der reiche Bürgersohn davon freikaufen könne.

Schwer wäre es auch gewesen, einem Bürger zu vermitteln, daß er mit seinem Leben für einen Staat einstehen soll, der ihm den Dienst als Offizier vorenthält. Die Scharnhorst-Kommission schlug denn auch vor, den Bürgerlichen wie den Adeligen die Offizierskarriere zu öffnen. Freie Bahn dem Tüchtigen. Diese Öffnung des Offiziersberufes ließ auch eine Verbesserung der militärischen Führung erhoffen, da nun ein größeres Reservoir für den Führungsnachwuchs zur Verfügung stand.

Um eine Motivation für Leistung zu geben und den Geeignetsten einen schnellen Aufstieg an die Spitze zu ermöglichen, schlug die Kommission des weiteren vor, nicht mehr, wie bisher üblich, nur nach Dienstjahren zu befördern.

Das Ergebnis war das „Reglement über die Besetzung der Stellen der Portpéefähnriche und über die Wahl der Offiziere bei der Infanterie, Kavallerie und Artillerie“ vom 6. August 1808, wo es heißt: „Einen Anspruch auf Offiziersstellen sollen von nun an in Friedenszeiten nur Kenntnisse und Bildung gewähren, in Kriegszeiten ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation können daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten Ehrenstellen im Militär Anspruch machen. Aller bisher Statt gehabter Vorzug des Standes hört beim Militär ganz auf, und jeder, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, hat gleiche Pflichten und Rechte.“

Wollte man, daß der Bürger auch den Dienst als Gemeiner und Unteroffizier als Ehre empfand, mußte die Armee grundlegend reformiert werden. Denn bis dahin fing in ihr der Mensch erst mit dem Leutnant an. Die Armee mußte also humanisiert werden. Gneisenau forderte in einem gleichnamigen Artikel im Königsberger „Volksfreund“ vom 8. Juli 1808 die „Freiheit des Rückens“ (siehe Kasten).



Bürger in Uniform: Das bekannte Bundeswehrschlagwort war als Ergebnis der preußischen Reformen während der Befreiungskriege in der Landwehr bereits Realität. Foto: BpK

Die Scharnhorst-Kommission teilte diese Ansichten ihres Mitgliedes Gneisenau. Das Ergebnis war die Humanisierung des Militärs und des Militärdienstes. Die Prügelstrafe und andere entehrende Strafen wurden als Regelstrafen abgeschafft. Die Todesstrafe wurde auf wenige Vergehen beschränkt. Diese Humanisierung des Soldatendaseins kann neben der allgemeinen Wehrpflicht und dem Marschallstab im Tornister auch des Nichtadeligen als dritte militärpolitische Säule der preußischen Heeresreform betrachtet werden.

Die unter Scharnhorsts Führung erstrebte und auch auf den Weg gebrachte Umwandlung der preußischen Armee, deren Masse aus gepreßten Inländern und ausländischen Söldnern bestand, welche den Dienst als eine Strafe empfinden mußten, hin zu einer Volksarmee, in der die Landeskinder aus Überzeugung Dienst tun, ermöglichte vollkommen neue Taktiken und Befehlsstrukturen. Dem Soldaten konnten nun viel größere Spielräume eingeräumt werden, weil die Hoffnung bestand, daß er sie im Sinne der Armee, in der er Dienst tat, nutzen würde. Dieses galt um so mehr, als die Hoffnung bestand, daß sich das geistige Niveau der Truppe durch die Bürgersöhne erhöhen würde und damit auch die Fähigkeit zu selbständigem, eigenverantwortlichem Denken und Handeln. Damit war die Voraussetzung für die Auftragstaktik gegeben, eine Taktik, welche die preußisch-deutsche Armee förderhin auszeichnete.

Auch der Übergang von der starren Lineartaktik hin zu den aufgelösten Schützenketten war nun möglich, da nicht mehr die Gefahr bestand, daß sich die Soldaten bei erstbester Gelegenheit zurückfallen lassen und in die Büsche schlagen.

Die neue Taktik erforderte eine neue Ausbildung. Der geistlose, uniforme Drill auf dem Kasernenhof wurde zurückgefahren zugunsten einer gefechtsnahen Ausbildung außerhalb der Kaserne im Feld. Realitätsnahe Manöver wurden eingeführt. Statt des geistlosen „Knallens“, wie Scharnhorst es nannte, wurde Zielscheibenschießen geübt.

Abgesehen von den drei militärpolitischen Reformen, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, der Öffnung des Offizierskorps für Nichtadelige und der Humanisierung der Truppe hat die Militärkommission auch militärische Reformen auf den Weg gebracht, die politisch weniger bedeutend waren, aber nichtsdestoweniger wegweisend.

Um die Ausbildung des Offizierskorps zu verbessern, wurde in der Hauptstadt eine zentrale Ausbildungseinrichtung geschaffen, die Kriegsschule für Offiziere, die spätere Allgemeine Kriegsschule.

Um die Entscheidungen der Oberbefehlshaber der Gesamtarmee und der einzelnen Armeekorps auf fundierte Informationsgrundlagen zu stellen, wurden Generalstäbe geschaffen, die Informationen zusammentragen und Pläne entwikkelten.

Um das Kompetenzchaos zu beenden, wurde eine neue militärische Führungsinstanz geschaffen, das Kriegsministerium, das es bis dahin noch nicht gab. Nun lief nicht mehr alles beim König zusammen, sondern schon unterhalb von ihm im Ministerium. Insofern kann man von den drei genannten Reformen diese vielleicht noch am ehesten auch als politisch bezeichnen, da sie die Stellung des Königs tendenziell schwächte.

Bei aller möglichen Euphorie über die Fortschrittlichkeit der preußischen Heeresreformer sollte jedoch nicht übersehen werden, daß der von ihnen geforderte und geförderte Übergang vom absolutistischen Kabinettskrieg zum Volkskrieg mit seinen aufgeputschten Emotionen, dem von den Soldaten geforderten sogenannten Enthusiasmus, sowie dem ebenfalls geforderten sogenannten kleinen Krieg, was nichts anderes bedeutet als Guerillakrieg, zu einer Totalisierung des Krieges beitrug. Nicht nur daß die Zahl der Kombattanten, der Kriegsteilnehmer durch die allgemeine Wehrpflicht zunahm, die Zivilisten wurden auch stärker involviert, weniger geschützt. So wurde zum Beispiel im Rahmen der Heeresreform eine „Verminderung und Vereinfachung der Bagage“ gefordert. Hintergrund der Forderung war, daß im vorausgegangenen Vierten Koalitionskrieg die preußischen Streitkräfte alles, was sie brauchten, mit sich herumgeschleppt hatten. Das hatte sie sehr immobil, sehr unbeweglich gemacht. Die Franzosen hatten vergleichsweise wenig dabei. Sie hatten sich das, was sie brauchten, im Zweifelsfall einfach von den wehrlosen Zivilisten geholt. Das wollten nun auch die Preußen machen. Im Dreißigjährigen Krieg nannte man das: „Der Krieg muß den Krieg ernähren.“ Sicherlich aus heutiger Sicht ein moralisch sehr fragwürdiger Fortschritt. Vorsichtig ausgedrückt ambivalent zu beurteilen ist auch der allerdings nie Realität gewordene Vorschlag der Militärreorganisationskommission, einen vormilitärischen Unterricht in den allgemeinen Stadtschulen einzuführen. Wer denkt da nicht erschrocken an die DDR?

Wie dem auch sei. Die ganze preußische Heeresreform geschah ja nicht aus Jux und Tollerei. Sie sollte vielmehr die Wehrkraft, die Kampfkraft, den Kampfwert des preußischen Heeres erhöhen. Verständlicherweise war die Besatzungsmacht, der Sieger von Tilsit, hiervon weniger begeistert. Nolens volens nahm Preußen bis zum offenen Bruch mit Paris 1813 hierauf Rücksicht. Vor allem die Wehrpflicht wollte Frankreich für Preußen verhindert wissen, wußte es doch aus eigener Erfahrung, wie militärisch effektiv dieses Mittel war. In der Pariser Konvention vom 8. September 1808 war die Friedensstärke des preußischen Heeres auf 42 000 Mann begrenzt worden. Eine pfiffige Aushilfe stellte in dieser Situation das sogenannte Krümper-System dar. Soldaten wurden beurlaubt und auf ihren Stellen wurden im schnellen Wechsel für je einen Monat andere Männer ausgebildet. Diese Ausbildung war zwar etwas kurz, aber man konnte auf diese Weise doch eine beträchtliche Anzahl an gedienten Reservisten gewinnen.

1813 war endlich Schluß mit dem Versteckspiel. Preußen erklärte Frankreich wenig verblümt den Krieg. Die Reglementierungen waren damit obsolet. Die allgemeine Wehrpflicht für Männer wurde eingeführt. 1813 noch auf die Zeit des Krieges beschränkt, wurde sie noch während der Befreiungskriege 1814 auf die Friedenszeit ausgedehnt.

»Freiheit des Rückens«

„... Wenn ein gerechtes Gesetz Pflichten und Ansprüche mit Unparteilichkeit über alle Stände verteilt und den Sohn des Königlichen Rates ebensowohl den Reihen der Vaterlandsverteidiger beigesellt als den Pflüger und Tagelöhner, so wird es nötig, die für rohere Naturen und für ein rohes Zeitalter erfundenen Strafarten der fortgeschrittenen Bildung mehr analog abzuändern und wohlerzogene junge Männer vor der Möglichkeit zu schützen, von übelwollenden Vorgesetzten mißhandelt zu werden. Die Proklamation der Freiheit der Rükken scheint also die Verallgemeinerung der Waffenpflichtigkeit vorangehen zu müssen. Dünkt dies nicht möglich, nun, so laßt uns Verzicht tun auf unsere Ansprüche an Kultur und die Bewegungsgründe zum Wohlverhalten noch fernerhin im Holze suchen, da wir sie im Ehrgefühl nicht zu finden vermögen ...“

August Neidhardt v. Gneisenau

Das Ostpreußenblatt



Nr. 46 – 17. November 2007

MELDUNGEN

Sanierung

Königsberg – „Zu deutschen Zeiten brodelte in der alten Stadthalle das kulturelle und politische Leben der Stadt“, weiß die Königsberger Presse, die auch den heutigen traurigen Zustand des Gebäudes kennt, in dem seit 1991 ein Museum für Kunst und Geschichte untergebracht ist. Seit kurzem ist es ins Regionalprogramm für Kulturentwicklung aufgenommen und soll wieder hergerichtet werden – „in maximaler Nähe zum Vorkriegszustand“. Mit den Arbeiten wurde die erfahrene Petersburger Firma „Renaissance Restauration“ beauftragt, die bereits das Puppentheater der Stadt, das früher eine deutsche Kirche war, restauriert hat. Zur Freude von Museumsdirektor Sergej Jakimow haben die Petersburger Spezialisten bereits mit der Dachsanierung begonnen. Fünf Jahre sollen die Arbeiten dauern, für die 100 Millionen Rubel eingeplant sind, knapp drei Millionen Euro. Nach ihrem Abschluß hoffen die Bürger auch auf eine „Wiederherstellung der Königsberger Philharmonie“. *Wolf Oschlies*

Praktikum

Lyck / Hagen – Durch Vermittlung von Lycks Kreisvertreter Gerd Bandilla kamen 16 polnische Berufsschüler aus Lyck zu einem zweiwöchigen Berufspraktikum in die Patenstadt Hagen (Westfalen). Begleitet wurden sie von der Deutschlehrerin Urszula Wardzinska, einer Tochter der Vorsitzenden des Deutschen Vereins in Lyck, Irena Szubzda. In der Jugendherberge von Hagen, in der sie untergebracht waren, wurden die Schüler von Dagmar Funke vom Amt des Oberbürgermeisters begrüßt. Die Schüler werden unter anderem im Elektrohandwerk, in der Sanitär- und Heizungstechnik, im Hotelfach sowie in Sozialeinrichtungen der Stadt Hagen ausgebildet. Durch das von der Europäischen Kommission geförderte Praktikum sollen die Schüler mit der Arbeitswelt in der Bundesrepublik Deutschland vertraut gemacht werden. Bevor es mit dem Praktikum losging, machten die Schüler eine Stadtrundfahrt und besuchten sie das Technische Freilichtmuseum. An dem arbeitsfreien Wochenende wurden Ausflugsfahrten veranstaltet. Am Sonnabend führte Frau Funke die Schüler durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und am Sonntag zeigte Gerd Bandilla den Schülern die Domstadt Köln. Das Hagener Rathaus besuchten die Schüler am darauffolgenden Mittwoch. Mit ihrer Zeit in der Bundesrepublik waren die Schüler sehr zufrieden.

Treffen in Berlin

Berlin – In der brandenburgischen Landesvertretung beim Bund sind Ministerpräsident Matthias Platzeck und der Königsberger Gebietsgouverneur Georgij Boos zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen. Gesprächsthemen waren der Ausbau der Zusammenarbeit bei der Berufsbildung sowie auf kulturellem Gebiet.

Kooperation vereinbart

Delegation des südhessischen Landkreises Bergstraße kam zur Unterzeichnung nach Labiau

Von Reinhard Sablowski



Der große Moment: Wie der Landrat des Kreises Bergstraße, Matthias Wilkes (links), unterzeichnet auch Labiaus Landrat, Nicolai Schaevko, die Vereinbarung. Foto: Sablowski

Eine 23köpfige Delegation des südhessischen Landkreises Bergstraße unter der Leitung des Kreistagsvorsitzenden Werner Breitwieser und des Landrates Matthias Wilkes hat dem Königsberger Gebiet einen Besuch abgestattet zwecks der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Kreisen Bergstraße und Labiau.

Bei ihrer Ankunft in Königsberg wurde die Delegation bereits von einem kleinen Empfangskomitee unter der Leitung des Bürgermeisters und Landrats von Labiau, Nicolai Schaevko, empfangen. Mit zwei Kleinbussen und einem Pkw ging es dann nach Labiau und Groß Baum. Nachdem im Hotel „Forsthaus“, dessen Name sich aus der ursprünglichen Verwendung des 1925 errichteten Gebäudes ableitet, die Zimmer bezogen waren, bildete ein gemeinsames Abendessen den Abschluß dieses ersten Tages.

Am nächsten Morgen fuhr die Delegation nach dem Frühstück per Bus nach Königsberg, um dort um 11 Uhr an einem Gottesdienst in der evangelischen Kirche teilzunehmen. Die Predigt hielt Probst Osterwald. Im Rahmen des Gottesdienstes wurden die Verdienste von Hans-Ulrich Karalus gewürdigt und ihm wurde der Dank der Gemeinde ausgesprochen. Karalus leitet die Partnerschaft Ostpreußen e.V. in Heppenheim / Bergstraße, auf deren Engagement im Königsberger Gebiet die Kooperation zwischen dem bundesdeutschen und dem polnischen Kreis zurückgeht.

Nach einem Mittagessen im Kirchengebäude und einer Stadtrundfahrt erfolgte die rund einstündige Rückfahrt nach Labiau, um sich dort im Büro des Bürgermeisters anhand eines Modells über die geplante Umgestaltung und Entwicklung Labiaus und seiner Umgebung informieren zu lassen. So ist vorgesehen, innerhalb der nächsten vier Jahre mit der Ordensburg eine Reihe älterer Gebäude aus der Vorkriegszeit zu rekonstruieren. Des weiteren sollen die reichlich vorhandenen Wasserwege ausgebaut sowie ein Yachthafen und ein kleiner Handelshafen errichtet werden. Heute schon sind die Wasserwege vorhanden, um zumindest mit kleineren Schiffen vom niederländischen Rotterdam bis nach Memel zu reisen. Allerdings machen die Staatsgrenzen auf dieser Strecke mit den damit verbundenen Zollschwierigkeiten etc. das Reisen unnötig schwer. Labiaus Bürgermeister lud zum Abschluß alle ein, in vier Jahren wiederzukommen, dann aber die Anreise per Schiff durchzuführen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war der Besuch einer Fachschule für Landwirtschaft. Dieser Programmpunkt lag der Partnerschaft Ostpreußen e.V. am Herzen. Sie schenkte der Fachschule hochwertige Maschinen wie Mähdrescher, die mit Spendengeldern beschafft worden sind und ursprünglich dem Aufbau eines Landwirtschaftsbetriebes dienen sollten. Der Zweite Vorsitzende der Partnerschaft Ostpreußen e.V., Gunter Schütz, nahm die Gelegenheit wahr, um über ein Projekt, das er zusammen mit seiner Ehefrau bereits vor zwölf Jahren an der selben Schule initiiert hatte, die Einrichtung einer Nähstube, zu berichten. Mehr als 500 Mädchen sind in dieser Einrichtung inzwischen fachmännisch unterrichtet worden.

Am dritten Tag schließlich wurde im Beisein des deutschen Generalkonsuls im Königsberger Gebiet, Dr. Guido Herz die Kooperationsvereinbarung zwischen den Landräten Wilke und Schaevko unterzeichnet. Die Unterzeichnung fand im sozial-kulturellen Zentrum in Mauern statt, das ebenfalls auf Initiative der Partnerschaft Ostpreußen e.V. errichtet worden ist und jetzt der Kirche gehört.

Herz war Student in Heidelberg und wirkte nach seinem Studium als Arzt im Krankenhaus Lorsch. Er kennt also den Landkreis Bergstraße sehr gut. Als Generalkonsul, der die deutschen Interessen im Königsberger Gebiet vertritt, begrüßte er in seiner Ansprache die getroffene Vereinbarung und gab seiner Überzeugung Aus-

Fortsetzung auf Seite 16

Auf Werbetour im Nordwesten

Gouverneur Boos präsentierte das Königsberger Gebiet in Hamburg und Schleswig-Holstein

Königsbergs Gebietsgouverneur Georgij Boos hat in Begleitung hochrangiger Vertreter aus Politik und Wirtschaft seines Zuständigkeitsbereiches dem Norden der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abgestattet und dabei Werbung für die russische Exklave gemacht. Mit einem „Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung“ für die Jahre 2007 bis 2016 und neuen Finanzmitteln aus Moskau für Infrastrukturinvestitionen erlebt die Pregelmetropole derzeit einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung. Informationen über die Chancen, welche diese Entwicklung Hamburger Unternehmen in der russischen Enklave bietet, bot die Veranstaltung „Kaliningrad – Perspektiven für die Zusammenarbeit mit Deutschland“, die in Anwesenheit des Gouverneurs am letzten Dienstag im Plenarsaal der Handelskammer Hamburg stattfand.

Nach Grußworten der Vorsitzenden des Arbeitskreises Osteuropa der Handelskammer Hamburg, Helly Bruhn-Braas, des russischen Generalkonsuls in Hamburg, Dr. Sergey P. Ganzha, des deutschen Generalkonsuls in Königsberg, Dr. Guido Herz, und des Gouverneurs des Königsberger Gebietes referierte Boos Wirtschaftsminister über die Sonderwirtschaftszone Königsberg, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Königsbergs, Igor Zarkow, über den Wirtschaftsstandort Königsberg und der Präsident der Assoziation der ausländischen Investoren im Königsberger Gebiet, Stefano Wlahowitsch über bisherige Erfahrungen mit Investitionen im Königsberger Gebiet. Diesem offiziellen Teil, der ungefähr von 10 bis 12.30 Uhr dauerte, schloß sich ein Empfang mit Gelegenheit zu Einzelgesprächen an.

Noch am selben Tag eröffnete Gouverneur Boos in der Industrie- und Handelskammer Kiel eine Präsentation seiner Region. Ihr Ziel war es, die Entwicklung des Gebiets in den letzten Jahren zu dokumentieren und der regionalen Partnerschaft mit Schleswig-Holstein neue Impulse zu geben. Die bisher in den Bereichen Bildung, Landwirtschaft, Wirtschaft und Kultur gepflegte Kooperation sollte so vertieft und erweitert werden. Um 19 Uhr wurde im Kieler Schloß nach einem Festakt, an dem neben Boos auch Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Martin Kayenburg teilnahm, eine Fotografie- und eine Bernsteinausstellung eröffnet. Im Anschluß daran spielt das von Arkadij Feldmann geleitete Königsberger Sinfonieorchester Werke von Tschaikowsky, Liszt, Glier, Bizet und Beethoven.

Ebenfalls am Dienstag um 19 Uhr führten im Lübecker Rathaus im Audienzsaal Valery Aliev (Bassbariton) und Vladimir Slobodjan (Klavier) mit ihren Schülerinnen und Schülern russische romantische und Volkslieder auf.

Am Mittwoch eröffnete der Präses der Industrie- und Handelskammer zu Kiel, Hans-Heinrich Driftmann, in den Räumen seiner Kammer in der Kieler Bergstraße das „Wirtschaftsforum Kaliningrad“. Anschließend fanden Runde Tische für Königsberger und Schleswig-Holsteiner Unternehmen statt.

Den Abschluß der Präsentation bildete ein Konzert des Kammerorchesters der Königsberger Philharmonie am Mittwoch in der Vicelinkirche in Neumünster um 19 Uhr mit Werken von Mozart, Tschaikowsky, Prokofiev und Arsenskij. *E. B.*

Kooperation vereinbart

Fortsetzung von Seite 15

druck, daß die Region eine gute Zukunft habe. Er sagt den Teilnehmern an zukünftigen Besuchen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Erleichterungen bei der Visaerteilung zu.

Am Rande der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens unterzeichneten Schütz für Partnerschaft Ostpreußen e.V. und Bürgermeister Schaevko eine Vereinbarung, das Gebiet um Mauern in die Entwässerungsplanungen des Kreises Labiau aufzunehmen.

Nach einem Besuch einer Theateraufführung in der alten Ordensburg in Labiau nahm die Delegation ein Mittagessen in einer Pizzeria ein. Anschließend standen eine Bootsfahrt auf dem Friedrichskanal und der Gilge sowie eine Besichtigung des Krankenhauses in Labiau auf dem Programm. Den Abschluß des Tages bildete der Besuch bei Galina, einer weiteren guten Freundin, welche die Delegation zum Essen in ihr Restaurant eingeladen hatte.

Am nächsten Tag stand der Besuch von Labiaus Schule auf dem Programm. Einige Teilnehmer der Delegation, die bereits vor zwei Jahren die Bildungseinrichtung besucht hatten, konnten große Fortschritte gegenüber damals feststellen. Stolz verkündete die Direktorin, daß ihre Einrichtung als beste Schule der Russischen Föderation auf dem Gebiete des Sports ausgezeichnet worden sei. Die durch die Auszeichnung verfügbaren Gelder wurden zum Bau eines Mehrzwecksportplatzes und zur Anschaffung moderner Computer für den naturwissenschaftlichen Unterricht genutzt.



Zukunftsmusik: Labiaus Bürgermeister und Landrat Nicolai Schaevko veranschaulicht seinen Gästen mit Hilfe eines Modells in seinem Büro für die nächsten vier Jahre geplante Rekonstruktionen. Foto: Sablowski

Nach dem Mittagessen in der bereits vom Vortag vertrauten Pizzeria und einem kleinen Bummel durch Labiau stattete die Delegation der Kurischen Nehrung einen Besuch ab. Allerdings drängte die Zeit, denn am Abend erwartete die Delegation in Groß Baum ein vielfältiges Programm bei gutem Essen, unterbrochen von Trinksprüchen, die dann mit Wodka von guter Qualität bekräftigt wurden. An diesem Abend zählte Alexey Ignatiev von der Verwaltung des Königsberger Gebietes zu den Gästen. Der „Director for Development Programmes and Projects“ der „Regional Development Agency“ hielt einen kurzen Vortrag über die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Perspektiven für die Zukunft. Ignatievs Worten zufolge laufen alle Planungen darauf hinaus, daß das Königsberger Gebiet zur Drehscheibe und zum Bindeglied zwischen der EU und Rußland wird. Die staatliche Regional Development Agency, für die er arbeitet, wirbt mit dem Slogan „A Russian region – a European opportunity“ (Eine russische Region – eine europäische Chance). Neben der Arbeit kam die Unterhaltung jedoch nicht zu kurz. Das vor allem von jungen Künstlern präsentierte bunte Kulturprogramm reichte von Folklore bis modernen Tanz und Musik und der dargebotene Gesang von Blues über Chansons bis zu Rap. Auch Galina ließ es sich nicht nehmen, die Gäste aus der Bundesrepublik mit einer Komposition zu Ehren Heppenheims zu erfreuen, wobei sie sich selber am Klavier begleitete. Sie versprach, dieses Lied beim nächsten Besuch in deutscher Sprache vorzutragen.

Am fünften Tag hieß es dann leider Abschied nehmen. An Königsbergs Flughafen erfolgte die Verabschiedung durch die russischen Gastgeber. Am späten Abend war die bundesdeutsche Delegation wieder zu Hause.

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist schon verwunderlich, welche Wünsche an unsere Ostpreußische Familie herangetragen werden. Was ich heute bringe, ist nicht ein Sammelsurium aus den Tiefen meines Familienkrepsch – so ein bißchen abgelagert, weil immer wieder hinausgeschoben –, sondern stammt aus dem Posteingang der letzten Tage. Da liegt ein Foto, es zeigt anscheinend eine Mutter mit ihrer etwa zehnjährigen Tochter, das mir Rätsel aufgibt. Das pflegen ja allgemein unsere Suchbilder zu bewirken, denn eine Veröffentlichung soll Lösungen bewirken, aber hier habe ich nicht einmal die geringsten Ansätze, um auch nur einige grundsätzliche Fragen zu stellen. Das Foto, wahrscheinlich in den 30/40er Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgenommen, weist keinerlei Beschriftung auf. Der Begleitbrief enthält nur wenige Worte, die nichts, aber auch wirklich nichts zu einer Erklärung beitragen könnten. Da steht: „Bei der Durchsicht meiner Papiere finde ich das Photo, mit dem ich nichts anfangen kann. Wer ist die schöne Frau mit dem Kind? Bitte veröffentlichen Sie das Photo. Vielleicht suchen die beiden sich noch.“ Also, liebe Frau Ilse aus Hamburg, ich kann noch weniger damit anfangen als Sie, denn ich muß für die Veröffentlichung als Suchbild doch einige grundsätzliche Angaben haben. Sie fanden es in Ihren Papieren, also müßten Sie mir zu Ihrer Person einiges mitteilen – woher Sie stammen, wo Sie in jener Zeit gewohnt haben, Näheres über Ihre Familie und Ihren Bekanntenkreis – damit ich zuerst einmal feststellen kann, ob das Foto überhaupt Personen aus unserer Heimat oder anderen Ostgebieten zeigen könnte, denn dafür ist der Platz in unserer Kolumne bestimmt. Ich nehme es an, weil Sie meinen, daß sich Mutter und Tochter noch suchen könnten. Aber diese Vermutung allein auf Grund eines zufällig entdeckten Fotos aufzustellen, ist doch sehr vage. Ich hätte Sie, liebe Frau **Ilse E.**, gerne telefonisch befragt, aber Sie haben nicht einmal eine Adresse angegeben, geschweige denn eine Telefonnummer. Da Sie keine Abonnentin sind, auch nicht im Telefonbuch stehen, blieb mir nichts anderes übrig, als Sie auf diese Weise zu bitten, mir nähere Angaben zukommen zu lassen. Dann erst können wir weiter sehen.

Auch das nächste Schreiben läßt einige Fragen offen. Es ist zwar nicht an unsere Familie gerichtet, sondern an das *Ostpreußenblatt*, auf das direkt Bezug genommen wird. Denn den Zeilen von Frau **Frida Greiner** vorangestellt ist die Kopie einer Anzeige aus einer weit zurückliegenden Ausgabe unserer Zeitung. Zwar ist kein Datum angegeben, aber da noch die alte Anschrift „Hamburg 13“ angegeben ist, muß die Veröffentlichung vor der Einführung der Postleitzahlen erfolgt sein. In die Anzeige wird das Ölgemälde „Elche in der Vordüne der Nehrung“ von Prof. **Kallmeyer**, 88 x 106 Zentimeter, gerahmt, zum Verkauf angeboten. Frau Greiner schreibt nun, daß sie die Anzeige – wann? – im *Ostpreußenblatt* fand. Sie hätte gleich angerufen – die Telefonnummer mußte wohl über die Anzeigenabteilung erfragt werden –, der Finder hätte sich gemeldet, aber einen hohen Preis gefordert. Dieses Bild sei ihr Hochzeitsgeschenk gewesen, behauptet Frau Greiner, genau wie ein gleichzeitig angebotener Samowar auf Silbertablett. Sie schreibt dann weiter: „Mir liegt viel an dem Bild. Als Vertriebene hatte ich kein Geld, um es zu kaufen. Eine Anfrage bei Frau **Kallmorgen** ergab, daß sie außer Steindrucken nichts gerettet hätte. Ist es möglich, das Bild wiederzufinden? Ich bin Ortelsburgerin, jetzt 100 Prozent schwer behindert.“ Soweit der original wiedergegebene Text, der verwirrend ist: Kallmeyer oder Kallmorgen? Es dürfte sich um den Erstgenannten handeln, der als Tiermaler ja für seine Elchbilder berühmt wurde, die er auch nach dem Krieg malte. Deshalb wird es auch schwer sein, das richtige Bild zu finden, was nur anhand der Anzeige erfolgen kann. Sollte sich also der heutige Besitzer bei uns melden, werden wir mit dessen Zustimmung seine Anschrift an Frau Greiner weiterleiten. Weiteres wird sich dann ergeben.

Einen Brief „mit verschiedenen Anlagen“ hat mir mein Landsmann **Winfried Paltinat** übersandt – und sie sind wirklich sehr unterschiedlich. Da gibt es Aufnahmen aus seiner Kindheit in Neukirch, vom Elternhaus und von der Allee, auf der er vergnügt „Schlittchen fuhr“ – und eine Aufnahme von der nach Tilsit führenden Landstraße von heute. Wobei sich zeigt, daß der alte Baumbestand erhalten blieb. Herr Paltinat hat auch weitere, unsere heimatlichen Alleen betreffende Angaben gemacht, die sehr informativ und aktuelle Ergänzungen zu den Beiträgen in unserer Zeitung sind, doch davon an anderer Stelle. Worüber ich mich aber besonders gefreut habe sind seine anerkennenden Worte über seinen biographischen Otto-Boris-Beitrag, denn auch er liebt den „Worpel“. Und zugleich wies er auf einen anderen ostpreußischen Autor hin, dessen Bücher ihm in seiner Jugendzeit viel bedeuteten: **Markus J. Tidick**, dem leider viel zu früh verstorbenen Schriftsteller und Journalisten, den sein Lieblingssport, das Eissegeln, den er nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes meisterlich beherrschte, sondern über den er auch informative wie unterhaltsame Bücher schrieb, weit über die heimatlichen Grenzen hinaus bekannt machte. Herr Paltinat meint, ich hätte ihn persönlich gekannt – nicht nur das, lieber Landsmann, wir sind auch beide in der Königsberger Augustastraße aufgewachsen und haben nach dem Krieg als Journalisten eng zusammengearbeitet. Sie haben mich angeregt, auch über diesen Schriftsteller ein Porträt zu planen. Notiert.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: privat

Aber nun weiter querbeet durch die Post. Ein kurzes Schreiben von Herrn Dr. med. **Günther Abramowski**, der mich darin erinnert, daß ich vor einiger Zeit seinem Klassenkameraden **Dieter Dullien** zu dem Rezept „Dämpfkarbonade“ verholfen hatte. Ja, Heimat kann man eben auch schmecken! Jetzt übermittelt der Arzt einen neuen Wunsch seines Freundes, diesmal geht es um Sauerkraut. Allerdings wird nicht ein Rezept gesucht, sondern ein „Tauschgedicht“ aus der ersten Nachkriegszeit, in der die unmöglichsten Dinge ihren Besitzer wechselten – ich habe einmal einen Eimer selber gesammelte Blaubeeren gegen eine Matratze getauscht. In dem gesuchten Poem handelt es sich jedoch um ein höchst seltsames Angebot, denn es heißt darin: „Tausche abgelegte Braut gegen ein Pfund Sauerkraut.“ Und noch ein Gedicht. In den letzten Kriegsjahren wünschte man sich den Frieden herbei, so in einem Poem, das den Refrain hatte: „Gänse nicht vorüberziehn, dann ist Frieden in Berlin. Jeder wieder tankt Benzin, dann ist Frieden in Berlin.“ Erinnert sich jemand an diese Reimereien? (Dieter Dullien, Mozartstraße 4 in 65193 Wiesbaden.)

Leichter wird es sein, unserm Landsmann **Gerhard Prengel** zu helfen, der gerade die 12. Auflage seines „Reiseführer Ostpreußen, Westpreußen und Danzig“ vorbereitet. Zwar konnten von ihm befragte Neidenburger keine Antwort auf seine Fragen geben, aber es werden sich in unserm Kreis schon Experten finden, da bin ich genauso sicher wie Herr Prengel. Wie schon angedeutet, betreffen seine Fragen Neidenburg und zwar die alte Ordensburg. Woher stammen die an verschiedenen Stellen in den Mauern sichtbaren Steine, die wie alte Kanonenkugeln aussehen? Wann sind sie dort hingekommen? Welche Bedeutung haben sie? (Gerhard Prengel, Bergstraße 15 in 14476 Groß Glienicke, Telefon 0 33 / 20 13 18 29 , E-Mail: h.g.prengel@web.de.)

„Ich wende mich jetzt einfach an Sie in der Hoffnung, daß Sie eventuell weiterhelfen können“, schreibt Frau **Andrea Peters**. Das dürfte nicht schwer sein, denn es müßte sich um eine Leserin unserer Zeitung handeln, die Frau Peters sucht. Im Juni verstarb ihre Großmutter **Erika** Peters geborene **Mischkowski** in Simonsberg, eine Ostpreußin, die auf dem Gut Justinenhof bei Treuburg gelebt hat. Die Todesanzeige wurde in unserer Zeitung veröffentlicht. Nach einiger Zeit meldete sich eine Frau **Gröninger** oder **Kröninger**, geborene **Guggar** (**Guggar**) – der Anruf wurde aufgezeichnet und ist nur schwer zu verstehen –, die mitteilte, daß sie bis 1930 auf dem Gut gelebt habe. Leider hat sie sich nach einem weiteren Gespräch – ebenfalls auf Anrufbeantworter – nicht mehr gemeldet und auch keine weiteren Angaben wie Anschrift und Telefonnummer hinterlassen. Frau Peters bittet nun sehr herzlich die Anruferin, sich noch einmal bei ihr zu melden. (Telefon 01 71 / 3 87 84 21.)

Melden möchte sich auch bitte die ehemalige Königsberger Herbart-Schülerin **Hannelore Raudszuz** bei unserm Leser und Landsmann **Gert Kelch** in Herten. Er fand ihren Namen nämlich in unserer Ostpreußischen Familie in dem Bericht von Frau **Brigitte von Kalben** aus Kanada über das geglückte Auffinden von ehemaligen Mitschülerinnen. Herr Kelch war mit dem Bruder der Genannten, **Wolfgang Raudszuz**, befreundet. Der in der Albertstraße 4 wohnende Junge war oft bei seinem Freund auf dem Gelände der Königsberger Sternwarte. Da Gert Kelch seit Kriegsende nichts mehr von Wolfgang Raudszuz gehört hat, möchte er sich nun mit seiner Schwester in Verbindung setzen. Die Königsbergerin wird diese Zeilen sicher lesen und dem Wunsch von Herrn Kelch nachkommen. (Gert Kelch, Schäßburger Straße 10 in 45701 Herten, Telefon 0 23 66 / 5 56 74.)

Bedanken möchte ich mich bei Frau **Renate Block** für ihr Schreiben mit den so unterschiedlichen Fragen. Hier möchte ich ihren Wunsch nach einer alten ostpreußischen Fibel veröffentlichen, wie sie im Ersten Weltkrieg und danach in samländischen Schulen benutzt wurde. Sie war mit Zeichnungen von **Ludwig Richter** versehen. Wer besitzt solch eine Fibel und könnte sie Frau Block leihen? In ihr wird vielleicht auch das Gedicht gestanden haben, mit dem Renates Großmutter die Kinder tröstete, wenn es draußen stürmte: „Gott ist, wo jeder Wurm sich regt, Gott ist, wo jeder Sturm ...“ Wer hilft weiter? Die anderen Fragen können wir persönlich besprechen, liebe Frau Block, denn sie kommen ja auch zu unserm kurzfristig anberaumten Familien-Seminar nach Bad Pyrmont, das unter dem Tenor „Flucht und Vertreibung“ steht. Um aber noch einmal klarzustellen, weil ich immer wieder Nachfragen erhalte: Das ursprünglich geplante Vier-Tages-Seminar, auf dem ausführlich der TV-Zweiteiler „Die Flucht“ behandelt werden soll, ist auf Anfang nächsten Jahres verlegt worden, denn es ist geplant, auch den TV-Film über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ mit einzubeziehen. Also vorerst: auf Wiedersehen am nächsten Wochenende im Ostheim!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Bagdahn, Kurt, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Hagen 6, 22926 Ahrensburg, am 25. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Buchholz, Reinhold, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Siedlerweg 7, 48599 Gronau, am 25. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Thiel, Erna, geb. **Bajohr,** aus Königsberg, Berlinerstraße 15, jetzt Am Lehmwohld 52, 25524 Itzehoe, am 13. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer,** aus Lyck, jetzt Musberg 23, 24326 Ascheberg, am 23. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Henke, Ida, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Adam-Rückert-Straße 15, 64372 Ober-Ramstadt, am 25. November

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs,** aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hoisdorfer Landstraße 72, Haus G 1/37, 22927 Großhansdorf, am 23. November

Kurschat, Hugo, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Reichenaustraße 224, 78467 Konstanz, am 19. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Denda, Gottlieb, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hainblekweg 37, 38259 Salzgitter, am 24. November

Ott, Grete, geb. **Rosengart,** aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schwarzwaldstraße 60, 58093 Hagen, am 25. November

Skopnik, Ernst, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Lerchenstraße 12, 24589 Nortorf, am 19. November

Zehrt, Luise, geb. **Baltrusch,** aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Pastor-Kittel-Straße 3, 29221 Celle, am 20. November

Zunker, Ilse, aus Königsberg, jetzt Domino-World-Club Oranienburg, Villacher-Straße, 16515 Oranienburg, am 24. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kowalewski, Emilie, geb. **Michalzik,** aus Lyck, jetzt Wikingerstraße 23, 42275 Wuppertal, am 20. November

Rohde, Edeltraut, geb. **Hoyer,** aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 160, 10827 Berlin, am 20. November

William, Frieda, geb. **Hertes,** aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Saarnerstraße 125, 45481 Müllheim / Ruhr, am 20. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Guszahn, Meta, geb. **Poweleit,** aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Monikastraße 2, 49661 Cloppenburg, am 20. November

Hallung, Charlotte, geb. **Hempel,** aus Wehlau, jetzt Hebelstraße 18, 79189 Bad Krozingen, am 24. November

Kähler, Hildegard, geb. **Kendziorra,** aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenstraße 124, 45896 Gelsenkirchen, am 19. November

Moldzio, Elfriede, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Schorndorfer Straße 8, 73650 Winterbach bei Schorndorf, am 25. November

Neyer, Charlotte, geb. **Brama,** aus Gehlenburg, Johannisburger Straße, Kreis Johannisburg, jetzt Bergstraße 23, 56154 Boppard-Bad Salzig, am 12. November

Unger, Bruno, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Greveradenstraße 1, 23554 Lübeck, am 21. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berg, Ella, geb. **Krebs,** aus Binien, Kreis Lyck, jetzt Karl-Lehr-Straße 159, 47057 Duisburg, am 19. November

Dolenga, Hildegard, geb. **Sudau,** aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Harburger Rathausstraße 45, 21073 Hamburg, am 19. November

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, jetzt bei Lücknau, 15926 Goßmar, am 20. November

Fortunewitz, Otto, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt Mühlenstraße 29, 38685 Langelsheim, am 20. November

Groth, Lisbeth, geb. **Hebmueller,** aus Sandau, Kreis Ebenrode, jetzt Ostlandweg 1, 25588 Oldendorf, am 24. November

Grunwald, Elisabeth, geb. **Klein,** aus Johannisburg, jetzt Freiligrathstraße 6, 58313 Herdecke, am 25. November

Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Rolandstraße 6, 76135 Karlsruhe, am 24. November

Klein, Hans, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Küsterwiese 13 A, 33611 Bielefeld, am 20. November

Klein, Horst, aus Königsberg, Marienstraße 12, jetzt Wendischstraße 68, 23558 Lübeck, am 23. November

Krüger, Gertrud, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Ewaldstraße 16, 44789 Bochum, am 22. November

List, Helene, geb. **Haus,** aus Ortelsburg, jetzt Grillparzerstraße 45 I, 81675 München, am 21. November

Marquart, Erika, geb. **Zilkenath,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Mittelweg 4, 25704 Meldorf, am 24. November

Mollenhauer, Gertrud, geb. **Dzikonski,** aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, jetzt Kirchbachstraße 107, 28211 Bremen, am 23. November

Obiartel, Ursel, geb. **Kochan,** aus Seegutten, Kreis Johannisburg, jetzt Heimstraße 14, 44649 Herne, am 5. November

Sadowski, Willi, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Erhard Straße 34 B, 97688 Bad Kissingen, am 22. November

Skiendziel, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Alte Weezer Straße 36, 47623 Kevelaer, am 25. November

Stallmach, Margarete, geb. **Order,** aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Düsseldorfer Straße 8-10, 40699 Erkrath, am 20. November

Witt, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Haseler Weg 2, 31618 Liebenau, am 24. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Schimperstraße 43, 68167 Mannheim, am 23. November

Bleinagel, Christel, geb. **Gutzeit,** aus Gauleden, Kreis Wehlau, jetzt Hehner Straße 142, 41069 Mönchengladbach, am 19. November

Düllmann, Gerda, geb. **Napiwotski,** aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Neppenkamp 2, 49733 Haren, am 22. November

Gayk, Herbert, aus Ortelsburg, jetzt Elchweg 13, 44309 Dortmund, am 21. November

Hellbusch, Klaus, aus Rostken, Kreis Lötzen, jetzt Unterste Homberg 11, 42533 Velbert, am 25. November

Just, Christel, geb. **Feuersenger,** aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, jetzt Sylvester-Jordan-Straße 15, 35039 Marburg, am 20. November

Krämer, Else, geb. **Rade,** aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Hagedornweg 4, 59065 Hamm, am 20. November

Krink, Eugen, aus Heybutten, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 6, 07646 Albersdorf, am 19. November

Letkow, Siegfried, aus Lyck, jetzt Jochen-Klepper-Straße 1, 25436 Uetersen, am 19. November

Lorenzen, Erika, geb. **Schmalz,** aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Franz-Schubert-Hof 20, 24943 Flensburg, am 22. November

Nibler, Hildegard, geb. **Erdt,** aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Moorenbrunner Straße 29, 90475 Nürnberg, am 25. November

Osygus, Edith, geb. **Schwittay,** aus Borken, Kreis Ortelsburg, jetzt Frontheimer Weg 34, 32339 Espelkamp, am 23. November

Pommerenke, Inge, geb. **Rohmann,** aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Johennesstraße 3, 49565 Bramsche, am 24. November

Reinhartz, Anna, geb. **Heim,** aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Max-Plank-Straße 6, 42497 Solingen, am 25. November

Roese, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Eichendorffstraße 6, 38373 Frellstedt, am 23. November

Schöffel, Charlotte, geb. **Saparautzki,** aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Friedlandstraße 7 A, 24610 Trappenkamp, am 20. November

Sperzel, Waltraut, geb. **Erzberger,** aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Am Ring 4, 36381 Schlüchtern, am 21. November

Somplatzki, Elfriede, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Nordstraße 31, 53474 Bad Neuenahr, am 19. November

Titel, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung jetzt Bachweg 55, 65366 Geisenheim, am 20. November

Vogelsang, Werner, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Mustiner Landstraße 2, 19406 Rothen / Kreis Sternberg, am 22. November

Waschk, Reinhold, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Weitersdorfer Weg 49, 90547 Stein, am 23. November

Wrege, Max, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Combringstraße 8, 59229 Ahlen, am 21. November



Oehlert, Gerd, und Frau Irma, geb. **Schulz,** aus Königsberg, Oberhaberberg 70 und Bismarckstraße 3, jetzt Mariendorfer Weg 26, 12051 Berlin, am 21. November

50 Goldene Hochzeit

Nichau, Martin, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, und Frau Gisela, geb. **Herzog,** jetzt Schulweg 15, 26203 Wardenburg, am 22. November

Onisseit, Egon, aus Panzerfelde, Kreis Labiau, und Frau Helga, geb. **Jetzkowitz,** aus Kalkhof, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Schneller-Str. 1, 99092 Erfurt, am 17. November

Pantel, Kurt, aus Fischhausen, Kreis Samland, und Frau Dorothea, geb. **Behrendt,** jetzt Neusiedler Str. 16, 01619 Röderau, am 23. November

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchores

Hamburg – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtskonzert des Ostpreußenchores in der St. Gabriel Kirche, Hartzloh 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 bis zur Station Hartloh erreicht werden. Von hier sind es rund sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ilse Schmidt, Telefon (0 40) 2 54 39 35.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Das Ostheim bietet wieder festliches zum Jahreswechsel

Vom 19. Dezember 2007 bis 2. Januar 2008 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung, und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der geliebten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

> Alle Jahre wieder – feiern im Ostheim

Für diese 14tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch einige Einzelzimmer zum Preis von 651 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 560 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, die Silvesterfeier, die Gästebetreuung, eine Halbtagesfahrt und die Reise-Rücktrittskostenversicherung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax (0 52 81) 93 61 11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Den selbstgestecken Zielen treu geblieben

Lagebericht des Sprechers der LO, Wilhelm v. Gottberg, zur Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung

Fortsetzung der Rede Wilhelm v. Gottbergs aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* (Folge 45).

Liebe Landsleute, jedem Kreisvertreter, ja jedem Ostpreußen ist es unbenommen, mit polnischen Kommunalpolitikern Gespräche zu führen und Freundschaften zu schließen. Der Bundesvorstand begrüßt das. So wird der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag mit Leben erfüllt. Wenn aber die LO – sie ist eine Organisation der vertriebenen und geflüchteten Ostpreußen – einen Kongreß mit polnischen Kommunalpolitikern durchführt, dann muß bei der Thematik auch ein wenig von unseren Anliegen zur Sprache kommen, die ich eben für unseren Verband vorgetragen habe. Wir müssen die Gegensätze, die uns trennen, wie z. B. das Verschweigen der historischen Wahrheit über Flucht und Vertreibung durch Polen, das Verschweigen der großartigen zivilisatorischen Leistung unserer Ahnen in Ostpreußen oder seien es auch nur die gefühlsmäßigen Gegensätze, wir müssen sie benennen und darüber sprechen. Wir müssen bekennen, daß wir brutal vertrieben wurden und nicht, wie die Polen sagen, umgesiedelt oder still abgewandert sind. Wir müssen uns alles sagen können, hat schon vor 20 Jahren der große polnische Humanist, Jan-Josef Lipski, gefordert. Wenn man mit diesen Kriterien die bisherige Kongreßbewegung bewertet, dann wird die Note nur mangelhaft lauten können. Nur zweimal wurden bei den bisherigen fünf Kongressen freimütig ostpreußische Interessen von den Ostpreußen vertreten. Einmal war es beim 2. Kongreß in Elbing durch den stellv. Sprecher der Westpreußen, Schuch, beim zweiten Mal war ich es beim 4. Kongreß in Allenstein 2004. Für letzteres gibt es hier im Saal noch genug Zeugen. Verehrte Mitglieder der Ostpreußischen Landesvertretung, wenn wir nicht mehr die Kraft aufbringen, bei welchen Gesprächskreisen auch immer, ostpreußische Interessen zu formulieren, dann, ja dann, haben wir uns überlebt. Die Würde der Ostpreußen und der Respekt vor der Leistung unserer Vorfahren und unser Mitgefühl für die Opfer von Flucht und Vertreibung gebieten es, die offiziellen Gespräche der LO mit den Menschen aus den östlichen Nachbarstaaten zu nutzen, um Desinformationen, Geschichtsklitterungen und Ahnungslosigkeit in Bezug auf die Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches zu beseitigen.

Das Europäische Zentrum gegen Vertreibungen nach dem Konzept der von Frau Steinbach gegründeten Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird es in der angedachten Ausformung nicht geben. Es wird – weil im Koalitionsvertrag so verankert – in Berlin eine Dokumentationsstätte für Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert geschaffen werden. Diese museale Einrichtung wird im weitesten Sinne als ein sichtbares Zeichen der Deutschen zur Ächtung von Vertreibungen in die Umgangssprache eingehen. Die Dokumentationsstätte wird unter dem Dach des historischen Museums eine abhängige Abteilung sein. Soweit die Details schon bekannt sind, wird der Bund alleine Zuwendungsgeber sein. Für 2008 sind bereits 1,2 Millionen Euro veranschlagt. Das Deutschlandhaus gegenüber dem Anhalterbahnhof in Berlin wird die Einrichtung beherbergen. Um das Deutschlandhaus für die neue Aufgabe herzurichten, wird es einer zweistelligen Millionensumme bedürfen.

Aus heutiger Sicht gibt es zu dem Projekt – wie es nun verwirklicht werden soll – viele offene Fragen. Wird dem BdV ein nennenswertes Mitspracherecht bei der Einrichtung der Gedenkstätte eingeräumt? Welchen Einfluß bekommen Historiker und Parlamentarier aus den östlichen Nachbarstaaten bei der Erstellung des Dokumentationskonzeptes? Daß sie Einfluß bekommen, ist keine Frage mehr. Was geschieht mit der bestehenden Stiftung „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“? Bleibt es bei der Zusage der süddeutschen Länder, der bestehenden Stiftung Finanzmittel zuzuweisen? Wenn die bestehende Stiftung beim Projekt „Sichtbares Zeichen“ nicht zum Zuge kommt, welche neue Aufgabe müßte für sie gefunden werden?

Liebe Landsleute, ich bin ratlos. In mindestens einem Dutzend Artikel der *PAZ* habe ich für die BdV-Konzeption des Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen geworben. Ich habe freimütig und mit Nachdruck in Ansprachen und Diskussionen vor polnischen Kommunalpolitikern und bei meinen Reden bei den Sommerfesten in Ostpreußen um Verständnis für die Einrichtung des Zentrums gebeten. Dabei hatte ich auch bei Polen graduell Erfolg. War das alles umsonst? Kommt jetzt erneut eine museale Einrichtung nach Berlin, bezahlt mit dem Geld der deutschen Steuerzahler, in der aufgerechnet wird? Aufgerechnet, weil vermittelt wird, daß die von Deutschen zu verantwortenden ungeheuerlichen Verbrechen der NS-Diktatur am Ende des Krieges auf die Deutschen zurückgeschlagen

»Heimatverlust und Aussiedlung«

seien und sie somit „Heimatverlust und Aussiedlung“ sich selbst zuzuschreiben hätten? Wir wissen, von wo der Zeitgeist weht. Aber wir kennen auch die historische Wahrheit. Nichts rechtfertigt Landwegnahme und Vertreibung der Ostpreußen!

Das Ostheim bleibt ein Sorgenkind für den Verband. 2005 mußten wir erstmalig seit 1993 ein Minusergebnis hinnehmen. Vor 1993 kam das häufiger vor, jedoch will ich die frühere Mißwirtschaft im Ostheim jetzt nicht erneut thematisieren. 2006 konnten wir im Ergebnis eine schwarze Null erreichen. 2007 sollte es deutlich besser werden. Von der Belegung her hätte es besser sein müssen.

Herr Winkler hat mich vor vier Wochen informiert, daß wir nur noch mit großem Glück ein ausgeglichenes Ergebnis für 2007 erreichen werden. Die Gründe: Die angemeldeten Gruppen erscheinen kaum noch mit der vorgesehenen Teilnehmerzahl, weil wegen Krankheit oder anderer Gründe kurzfristig Absagen erfolgen. Auch werden gebuchte Veranstaltungen vier oder sechs Wochen vorher wegen zahlreicher Ausfälle ganz abgesagt. Die Sommer-, Advents- und Weihnachtsfreizeiten werden schon lange nicht mehr in der Stärke besucht, wie das früher der Fall war. Es konnten bei den genannten Freizeiten niemals alle Anmeldungen Berücksichtigung finden.

Das Ostheim ist immer noch für tausend und mehr Landsleute ein Stück Ostpreußen in der Bundesrepublik und die Brücke zur Landsmannschaft Ostpreußen. Ein wesentlicher Teil der Landsleute, die in das Ostheim kommen, spenden auch für Bruderhilfe und Treuespende. Meine Damen und Herren, bitte versuchen Sie, bei Ihren Kreisgemeinschaften und Landesgruppen obligatorische Veranstaltungen, die ohnehin jedes Jahr anfallen, im Ostheim abzuhalten. Bei 39 Kreisgemeinschaften und 15 Landesgruppen, bei zahlreichen Kirchspiel- und Schultreffen muß es doch möglich sein, acht bis zehn Gruppen zusätzlich im Jahr in dieses schöne Haus zu bekommen. Vorbildlich mit der Inanspruchnahme des Ostheims ist die Kreisgemeinschaft Lyck, aber auch Heiligenbeil, Pr. Eylau und Gerdauen sind zu nennen. Im aktuellen Sensburger Heimatbrief erscheint ein dringender Appell an die Untergliederungen der Kreisgemeinschaft Sensburg, das Ostheim für Tagungen zu nutzen. Als Vorsitzender des Vereins Ostheim sage ich Dir besten Dank, lieber Siegbert Nadolny. Vielleicht kann dies ein Beispiel auch für andere Mitglieder der OLV sein.

Zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung*: Leider ist es uns bisher nicht gelungen, die bezahlte Auflage der *PAZ* zu stabilisieren. Die Hoffnung, daß sich der Trend der ständig abnehmenden Abonnentenzahl umkehren läßt, ist vermutlich eine Illusion. Der Trend der Abbestellungen bleibt beständig. In diesem Jahr haben wir nicht so viele Neuabonnenten gewinnen können, wie im Jahresdurchschnitt der vergangenen zehn Jahre.

Liebe Landsleute, die Ostpreußische Landesvertretung wird heute einen neuen Bundesvorstand wählen, da die dreijährige Amtszeit des noch amtierenden Vorstandes abgelaufen ist. Ihnen liegt ein Antrag des Ortelsburger Kreisvertreters vor, den Vorstand wieder zu wählen, da er gut gearbeitet habe. Auch andere Mitglieder der OLV haben mir gegenüber den Wunsch geäußert, daß sich der Vorstand erneut der Verantwortung für die LO stellen möge. Tatsächlich hat dieser Bundesvorstand sehr erfolgreich gewirkt. Wir haben die Landsmannschaft hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit ordentlich vorangebracht. Gottfried Hufenbach hat Ihnen einen Zwischenbericht vorgelegt, der ausweist, daß wir vier Punkte zur Erreichung der Zukunftsfähigkeit abgearbeitet haben. Offen sind noch die zukünftigen Strukturen der Kreisgemeinschaften und der Landesgruppen. Damit hat sich der Bundesvorstand noch nicht befaßt, aber das Thema ist unter Hufenbachs Leitung mit den Kreisvertretern und Landesgruppenvorsitzenden bereits diskutiert worden. Von den Landesgruppen haben wir mehrheitlich die Rückmeldung bekommen, daß für eine Neustrukturierung die Zeit noch nicht gekommen sei. Das ist dann auch eine Erklärung auf die Ihnen vorliegende Anfrage der Landesgruppe NRW, wann mit der Umsetzung der Regionalgliederung bei den Landesgruppen zu rechnen sei. Bei den Kreisgemeinschaften hat ein Konzentrationsprozeß seinen Anfang genommen, der später zu Zusammenschlüssen von Kreisgemeinschaften führen wird. Das gemeinsame Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung bzw. von Ebenrode und Schloßberg belegt dies. Die Kreisgemeinschaften des Memellandes kennen ohnehin kein Hauptkreistreffen, sondern halten gemeinsam nur einen Vertretertag ab.

Was wurde auf den Weg gebracht? – Der Bundesvorstand wurde verkleinert und hat eine neue Struktur bekommen. – Die Satzung der LO wurde den schlankeren Führungsstrukturen angepaßt. – Die Immobilie Parkallee wurde weisungsgemäß verkauft, ein Zwischendomizil zur Anmietung wurde gefunden. – Die Bundesgeschäftsstelle mitsamt der EDV wurde reorganisiert. – Das Deutschlandtreffen wurde in der Grobplanung vorbereitet und die dazu erforderlichen Mietverträge abgeschlossen. – Die Ostpreußische Landesvertretung hat im vorigen Jahr einem Antrag des Bundesvorstandes zugestimmt, eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung privaten Rechtes zu begründen. Die Stiftungssatzung wurde im Entwurf konzipiert. Die Feinabstimmung mit der Finanzverwaltung und der Stiftungsaufsicht wird zur Zeit vorgenommen. Ich gehe davon aus, daß die Stiftung im ersten Halbjahr 2008 arbeitsfähig sein wird. – Die LO hat in 2006 erstmals wieder seit 1997 Förderung aus Bundesmitteln erhalten; 2007 sind wir ebenfalls in einer Höhe gefördert worden, die deutlich über 20 000 Euro liegt. – Durch Gespräche mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Vertriebene der CDU / CSU-Bundestagsfraktion konnte erreicht werden, daß die Halbtagsstelle der Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg ab 2008 zur Ganztagsstelle aufgestockt wird. Damit steht die Kulturreferentin auch für die kulturelle Breitenarbeit der LO zur Verfügung. – Der Schulterschluß der LO mit der politischen Spitze des Patenlandes Bayern konnte nochmals intensiviert werden. Der nun aus dem Amt geschiedene Ministerpräsident Stoiber hatte den Bundesvorstand am 12. September zum Bayerischen Oktoberfest nach Berlin eingeladen. Bei der Veranstaltung kam er an unseren Tisch und hat sich mit dem Bundesvorstand rund 25 Minuten intensiv unterhalten. Soweit wir feststellen konnten, ist er zu den anderen Tischen nicht gegangen. Es waren immerhin 200 Tische im Festzelt aufgestellt. Mit der neuen Spitze des Freistaates bin ich bereits im Rahmen der Veranstaltung 50 Jahre BdV zusammengetroffen. Ein vertiefendes Gespräch sowohl mit dem Parteivorsitzenden wie auch mit dem Ministerpräsidenten ist für die nächsten drei Monate vorgesehen.

Liebe Landsleute, die entscheidende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Landsmannschaft Ostpreußen hat der Bundesvorstand bereits vor zwei Jahren geschaffen. Ich will daran noch einmal erinnern. Vor drei Jahren bei der letzten Neuwahl des Vorstandes mußten wir Ihnen von einer gigantischen Steuernachforderung der Finanzverwaltung unserem Verband gegenüber berichten. Wir hatten damals unterschiedliche Meinungen, wie dem zu begegnen sei. Der Schatzmeister hat

Viele Probleme angepackt und selbst gelöst

mit mir gemeinsam nachdrücklich für eine Zusammenarbeit mit dem Finanzamt geworben, in diesem Rahmen haben wir auch die Gemeinnützigkeit wieder angestrebt. Andere waren dagegen, auch der damalige stellvertretende Sprecher Bernd Hinz. Die Ostpreußische Landesvertretung ist uns gefolgt, und so hat dieser Vorstand in sehr langwierigen Gesprächen mit dem Leiter des zuständigen Finanzamtes und seinen Mitarbeitern das drohende Aus der LO vermeiden können. Zu diesen Gesprächen hatte ich Hubertus Hilgendorff dazu gebeten. Auch diese Episode gehört zum erfolgreichen Wirken des Vorstandes. Ich will daran erinnern, daß der Vorstand in der ersten Hälfte seiner Amtszeit zunächst Reibungsverluste durch das Ausscheiden von drei Vorstandsmitgliedern hinnehmen mußte. Die OLV hatte bei ihrer turnusmäßigen Sitzung im November 2005 Bernd Hinz von seiner Aufgabe als stellvertr. Sprecher entbunden. Hinz ist nicht zurückgetreten, sondern er schied aufgrund einer eindeutigen Willensbekundung der Ostpreußischen Landesvertretung aus dem Amt. Infolge seines Amtsverlustes sind zwei weitere Vorstandsmitglieder zurückgetreten. Jedoch hat es sich dann gezeigt, was mir bekannt war und eine Lebenserfahrung ist: Kleinere Vorstände, schlankere Führungsstrukturen arbeiten allemal effektiver als große Führungsorgane. Der Bundesvorstand wird für eine erneute Kandidatur zur Verfügung stehen. Was meine Person angeht, werde ich mich vor dem Wahlgang erklären.

Ich danke den Damen und Herren des Vorstandes für ihren Ein-

Schulterschluß mit Bayerns politischer Spitze

satz bei der Vorstandsarbeit. Frau Lüttich bringt die sehr bedeutsame Arbeit der ostpreußischen Frauenkreise im Bundesvorstand zur Geltung. Sie übt außerdem das Amt der Landesgruppenvorsitzenden in Baden-Württemberg aus. Sie trägt ohne Klagen schon seit längerer Zeit eine Doppelbelastung. Frau Stramm vertritt im Bundesvorstand die Interessen der Kreisgemeinschaften des Königsberger Gebietes, aber auch die Kreisgemeinschaften allgemein. Herr Böld ist ein kompetenter Schatzmeister. Er ist immer ansprechbar, wenn erforderlich, reist er auch kurzfristig von Augsburg nach Hamburg. Ich danke ihm für manchen klugen Rat. Mit mir gemeinsam hält er den Kontakt zur politischen Spitze Bayerns. Stephan Grigat ist für den Bundesvorstand unverzichtbar, nicht nur als Jurist, sondern auch als sehr erfahrener Kreisvertreter. Er hat sich in den Vorstand nachwählen lassen, wofür ich ihm an dieser Stelle nochmals danke. Gottfried Hufenbach hat mit Elan, aber auch mit dem scharfen Intellekt eines Generalstabsoffiziers die Federführung bei der Reorganisation der LO übernommen. Wenn der Bundesvorstand dabei erfolgreich war – ich hab das ja eben vorgetragen – dann ist das in erster Linie das Verdienst Hufenbachs. Im übrigen hat er das Arbeitsgebiet südliches Ostpreußen. Er hält für den Bundesvorstand die Verbindung zu den Deutschen Vereinen, im südlichen Ostpreußen zum Allensteiner Stadtpräsidenten und zu Persönlichkeiten der Woijewodschaft. Ich danke an dieser Stelle Hufenbach für die enorme Mühe, die er sich bei der Konzipierung der angedachten Gelsenkirchener Veranstaltung gemacht hat.

Ich danke auch meinem Freund und Stellvertreter Wolfgang Thüne für seine Mitwirkung im Vorstand. Thüne hat stets mit klarer Sprache die Interessen der Ostpreußen benannt und vertreten. Nach mir ist Thüne mit Abstand derjenige, der am meisten Ansprachen vor den Untergliederungen der LO hält. Er hatte in diesem Jahr eine Operation und konnte deshalb längere Zeit im Vorstand nicht präsent sein. Die Zusammenarbeit im Vorstand war von Offenheit und Vertrauen getragen. Dafür danke ich Ihnen, meine Damen und Herren auf dem Podium. Der Dank des Vorstandes gilt unseren Mitarbeitern in der Redaktion und in der Bundesgeschäftsstelle für ihren Einsatz. Die Zusammenarbeit mit Herrn Voss war fair. Gelegentliche kontroverse Auffassungen liegen in der Natur der Sache. Die Interessen des Chefredakteurs und des Herausgebers sind nicht immer deckungsgleich.

Wir haben im nächsten Jahr schwierige Aufgaben zu lösen. Ich nenne den Umzug von Redaktion und Bundesgeschäftsstelle in ein neues Domizil. Wir müssen eine geeignete Immobilie zum Ankauf finden. Zu Pfingsten steht das Deutschlandtreffen auf dem Terminplan. Ich hatte Ihnen schon am 27. September gesagt, daß das Deutschlandtreffen durch den Umzug leider beeinträchtigt wird. Außerdem wird im nächsten Jahr eine Veranstaltung aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der LO durchzuführen sein Turnusmäßig fällt in 2008 auch wieder die Organisation eines Sommerfestes durch die LO an, entweder im Ermland oder in Masuren. In den nächsten Monaten wird endlich auch die Entscheidung über die bauliche Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums fallen. Die Entscheidung ist eigentlich gefallen, aber es steht noch nicht fest, wieviel Erweiterungsfläche unser Museum abbekommt. Da gilt es, wachsam zu sein und zeitaufwendig Präsenz bei den anstehenden Sitzungen zu zeigen. Daraus wird erkennbar, daß die Wahl in den Bundesvorstand mit Arbeit verbunden ist und die Bereitschaft erfordert, Verantwortung für die weltweite Ostpreußenfamilie zu übernehmen.

Ich will zum Abschluß noch ein Problem ansprechen, das der Landsmannschaft zunehmend Sorge macht. Dieses Problem stellt sich auch für die meisten anderen Organisationen und Vereinigungen. Es wird zunehmend schwerer, geeignete Führungspersönlichkeiten zu finden. Das gilt für die örtliche Stadtebene, das gilt für die Landesgruppen und auch für die Bundesebene. Auf der örtlichen Ebene beobachten wir, daß sich Gruppen auflösen, weil niemand Bereitschaft zeigt in die Spitze zu gehen. Dies geschieht, obwohl die Gruppen von der Zahl her durchaus lebensfähig wären. Frau Lüttich würde sicher gerne das Amt der Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg abgeben. Es hat sich bisher niemand gefunden, der dies Amt schultern möchte. Ich denke noch mit Unbehagen an den Kurzzeitvorsitzenden, der Frau Lüttich vorausgegangen ist. Es stand schon bei seiner Wahl fest, daß er ungeeignet war. In Berlin hatten wir im Frühjahr ein großes Nachfolgeproblem, weil der Vorsitzende dort kurzfristig alles niederlegte. Glücklicherweise wurde ich rechtzeitig über die prekäre Lage in der Landesgruppe Berlin informiert. Zwei Reisen nach Berlin meinerseits wurden fällig, dann war ein neuer Landesvorstand installiert. Wir haben eine gute Lösung gefunden. In Berlin sagten mir vor 14 Tagen Vorstandsmitglieder, bei ihnen sei Aufbruchstimmung aufgekommen, es mache wieder Spaß, im Vorstand zu arbeiten. Dank an Herrn Jakesch, dem neuen Landesgruppenvorsitzenden Berlins. Für die Mitarbeit im Bundesvorstand wird es ebenfalls zunehmend schwieriger, geeignete Persönlichkeiten zu finden. Wir brauchen auf dieser Ebene Persönlichkeiten, die bereit sind, der Sache Ostpreußen zu dienen, Problemlösungskompetenz besitzen, sowie eine schnelle Auffassungsgabe haben und Charakterfestigkeit besitzen. Weil diese Kriterien nicht immer ausreichend beachtet wurden, haben wir im Bundesvorstand so unsere Erfahrungen machen müssen.

Der Bundesvorstand bittet Sie alle, informieren Sie die Bundesgeschäftsstelle, wenn die Besetzung von Führungspositionen Schwierigkeiten macht. Der Bundesvorstand wird versuchen, zu helfen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Stefan Hein. Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@gmx.de

BJO – Freitag, 30. November bis Sonntag, 2. Dezember, Adventstreffen des BJO in Osterode (Ostpreußen). Alle Mitglieder erhalten eine Einladung per Post. Interessierte Nichtmitglieder wenden sich bitte an E-Mail: bjo@ostpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Lahr – Sonntag, 18. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Gedenkfeier beim Mahnmal auf dem Schutterlindenberg.

Ludwigsburg – Donnerstag, 22. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den „Kronstuben“, Kronenstraße 2.

Reutlingen – Mittwoch, 21. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum Sommerfest im Café Sommer, Wilhelmstraße, Reutlingen. Rückblick auf den im September stattgefundenen Ganztagesausflug nach St. Gallen in der Schweiz. – Für den Oktober hatte sich die Frauengruppenleiterin, Frau Orthmann, einen schönen Ausflug nach Ludwigsburg einfallen lassen. Zum einen wurde das Schloß besichtigt und besonderer Höhepunkt war die Kürbisausstellung.

Schwäbisch Hall – Vom 9. bis 16. Mai 2008 unternimmt die Gruppe eine Fahrt nach Schlesien. Auf dieser Reise werden besucht: Riesengebirge, die bekannte Schneekoppe, Grüssau, Fürstenstein, Schweidnitz, Breslau, Glatzer Bergland und Prag. Weitere Auskünfte und Anmeldungen bei Elfi Dominik, Teurerweg 11, 74523 Schwäbisch-Hall, Telefon (07 91) 7 25 53.

Wendlingen – Sonntag, 25. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Totengedenken am Ostlandkreuz auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeestunde im Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimer-Straße 26. Mit einem besinnlichen Kulturteil wird der Nachmittag zu Ende gehen.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Sonntag, 25. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe. Gedenkstunde aller Landsmannschaften am Heimatkreuz auf dem Geestemünder Friedhof. – Dienstag, 27. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. – Pfingsten 2008, vom 9. bis 11. Mai, fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen nach Berlin. Im Preis von 195 Euro (DZ) beziehungsweise 240 Euro (EZ) sind enthalten: Busfahrt, Frühstück auf der Hinreise, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel Lifestyle, Transfer Hotel Messehallen, Stadtrundfahrt. Mitfahrer aus anderen Gruppen sind gern gesehen.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 17. November, 10 Uhr, ostdeutscher Christkindlmarkt aller Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten, Büchern und Zeitschriften. Die Landesgruppe ist mit einem Stand im 1. Stock vertreten. Ende gegen 17 Uhr. – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Hamburg-Haus, Doormannsweg 12 (nähe U-Bahnstation Emilienstraße). Einlaß 14.15 Uhr. Es wirken mit: Renni Kuhn, Mitglied der Dittchenbühne; Edith Neuring, musikalische Begleitung. Beitrag für ein Kaffeegedeck: Mitglieder frei, Gäste 5 Euro. Anmeldung bei W. Bridszuhn, Telefon (0 40) 6 93 35 20, oder bei Hartmut Klingbeutel, Telefon (0 40) 44 49 93.

HEIMATKREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum vorweihnachtlichen Nachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahnstation Christuskirche. Mit einer schöne Kaffeetafel, Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei. Bitte das Päckchen für den Julklapp nicht vergessen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



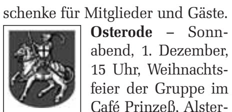
Gumbinnen – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg. Zu diesem adventlichen Treffen erwartet Sie eine geschmückte Kaffeetafel mit einer besonderen Überraschung und ein kulturelles Programm. Gäste sind herzlich eingeladen. Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder bis U-Bahnstation Landungsbrücken, dann Fußweg von rund sechs Minuten in Richtung Michaeliskirche.



Heiligenbeil – Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im Seniorentreff Dimpfelweg 13. Zusammen soll der Erste Advent gefeiert werden. Bei ein paar besinnlichen Stunden mit Geschichten und Liedern wird an die Heimat erinnert. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Videofilm: 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Der Seniorentreff ist mit der U-Bahnlinie 3 bis „Hammer Kirche“, dann die Treppe runter, Rumpffsweg bis Dimpfelweg.



Insterburg – Mittwoch, 5. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Telefon (0 40) 55 90 60. Mit Gedichten und Weihnachtsliedern stimmt man sich auf die Vorweihnachtszeit ein. Kleine Geschenke für Mitglieder und Gäste.



Osterode – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Café Prinzeß, Alsterdorfer Straße 572, rund 15 Meter – auf der gleichen Seite – vom Rosengarten entfernt. Das Restaurant Rosengarten und das Café Prinzeß bilden zusammen eine wirtschaftliche Einheit. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch umrahmt. Julklapp-Päcken können mitgebracht werden. Über reichlich Anmeldungen und Teilnehmer freuen sich M.-L. und G. Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (0 41 09) 90 14.

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg / Billstedt – Montag, 19. November, 11 Uhr, Treffen der Gruppe auf dem Schiffbeker Friedhof neben der Kapelle. Gesteckniederlegung auf Gräbern verstorbener Mitglieder. Anschließend geht es ins Restaurant vor dem Haupteingang des Öjendorfer Friedhofes zum Mittagessen. Danach werden auf dem Öjendorfer Friedhof weitere Gräber besucht. – Dienstag, 4. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Ärztehaus, Restaurant, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Mit Gedichten, Kurzgeschichten und Gesang wird an die Heimat erinnert. Es gibt Entenbraten mit Rotkohl. Gäste willkommen. Anmeldung bei Amelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). – Montag, 10. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur vorweihnachtlichen Feier nach ostpreußischer Art im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle).

FRAUENGRUPPE

Hamburg / Bergedorf – Freitag, 23. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Bergedorf. Ernst Korth hält einen Diavortrag über „Herbst in Ostpreußen“. Gäste sind herzlich willkommen.

WESTPREUSSEN

Mittwoch, 28. November, 14.30 Uhr, veranstalten die Westpreußen ein literarisch-musikalisches Treffen mit dem Motto „Ich war glücklich dort“ im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Im Programm wirkt das Harburger Vokal-Quartett von 1926 mit. Moderator Helmut William Raabe spricht zum Thema „Die Jahreszeiten in Dichtung und Lied“.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 1. Dezember, 13 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg (zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Berliner Tor). Ruth Geede beabsichtigt, mit einer Lesung zu erfreuen, und Kantor i. R. Lm. Gring wird den Gesang instrumental begleiten.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Dillenburg – Mittwoch, 28. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Pfarrer a. D. Dietmar Balschun wird zur Einstimmung auf die Advents- und Weihnachtszeit über den Kirchenlieddichter Paul Gerhardt sprechen. – Bei der letzten Zusammenkunft konnte Lothar Hoffmann wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen. Zur Einstimmung las Helga Löhner je ein Herbstgedicht von Theodor Storm und Rainer Maria Rilke. Nach dem Kaffeetrinken sprach Hans Löhner über den Sänger Leo Slezak, der 1873 in Mährisch-Schönberg als Sohn eines Müllers geboren wurde. Sein Vater wünschte sich für den Sohn etwas Besseres und wollte das er Offizier würde. Dazu hatte dieser aber absolut keine Lust. Er war von klein auf ein Schalk, der anderen übermütige Streiche spielte und sich über sie lustig machte. Er war aber auch ein guter Schüler, und vor allem hatte er eine wunderbare Stimme, so daß er schon als Junge im Kirchenchor mitsingen durfte. Sein Vater schickte ihn nach Brünn auf die höhere Schule. Dort ermöglichten ihm Gönner eine solide Gesangsausbildung. Er konnte aber trotzdem nirgends eine Stelle als Sänger finden, sondern verdiente sich seinen Lebensunterhalt zunächst als Schreiber bei einem Advokaten, später als Arbeiter in einer Powidl-Fabrik (österreichisch für Pflaumenmus). Nebenbei bewarb er sich als Tenor bei den Opernbühnen in Berlin, Breslau und anderen Städten, bis er endlich an der Wiener Staatsoper eine feste Anstellung fand. Dort verdiente er so gut, daß er 1910 ein Grundstück am Tegernsee erwerben und einen Landsitz bauen konnte, der sogar einen Aussichtsturm hatte. Ab 1914 war er dann Startenor an der Wiener Hofoper. Er gab nun auch Gastspiele in fast sämtlichen Opernhäusern Europas, aber auch in Nord- und Südamerika. Außerdem spielte er Theater, drehte zahlreiche Filme und wurde so weltberühmt. Sein Sohn wanderte schon vor dem Krieg nach Amerika aus und machte dort auch als Sänger Karriere. 1940 starb Leo Slezaks Frau. Er selber überlebte den Krieg unbeschadet. Nach Kriegsende beschlagnahmten die amerikanischen Besatzer seine Villa am Tegernsee, so daß er sich mit einem kleinen Nebengebäude begnügen mußte. Dort starb er am 1. Juni 1946 an Herzversagen. Leo Slezak war buchstäblich ein „großer Mann“ und überragte mit kräftig gebauten zwei Metern seine Zeitgenossen. Und auch als Tenor galt er als „Großer“ unter seinesgleichen. Sein deftiger und für Betroffene manchmal ärgerlicher Humor zeigte sich auch in seinen drei Büchern, in denen er aus seinem Leben berichtete. Er hatte viele Freunde, die ihn wegen seines ansteckenden Frohsinns liebten. Im Anschluß las Hans Löhner noch aus einem der Bücher vor. Einmal über die anstrengende Arbeit bei Schallplatten-Aufnahmen, und dann zwei lustige Erlebnisse mit jungen Damen – Slezak war kein Kostverächter – und Kollegen. Natürlich kam an diesem Nachmittag das Schabbern nicht zu kurz.

Heppenheim – Die 41. Preußische Tafelrunde im Heppenheimer Hotel „Am Bruchsee“ war mit 170 Gästen gut besucht. Das Interesse ist groß, das beweisen die vielen auswärtigen Besucher, die daran teilnehmen. Referent war Prof. Wladimir Gilmanov aus Königsberg (Kaliningrad). Sein Thema lautete: „Mensch und Ort – die Nachwirkung Königsbergs im geistigen Schicksal der Kaliningrader“. Die musikalische Umrahmung des Abends lag bei der Sängerin Christina Hechler. In einem Bericht über das Königsberger Schloß wurde von einem akustischen „Geheimnis“, der sogenannten „Flüstermauer“ erzählt, das viele Jungen damals erproben wollten: An jedem Ende des Quaderbogens hinter dem Bronzestandbild Friedrichs I. sprach einer von ihnen leise gegen die Mauer: „Hörst Du mich?“ – „Ja, ich höre Dich.“ Sie freuten sich königlich, daß ihre Worte am anderen Ende – fast 100 Meter weiter – deutlich vernehmbar ankamen. Diesen Anruf und Antwort trennen nicht nur 100 Meter voneinander, sondern 750 Jahre seit der Gründung der Stadt – bis zum heutigen Tag mit den unendlichen Schicksalsschlägen und Ereignissen. Dimitrij Vyschemirsky, ein Fotograf, versucht, das Wesen der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Obwohl wir Dir die Ruhe gönnen, ist voll Trauer unser Herz,
Dich leiden sehen, und nicht helfen können,
das war für uns der größte Schmerz.
Ruhe sanft und schlafe in Frieden, hab' vielen Dank für Deine Müh',
wenn Du auch bist von uns geschieden,
in unserem Herzen stirbst Du nie.

Frieda Weise

geb. Thiel

∗ 19. 4. 1933 Lank, Kr. Heiligenbeil — † 29. 10. 2007 Düsseldorf

In stiller Trauer
Herbert Weise
Roswitha
Günther und Niklas
Harald und Magda
Brunhilde
Elvira, Peter und Kai
Lothar und Monika
sowie alle Angehörigen

Die Trauerfeier fand am 5. November 2007 statt.

Dorothea Barwich

geb. Lode

∗ 19. 4. 1929 Groß Weigelsdorf, Schlesien — † 30. 10. 2007 Seevetal, OT Hittfeld

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, Mutter, Großmama, Schwester, Schwägerin und Tante

Peter Barwich
mit Petra und Frank
Marianne, Gerhard Lode und Frau

Die Beisetzung fand am 8. November 2007 in Hittfeld statt.



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit.
Elche stehn und lauschen
in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem Vater, Schwiegervater und Opa

Dieter Seeger

∗ 31. 8. 1919 in Grenzberg Krs. Elchniederung (Ostpr.) — † 3. 11. 2007

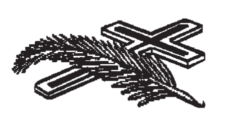
Seine Liebe und Fürsorge galt seiner Familie

Gerlinde Seeger
Meike und Torsten mit
Lennart, Anna und Jule
Jutta mit Merle
Frank Herwart und Margitta
mit Paul und Nils
Inge mit Ursula und Verena
und alle Angehörigen

29352 Adelheidsdorf, Hauptstraße 42

Die Beisetzung fand am Samstag, dem 10. November 2007, um 12.00 Uhr von der Martinskirche in Großmoor aus, statt.

Ausführung: Bestattungen Schiefelbein, Dorfstraße 20, 29336 Nienhagen, Tel. 0 51 44/91 00 10



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

Stadt in seinen Fotografien zu vermitteln. Er gab einen Bildband über Königsberg heraus mit dem Titel: „Königsberg Verzeih.“ Er zeigt die vielen Relikte des alten Königsberg, in alten Türen, Ecken, Mauern und vielem anderen mehr, an dem Abend dargebracht in einer DVD-Schau. In einem Gedicht eines zeitgenössischen russischen Dichters, Joseph Brodskij, wird Königsberg mit einem Vogel verglichen, der sein Nest sucht. Der russische Schriftsteller Jurij Iwanow (1928 in Leningrad geboren) lebte in Königsberg. Er war ein Kämpfer für die Idee der Versöhnung. Im Jahre 1992 stellte er sich in Heppenheim vor mit seinem Buch „Von Kaliningrad nach Königsberg“. Es entstand eine Freundschaft zwischen ihm und Hans-Ulrich Karalus. Leider verstarb Iwanow im Jahre 1994. Als letzte nennt der Referent die russische Dichterin Appolinaria Sujewa (geboren 1951), die zur ersten Generation russischer Einwanderer in Königsberg (Kaliningrad) gehört. Auch sie sucht nach dem „Dialog mit der Stadt Königsberg“. Sie bemerkt, Königsberg ist eine Stadt mit „doppeltem Boden“ – zum Beispiel im Pflaster eines neuen Bürgersteiges ist noch das deutsche Wort „Feuerwehr“ zu lesen. So durchdringen an vielen Stellen der Stadt deutsche und russische Geschichte einander und begegnen einander dadurch neu. Sie stellt fest: Nur die Logik der Vergebung und Erlösung stellt einen Weg für die Zukunft dar, Erlösung von den gemeinsamen Sünden der irregeführten Völker, die Logik des Miteinanderseins. Der doppelte Boden dieser Stadt wird somit nicht als Last, sondern als Chance und Herausforderung empfunden. Diese Dichterin – so der Referent – hat ihre Heimat zu einem geistigen Laboratorium der neuen Gesinnung in der politischen Denkkultur des 21. Jahrhunderts machen könnte. Am Schluß erwähnt der Referent: In einem Film über Königsberg wurde ein junger Russe gefragt: „Wer hat früher in Königsberg gewohnt?“ Er antwortete: „Menschen, die gelebt, geträumt, gehofft haben.“ Bei anschließender Diskussion der Zuhörer klang dieser Gedanke an in dem Beitrag des Kreistagsvorsitzenden Werner Breitwieser. Die erfolgreiche Arbeit, die durch Hans-Ulrich Karalus mit der Partnerschaft Ostpreußen jahrelang praktiziert wurde, muß fortgesetzt werden, und zwar zusammen mit dem Kreis Bergstraße nach dem Motto: Für diese Zusammenarbeit sollte die Kultur der Achtsamkeit und Nächstenliebe ziel- und maßgebend sein. In diesem Sinne formulierte auch Karalus seine Gedanken bei seiner Begrüßung zu Anfang der Preußischen Tafelrunde.

Wiesbaden – Sonnabend, 24. November, 9 Uhr, Ostdeutscher Weihnachtsmarkt im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Neben Spezialitäten, Büchern und Handarbeiten gibt es allerlei Angebote der Frauengruppen. – Sonnabend, 1. Dezember, 19 Uhr, Einladung der Oberschlesier in die Christian-Bücher-Halle, Weidenbornstraße 1, zur Barbara-Feier. Saalöffnung 17.30 Uhr, Eintritt 6 Euro.



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Bad Bevensen – Sonnabend, 24. November, 9 Uhr, Weihnachtsbasar der Gruppe in den Räumen des Gemeindezentrums der Dreikönigskirche. Die Gäste erwartet ein abwechslungsreicher Tag bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, Weihnachtlichem und ostpreußischen Handarbeiten aus eigener Fertigung, Königsberger Marzipan, selbstgemachter Marmelade, deftiger Erbsensuppe sowie guten Gesprächen mit netten Menschen. Die Veranstaltung endet gegen 16 Uhr.

Braunschweig – Mittwoch, 28. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Egmond Prill referiert zur Fragestellung „Der Bankrott Deutschlands? – Zukunft zwischen Atheismus und Islamismus“. – Auf der letzten Veranstaltung zeigte Hagen Mörig Fotos von Trakehnen, für dessen Erhaltung er sich mit aller Kraft einsetzt. Den dort lebenden Menschen versucht er auf verschiedene Art zu helfen. Seine Verbindungen gehen bis Moskau. Für die Heiterkeit hatten sich einige Mitglieder mit lustigen Texten vorbereitet, bei denen die Lachmuskeln auch etwas zu tun bekam.

Helmstedt – Donnerstag, 29. November, 8.30 Uhr, Treffen zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Auskunft erteilt Helga Anders, Telefon (0 53 51) 91 11.

Osnabrück – Donnerstag, 29. November, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu.



Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

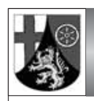
Aachen – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, im Saal des Restaurants Zum Griechen, fünf Minuten vom Hauptbahnhof, gleich am „Maschiertor“. Der Weihnachtsmann mit seinen Engelchen hat auch schon seine Teilnahme angesagt, um seine Grüße zu überbringen. Es gibt ein buntes, besinnliches Programm, auch wurde ein neues Weihnachtsstück eingeübt. Die Veranstalter freuen sich, Sie und auch Ihre Freunde und Nachbarn begrüßen zu können. Allen Mitgliedern, Freunden und Gönnern, die nicht mehr an den Gruppenaktivitäten teilnehmen können, wünscht der Vorstand ein geruhsames, friedliches Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das kommende Jahr.

Düren – Sonntag, 18. November, 10.30 Uhr, Kranzniederlegung auf dem „Neuen Friedhof“ zusammen mit allen Landsmannschaften. Treffpunkt ist 10 Uhr am Eingang.

Ennepetal – Sonntag, 25. November, 11.30 Uhr, kurzes Treffen zum Totensonntag am Gedenkstein in der Gasstraße.

Gütersloh – Montag, 19. November, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. – Dienstag, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Ostpreußischen Mundharmonika-Gruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13.

Neuss – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Die Feier ist angefüllt mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen sowie ostpreußischen Spezialitäten. – Die Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr geöffnet.



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Sonnabend, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Um Spenden für die Tombola wird gebeten.

Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Treffen zur vorweihnachtlichen Feier im Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26 (Erdgeschoß). Mit dieser Weihnachtsfeier wird das Jahresprogramm 2007 gemeinsam mit allen Mitgliedern und Freunden beschlossen. Der mitgebrachte Kuchen kann auch zwischen 10 und 10.30 Uhr abgegeben werden.



Vors.: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Zur Jahresabschlußveranstaltung waren die Vorstandsmitglieder und alle Gruppenvorsitzenden in Sachsen herzlich eingeladen und erschienen. Der Landesvorsitzende Erwin Kühnappel begrüßte alle ganz herzlich und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen. Er gab zu Beginn viele Informationen bekannt und verteilte an alle Informationsblätter zur Vorbereitung auf das Deutschlandtreffen 2008 in Berlin. Er bedankte sich bei allen ehrenamtlichen Mitarbeitern für die geleistete gute Arbeit in diesem Jahr. Die Kulturbeauftragte, Hannelore Kedzierski, hielt einen kurzen Rückblick auf die Kulturveranstaltungen in diesem Jahr. Der Stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe, Heinz Sawatzki, berichtete über die überregionale Veranstaltung des Kammerchors Kant aus Gumbinnen, welcher in Dresden zu Gast war und mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Für seinen besonderen Einsatz bei der ehrenamtlichen Arbeit wurde der Landesvorsitzende mit einem Präsent ausgezeichnet. Die höchste Anerkennung, den Kulturpreis der Landesgruppe Sachsen, wurde in diesem Jahr an Horst Bratzko über-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 21

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 20

reicht, der eine sehr gute Arbeit leistet in der Gruppe Limbach. Lm. Bratzko bedankte sich und versprach, auch weiterhin seine ganze Kraft einzusetzen – aus Liebe zur Heimat und den Landsleuten. Anschließend entstand eine rege Diskussion, an der sich alle Gruppenvorsitzenden beteiligten. Besonders temperamentvoll schilderte der Vorsitzende der Gruppe Thorgau positive wie negative Beispiele. Viele gute Ideen für die zukünftige Arbeit wurden aufgezeigt. Es folgten kulturelle Beiträge, und alle beteiligten sich daran. Der Plattdeutsche Gesang von Edith Wellnitz und Gisela Lossack trug zur Erheiterung bei. Kurt Jurgeit trat mit ostpreußischer Mundart in Aktion und erhielt großen Beifall, zumal er alles auswendig vortrug. Ingrid Kühnappel und Hannelore Kedzierski kritisierten humoristisch die Gesundheitsreform. Bei frohem Tanz klang der Tag dann aus. Am nächsten Tag, nach einem reichhaltigen Frühstück, nahmen alle Abschied. Alle Beteiligten freuen sich schon jetzt auf die nächste Zusammenkunft und fühlen sich heimatlich verbunden.

Chemnitz – Dienstag, 27. November, Treffen der Gruppe zum Weihnachtsbasteln. Dazu sind alle Landsleute und Gäste herzlich eingeladen. Referentin Irmgard Gläser wird anleiten und bringt Bastelmaterial mit. Bitte Schere mitbringen.

Dresden – Mittwoch, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Chorgruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. – Dienstag, 27. November, 14.30 Uhr, Treffen der Handarbeitsgruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden.

Leipzig – Sonnabend, 1. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahresabschlußveranstaltung in der Begegnungsstätte Kregeline im Ostflügel des „Martin Andersen Nexö Heimes“, Kregelstraße 43, Ecke Stötteritzer Straße, 04137 Leipzig. Zu erreichen mit der Straßebbahnlinie 4 oder der S-Bahn bis Stötteritzer Bahnhof. Teilnehmerbeitrag 3 Euro.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Landesgruppe – Auf Einladung des Landesvorsitzenden Trimkowski waren 31 Delegierte und Gäste zur Jahreshauptversammlung erschienen. Die Tagesordnung hatte folgende Punkte zum Inhalt: Eröffnung und Begrüßung, Wahl des Versammlungsleiters, Wahl des Schriftführers, Feststellung der Beschlußfähigkeit, Berichterstattung (Vorsitzender, Schatzmeisterin, Landesfrauenbeauftragte), Aussprache, Ehrung verdienstvoller Landsleute, Schlußwort. Ein besonderer Höhepunkt der Versammlung war der Auftritt des Singkreises in der Mittagspause. Von den Liedern der Ost- und Westpreußen sowie alten Heimat- und Volksliedern aus vielen Teilen Deutschlands bis zu Gedichten und kleinen Erzählungen erstreckte sich die Palette. Der Bericht des Vorsitzenden war geprägt von der Würdigung der Mitarbeit aller Landsleute bei der Gestaltung des umfangreichen kulturellen Lebens in den Gruppen. Die Landesgruppe kann stolz auf das Erreichte sein. Im Berichtszeitraum fanden zahlreiche Beratungen, Tagungen, Versammlungen und Veranstaltungen statt. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ muß unbedingt erreichtet werden, das ist man den unzähligen Opfern schuldig. Die Geschichte Ostpreußens ist unumwunden mit der Geschichte Deutschlands und Europas verbunden. Die Berichterstattung der Schatzmeisterin legte Zeugnis für eine ordentliche Finanzpolitik ab. Die Ausführungen der Landesbeauftragten für Frauenarbeit in den Gruppen bewies, daß die ostpreußische Kultur lebt. In seinem Schlußwort brachte Lm. Trimkowski zum Ausdruck, daß die Heimatvertriebenen immer ein Aktivposten der Gesellschaft sein werden. Er wünschte allen Mitgliedern Gesundheit, Wohlergehen und vielfältige Arbeitserfolge in den Gruppen. Zum Abschluß wünschte er allen Anwesenden zum Jahresende gesunde Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2008.

Aschersleben – Mittwoch, 28. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 30. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum vorweihnachtlichen Bastelnachmittag in der „VS Gardelegen“.

Magdeburg – Freitag, 23. November, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Schönebeck – Sonnabend, 17. November, 14 Uhr, Treffen zur Totenehrung zum Volkstrauertag am Gedenkstein gegen Vertreibung,

Bad Schwartau – Donnerstag, 29. November, 10.30 Uhr, Fahrt der Gruppe nach Raisdorf in die „Villa Fernsicht“ zum Adventsnachmittag. Die Abfahrt erfolgt ab ZOB Bad Schwartau. Der Preis beträgt einschließlich Fahrt und Festessen (Flugentenbrust mit Apfelrotkohl und Nachspeise), Kaffee, Torte, Weihnachtsstollen und einem Weihnachtsprogramm 28 Euro. Rückfahrt erfolgt gegen 17 Uhr. Baldige Anmeldungen bitte bei Günter Löhmann, Telefon (04 51) 2 38 11, oder Regina Gronau, Telefon (04 51) 2 67 06.

Fehmarn – Freitag, 23. November, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellem Königsberger-Klops-Essen im Hotel Wisser, Burg. Anmeldungen umgehend im Hotel Wisser, Telefon (0 43 71) 31 11, Ilse Meiske, Telefon (0 43 71) 96 76, oder Brigitte Christensen, Telefon (0 43 71) 22 42.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Ründeroth, Telefon (0 22 63) 90 24 40. Geschäftsstelle: Beatrix Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Ründeroth, Telefon / Fax (0 22 63) 90 24 40, Mobiltelefon (01 77) 4 23 37 55, E-Mail: geschaefts-stelle@kreis-gerdauen.de

Wechsel in der Geschäftsstelle – Nach zweijähriger Tätigkeit als Leiterin der Geschäftsstelle gibt Wiebke Hoffmann diese verantwortungsvolle Aufgabe zum 17. November dieses Jahres auf. Mit großem Engagement und viel Herzblut hat sie die Geschäftsstelle seit 2005 geführt und dabei neue Maßstäbe gesetzt. Sie stand den Kreistags- und Vorstandsmitgliedern sowie den übrigen Mitgliedern der Heimatkreisgemeinschaft stets mit Rat und Tat zur Seite und war auch Anlaufstation für manche Anfrage von Interessenten außerhalb unseres Vereins. Für diesen Einsatz, der viel Zeit, Energie und Kraft in Anspruch nahm, sagen wir hiermit ganz herzlich Dankeschön. Eine Nachfolgerin ist bereits gefunden. Ab 17. November wird Beatrix Schumacher die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft leiten. Sie ist postalisch unter folgender Anschrift erreichbar: Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Ründeroth. Per Telefon können Sie die Geschäftsstelle unter Telefon / Fax (0 22 63) 90 24 40 oder Mobil (01 77) 4 23 37 55 erreichen. E-Mails an die Geschäftsstelle richten Sie bitte an geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de. Wir möchten Sie bitten, ab sofort nur noch diese Kontaktdaten bei Anfragen und Hinweisen an die Geschäftsstelle zu nutzen. Auch die Abrechnungen und Belege der Kirchspielvertreter sind ausschließlich an die neue Geschäftsstellen-Adresse zu senden. Für ihre Tätigkeit wünschen wir Frau Schumacher alles Gute und freuen uns auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

30. Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen – Zum vorweihnachtlichen 30. Heimattreffen am Sonnabend, 1. Dezember 2007, laden wir alle Landsleute und auch an Ostpreußen Interessierte in das an der B 191 gelegene Landhotel in Spornitz recht herzlich ein. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 10 bis 15 Uhr statt. Den Landsmann erwartet ein auf diese Jahreszeit ausgerichtetes kulturelles Programm. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die ostpreußische Heimat werden die Vergangenheit gegenwärtig werden lassen. So daß der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon bestimmt beeindruckt sein und gerne wieder zu Nachfolgetreffen kommen werden. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (03 87 26) 8 80 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon / Fax (0 38 71) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.

Gumbinnertreffen in Lüneburg – Die Gumbinner aus Stadt und Land waren der Einladung zum 7. Treffen in Lüneburg gefolgt. Der heimatlich geschmückte Saal füllte sich schnell und Lm. Gauds-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 22

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 21

zuhn konnte die Anwesenden herzlich begrüßen und dankte für ihr Erscheinen. Er übermittelte Grüße von Eva Grumblat, die am Kommen verhindert war. Als Gäste war unter anderem auch Kreisvertreter Eckard Steiner und seine Stellvertreterin Frau Brause, gekommen. Nach dem Lm. Steiner die Anwesenden im Saal begrüßt hatte, berichtete er über seinen letzten Besuch in Gumbinnen, wo er am Stadtfest teilgenommen hatte. So konnte er von vielen positiven Veränderungen und Verbesserungen in der Stadt berichten, die dank des jetzigen umsichtigen und aktiven Bürgermeisters durchgeführt wurden. Das ganze Stadtbild macht einen besseren Eindruck, und es gibt Pläne für den Bau eines Schwimmbades sowie die seit langen Jahren notwendige Errichtung einer Kläranlage. Geplant sind auch Sporteinrichtungen für die Jugend. Die zweibändige Bilddokumentation „Gumbinnen – Stadt und Land" wurde verbilligt angeboten und auch gekauft. Frau Banse konnte von den Arbeiten am großen Wandgemälde in der Friedrichschule berichten. Das Gemälde stellt die Einwanderung der Salzburger vor über 250 Jahren dar, die wegen ihres Glaubens ihre Heimat verlassen mußten und in Ostpreußen, besonders im Raum Gumbinnen, eine neue Heimat fanden und segensreich wirkten. Von den neuen Einwohnern unserer Stadt wurde es sicher aus Unwissenheit übertüncht, bis man merkte, daß es ein Stück Geschichte dieser Stadt darstellt, in der sie nun leben: Flucht, Vertreibung und Neubesiedlung. Erwin Steiner war auch in diesem Jahr mit seiner Frau Galina wieder in Gumbinnen. Er fuhr diesmal mit einem „Taxi-Bus". Die Fahrt war kürzer, und an der Grenze gab es auch keine lange Wartezeit. Auch von ihm gab es positive Berichte über die Entwicklung in unserem Städtchen. Die Neuansiedlung von Betrieben soll nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch der Stadt neuen Aufschwung bringen. Die junge Familie Hertmann bereicherte das Treffen wieder mit Gesang, und die kleine Vanessa trug mit ihrer Mutter Lieder und Spiele vor – in drei Sprachen – ihre Mutter kommt aus Rußland. Wie in den Vorjahren dankte man mit viel Beifall. Ein alter Film über bäuerliches Schaffen und Leben mit Fischfang, Pferden und alten Bräuchen führte in längst vergangene Zeiten und weckte viele Erinnerungen. Günter Gaudszuhn verlas die Anwesenheitsliste, und stellte fest, daß 41 Gumbinner am Treffen teilnahmen. Der Tag klang mit einem Lied, mit dem Dank an Frau Hirsch und Herrn Marchel für die gute Mitarbeit und tatkräftige Hilfe aus. Beim Treffen am 19. April 2008 in Lüneburg versprach man wieder dabei zu sein.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

Königsberger Treffen in Hamburg – „Die wichtigste Stunde ist immer die Gegenwart, der bedeutenste Menschen immer der, der gerade gegenübersteht und wichtigstes Werk immer die Liebe." Ausnahmsweise stammt dieses Zitat nicht von Immanuel Kant, sondern von dem Dominikaner Meister Eckhart (1260–1327). Dieser Spruch „empfing" die Königsberger beim Betreten des Logenhauses zu den Mozartsälen in Hamburg. Auf der gut besuchten Veranstaltung blieb an beiden Tagen noch genügend Zeit zum Plachandern. Nach der Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden der Königsbergergruppe in Hamburg, H.-J. Heinrich, erfreute die Volkstanzgruppe „Wandersleben" aus Thüringen mit ihrem bunten Programm aus ostpreußischen Volkstänzen, Vorträgen und Gesang. Zum Abschluß wurden wir mit einem Menuettanz in alten Kostümen aus der Zeit des Barocks an den Königsberger Hof versetzt, das Publikum war hellauf begeistert. Nach der Kaffeepause erfreuten Ruth Geede und Arno Surminski mit ihren Lesungen. Gespannt lauschten alle ihren Worten. Der Sonntag begann mit den Grußworten von Dr. Neumann v. Meding und dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg. Christel Neumann trug ein Gedicht von Agnes Miegel und von Herrn Rommeiß vor, umrahmt von einer musikalischen Darbietung eines jungen Pianisten. Pastor Peter Voß ehrte in seinem geistlichen Wort die Toten und ging auf die Heimat ein. Die anschließende Festrede hielt Lorenz Grimoni zum Thema „Königsberg – Kaliningrad". Er berichtete auch über seine kürzliche Reise zusammen mit anderen Stadtvertretern nach Königsberg – über den Wandel und Fortschritt der Stadt. Als abschließender Höhepunkt sang der Königsberger Domchor bekannte deutsche und russische Weisen. Sie begangen mit dem ersten Vers des Ostpreußenliedes, feinfühlig und getragen, wie noch nie empfunden, welches wir dann als Abschluß alle gemeinsam sangen. Mit dem Ablauf des Königsberger Treffens – über 200 Gäste waren erschienen – sind alle mehr als zufrieden. Die Organisatorin Ursula Zimmermann dankt allen Besuchern für ihr Kommen.

Gruppe Süd – Wir Königsberger und alle Ostpreußen vergessen die Toten in unserer Heimat nicht. Da denken wir an unsere Landsleute und Evakuierten und an unsere Angehörige die zwischen 1944 und 1948 in Ostpreußen durch die Hölle mußten und elendig starben. Wir denken an die Geflüchteten in Dänemark und die vielen verstorbenen Kinder und an die in der Ostsee Ertrunkenen. Wir gedenken der vielen 1000 auf den langen Märschen; junge Mädchen und Frauen, die 1945 aus Ostpreußen und dem alten Ostdeutschland in die Sowjetunion verschleppt wurden. Etwa ein Drittel von ihnen ist an Hunger, Seuchen und Hoffnungslosigkeit gestorben. Niemals werden wir unsere tapferen Soldaten vergessen, die für uns Kinder, Mütter, Großeltern bis zuletzt kämpften. Vielen wurde dadurch noch im April / Mai 1945 die Flucht ermöglicht. Wo auch unsere Soldaten starben, wir vergessen sie nicht. Wir gedenken auch unserer Landsleute die nach 1990 in Königsberg am Pregel und Ostpreußen starben und in heimatlicher Erde begraben wurden. Nicht zuletzt gedenken wir der vertriebenen, geflüchteten Landsleute, die in der Bundesrepublik Deutschland ihre Ruhestätte finden mußten. Viele gingen mit tiefem Heimweh nach Ostpreußen von dieser Erde. Doch ihr Glaube war Trost und Wissen – jetzt in die Ewige Heimat zu kommen. Drum schließt die Reih'n, und treu laßt uns sein, im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit. Nähere Auskunft gibt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Rund um die Rastenburg – Sind Sie schon Bezieher des Heimatbriefes „Rund um die Rastenburg"? Zweimal jährlich erscheint das Heft mit Nachrichten und Berichten. Nicht nur das aktuelle „Rund um die Rastenburg" sondern auch ältere Ausgaben sind über die Geschäftsstelle in Wesel zu erhalten. Und auch in dem Bildband von D. B. Wulft – R. Tiesler: „Das war unser Rastenburg" erfahren Sie Wissenswertes über die Stadt und den Landkreis Rastenburg. Erhältlich bei der Geschäftsstelle in Wesel für 20 Euro.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 17. November, 20.10 Uhr, N-TV: Luftkrieg über England.
Sonnabend, 17. November, 23.15 Uhr, NDR: Die Nacht für Walter Kempowski.
Sonntag, 18. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 18. November, 17.30 Uhr, ARD: Leben für Allah – Ferid Heider ist Berlins jüngster Imamn.
Dienstag, 20. November, 20.15 Uhr, ZDF: Die Wehrmacht – Eine Bilanz (2/5).
Dienstag, 20. November, 20.40 Uhr, Arte: Quo vadis Afghanistan?
Mittwoch, 21. November, 22.50 Uhr, WDR: Im Schatten der Blutrache.
Donnerstag, 22. November, 0.00 Uhr, ARD: Ausgelöscht – Bialystok und seine Juden".

Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 27. Januar 2008: Gemeinschaftsausstellung „Landschaften Livlands und der Lüneburger Heide – Der Maler Erwin Wohlfeil" des Ostpreußischen Landesmuseums und der Carl-Schirren-Gesellschaft.
24. November bis 23. Dezember: Sonderausstellung „Mathematik zum Anfassen – In Erinnerung an den Mathematiker David Hilbert (1862–1943)", Eröffnung 23. November, 18 Uhr. Eine interaktive Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Mathematikum Gießen.
Dienstag, 20 November, 14.30 bis 16.30 Uhr: „Weihnachten in Ostpreußen". Marion Junker liest aus ihrem 2006 erschienen Buch. Eintritt: 4 Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck).

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 7 59 95 20, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

»Das alte Ostpreußen«

Lesung mit Arno Surminski

Hamburg – Eine Lesung über „Das alte Ostpreußen – Eine fotografische Reise in die Vergangenheit" mit Arno Surminski findet am Montag, den 10. Dezember, 19.30 Uhr, im Logensaal – Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9-11, 20146 Hamburg statt. Es geschieht nicht alle Tage, das verloren geglaubte Bilder plötzlich auftauchen und eine vergangene Welt mit ihren Denkmälern, Städten, Kirchen, Landschaften und Menschen zeigen. Dieses „Wunder" ist der Provinz Ostpreußen widerfahren. In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. Jahrhunderts angefertigt wurden. Da die Fotographen sich nicht streng an den Auftrag hielten, Kulturdenkmäler abzubilden, sondern auch spielende Kinder und Menschen bei ihrer Alltagsarbeit oder ihren Festen festhielten, entstand ein lebendiges Kaleidoskop jener Zeit. Die schönsten der über 6000 Fotos sind in diesem Band vereinigt. Der in Ostpreußen geborene Schriftsteller Arno Surminski hat dazu erklärende und verbindende Texte geschrieben. Der Autor Arno Surminski, geb. 1934 in Ostpreußen, kam nach der Deportation der Eltern in die Sowjetunion (1945) zu einer Familie in Schleswig-Holstein. Er ist Autor zahlreicher Romane und Erzählungen, Kinder- und Sachbücher, viele über Ostpreußen, das Kriegsende und die Folgen. Im Ellert&Richter Verlag hat er unter anderem an dem Band „Flucht und Vertreibung" mitgearbeitet. 352 Seiten mit 400 Abbildungen. Der Eintritt beträgt 8 Euro und 6 Euro mit Ermäßigung.

Vorverkaufsbüros: Konzertkasse Gerdes, Telefon (040) 45 33 26 oder Kartenhaus, Telefon (0 18 05) 9 69 00 00, Internet: www.logensaal-kammerspiele.de

Seminar »Flucht und Vertreibung«

Hamburg – Der Leidensweg von Millionen Ostpreußen, Pommern oder Schlesiern, die zwischen 1944 und 1947 ihre angestammte Heimat zwangsweise verlassen mußten, wird zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit aus einem neuen Blickwinkel betrachtet. Die große Resonanz auf den ARD-Mehrteiler „Die Flucht" oder die Serie im Massenblatt „Bild" belegen dies. Die Geschichten aus der „kalten Heimat", die bis vor wenigen Jahren in der Öffentlichkeit häufig mit unverhohlenem Argwohn betrachtet wurden, haben plötzlich Hochkonjunktur. Diesem Phänomen soll in dem Seminar „Flucht und Vertreibung" vom 23. bis 25. November 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont nachgegangen werden. Referenten beziehungsweise Vortragende sind Ruth Geede, Anita Motzkus, Herbert Tennigkeit und Klaus D. Voss. Die Seminargebühr beträgt 50 Euro bei freier Unterkunft im Doppelzimmer und Vollverpflegung. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung.

Informationen und Anmeldeunterlagen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: petereit@ostpreussen.de

Ostpreußisches Sommerfest 2008

Hamburg – Ihr Ostpreußisches Sommerfest feiert die Landsmannschaft Ostpreußen am 2. August 2008 wieder in Ostpreußen. Der Ort wird noch rechtzeitig bekanntgegeben. Die Kreisgemeinschaften werden gebeten, diesen Termin bei ihren Reisen nach Ostpreußen zu berücksichtigen.

KPD und NSDAP zogen die Fäden

Vor 75 Jahren läutete der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft Weimars Ende ein

Von Klaus Rainer Röhl

Es ist Streik in Berlin. Fast Generalstreik. Der Verkehr in der Hauptstadt ist lahmgelegt. Kommunisten und SA-Leute führen den Verkehrsstreik an. Zwei Tage vor der Reichstagswahl am Sonntag. Niemand ahnt, daß es die letzten freien Wahlen in dieser Republik sein werden.

Seit Wochen schon standen die Zeichen bei den Berliner Verkehrsbetrieben auf Sturm. Die Ankündigung einer Lohnsenkung um 23 Pfennig, eine Maßnahme, welche die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) aufgrund der miserablen Finanzlage der Gesellschaft beschlossen hatte, hatte bei den 22 000 Schaffnern, Fahrern und Depotarbeitern der BVG helle Empörung ausgelöst.

Die Kommunisten gaben die Parole aus „Keinen Pfennig Lohnraub bei der BVG!“ Die Parole wurde wortgleich von Goebbels übernommen.

Einen Streik bei der BVG auszulösen, war das Ziel, das der Berliner Kommunistenführer Walter Ulbricht und seine Genossen seit Jahren verfolgten. Die Lahmlegung des Verkehrs – in der Hauptstadt – galt in der kommunistischen Literatur als Vorstufe zum Generalstreik, der dann in eine Revolution übergehen könnte. Die Voraussetzungen schienen diesmal günstig.

Doch hätten die knapp 1400 Kommunisten in der BVG sich wahrscheinlich schwergetan, ihre Kollegen gegen den Willen des „Gesamtverbands“ in einen politisch aussichtslosen Kampf gegen SPD und Gewerkschaft, Staat, Regierung und Polizei zu verwikkeln. Aber den KPD-Funktionären kamen, in letzter Minute, die Nationalsozialisten zu Hilfe. Geführt von ihrem Berliner Gauleiter Josef Goebbels.

Die sozialdemokratische Tageszeitung „Vorwärts“ empört sich über die „Verbrüderung zwischen Nazis und Kozis gegen die Gewerkschaften und Sozialdemokratie“. In der Tat war der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter ein „wilder“ Streik, der von den Gewerkschaften nicht gebilligt, sondern sogar bekämpft wurde.

Am 29. Oktober, so berichten die V-Leute der Berliner Polizei, deren Protokolle heute noch in mehreren Berliner Archiven aufbewahrt werden, „trafen fünf Unterhändler der NSBO (= Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) mit Funktionären der KPD auf einer vorbereitenden Versammlung zusammen, auf der sie ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Streiks erklärten. Einen Tag später fand im Karl-Liebknecht-Haus, der kommunistischen Parteizentrale, eine Besprechung statt, bei der Einzelheiten der Zusammenarbeit festgelegt wurden.“ Man bildete einen sogenannten Einheitsausschuß von 16 Personen, der im Falle eines Streiks sofort als „Zentrale Streikleitung“ fungieren sollte. In diesem 16köpfigen Ausschuß waren die NSBO-Leute mit immerhin vier Mitgliedern vertreten, neben acht Kommunisten, drei Freigewerkschaftlern und einer „Hausfrau“.

Im September 1932 waren bei der BVG schon die ersten Nationalsozialisten in die „Einheitsausschüsse“ gewählt worden. Das ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte: Es sind ja die Einheitsausschüsse der „Antifaschistischen Front“, die 1932 überall in Deutschland den Kampf gegen den Faschismus organisieren sollen. Aber das ist nur scheinbar ein Widerspruch. Unter Faschismus verstand die damalige KP-Führung nämlich, getreu der neuesten „Generallinie“ Moskaus, vor allem die SPD, die „Sozialfaschisten“. Da konnten auch Nazis Bündnispartner in der „Zentralen Streikleitung“ werden.



Notverkehr der BVG: Mit Polizeigewalt wird er gegen militante Streiksympathisanten verteidigt. Foto: DHM

Nachdem das seltsame Bündnis einmal geschlossen ist, überstürzen sich die Ereignisse. Die Urabstimmung am 2. November ergibt eine Mehrheit von nur 62 Prozent für Streik. Zu wenig. Die Gewerkschaft erklärt die Mehrheit für verfehlt, aber die Kommunisten zögern keine Minute: Noch sind nicht alle Bahnhöfe ausgezählt, da erklärt der kommunistische Betriebsrat Otto Schmirgal auf einer Versammlung, daß sich 83 Prozent der Belegschaft für den Streik ausgesprochen hätten und dieser somit beschlossen sei: „Keine einzige Karre darf am 3.11. früh mehr ausfahren. Ab halb 4 Uhr früh sind alle Bahnhöfe und Depots mit Posten zu besetzen ...“

> »Verbrüderung zwischen Nazis und Kozis gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie« (»Vorwärts«)

Nach dieser Eröffnung liest der rote Betriebsrat sogleich die Namen der Mitglieder der Streikleitung vor, deren „Anweisungen unbedingt Folge zu leisten“ sei. Unter den Genannten sind auch fünf Mitglieder der NSDAP. Eine Wahl der Streikleitung findet nicht statt. Warum auch? Die Streikvorbereitungen laufen bereits auf vollen Touren.

Spät am Abend vergattert Walter Ulbricht im Karl-Liebknecht-Haus noch einmal seine Genossen. Am gleichen Abend spricht Hitler im überfüllten Sportpalast. Die Rede wird in vier weitere Säle übertragen, darunter in die „Kammersäle“, wo 4000 zum Teil uniformierte BVG-Arbeiter nach der Führerrede die Teilnahme am Streik „beschließen“. Die Schlacht kann beginnen. Nur die SPD ist ahnungslos. Am nächsten Morgen, als der Verkehr der Reichshauptstadt bereits restlos stillgelegt ist, macht die sozialdemokratische Tageszeitung „Vorwärts“ mit der Schlagzeile auf: „Keine Streikmehrheit bei der BVG!“

Die Berliner stellen sich auf den Streik ein. Man zeigt sogar eine gewisse Sympathie für die Streikenden, schlägt sich irgendwie durch zu einer Station der S-Bahn. Berlin läßt sich nicht aus der Ruhe bringen.

Auch die Reichsregierung bleibt gelassen. Reichsminister Dr. Bracht hielt den Streik für eine Kraftprobe der KPD. Die Parteizeitung „Rote Fahne“ wurde bis zum 12. November verboten. Offensichtlich arbeiteten die Kommunisten auf einen Generalstreik hin. Der Reichsminister des Inneren berichtete, daß die Nationalsozialisten stimmungsmäßig Unruhen nach dem 6. November vorbereiteten, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit den Kommunisten.

Fünf Tage dauert der Streik. Nur wenige Wagen verließen die Bahnhöfe und Depots, bemannt mit gewerkschaftstreuen Schaffnern und begleitet von Polizisten, die den Befehl hatten, bei jedem Angriff sofort zu schießen. Doch gewinnen konnten die Streikenden den ungleichen Kampf nur, wenn es ihnen gelang, den Notverkehr, den die Berliner Verkehrsgesellschaft aufzubauen suchte, zu verhindern. Das aber ging nur mit Gewalt.

„Massenstreikschutz“ nannte man das damals. Dazu mobilisieren beide totalitären Parteien Zehntausende ihrer Anhänger: Arbeitslose und vor allem die Mitglieder der militanten, paramilitärischen Schlägertrupps, die Mitglieder des (verbotenen) Roten Frontkämpferbunds, den kommunistischen MSS (Massenselbstschutz) sowie die SA und SS. Barrikaden werden gebaut, Schienen blokkiert, Straßen aufgerissen, um die Omnibusse und Straßenbahnen anzuhalten. Halten sie, geht Steinhagel auf sie nieder, Oberleitungen werden herausgerissen, Schaffner aus dem Wagen gezerrt und verprügelt. Dann greift die Polizei ein, und weil 1932 verschärfte Republikschutz-Gesetze gegen Gewalttäter gelten und Wasserwerfer damals unbekannt sind, schießt sie auch in die Menge, als diese beginnt, Straßenbahnwagen zu demolieren und auch auf mehrfache Anweisung nicht auseinandergeht. Pistolenschüsse fallen. Vier Menschen werden am „blutigen Freitag“ von der Polizei erschossen, darunter eine unbeteiligte Rentnerin.

Die Kommunisten nennen den Tag später den „Roten Freitag“. Doch bei den Steineschlachten tut sich besonders die SA hervor, die Kampfverbände der Kommunisten halten sich auffällig zurück. Zwei Tage dauert die Schlacht auf den Straßen. Aber auch am dritten und vierten Tag hält die Streikfront. Kaum ein Bus, fast keine Straßenbahn verläßt die Depots. Die Gegenmaßnahmen bleiben wirkungslos. Der Notverkehr muß eingestellt werden. Die Verbindungen der Zentralen Streikleitung zu den einzelnen Bahnhöfen reißen zwar ab, nachdem einige Funktionäre und Kuriere festgenommen worden sind und die Streikleitung aus Furcht vor einer Verhaftung untergetaucht ist. Aber die örtlichen Streikkomitees an den Bahnhöfen und Depots halten die Streikenden zusammen.

Bis zum Abend der Reichstagswahl vom 6. November, die der KPD hohe Stimmengewinne bringt. In Berlin ist sie sogar zur stärksten Partei geworden. Die NSDAP hat, als Ergebnis ihrer Beteiligung am Streik, in den Arbeitervierteln von Berlin kaum Stimmen verloren. Sie bleibt die stärkste Partei, ohne die bald keine Regierungsbildung mehr möglich sein wird.

> Der Streik führte indirekt zum Wechsel in der Kanzlerschaft von Franz von Papen zu Kurt von Schleicher

Am Montag nach der Wahl zeigten die ungleichen Bündnispartner kein Interesse mehr am BVG-Streik. Beiden Seiten ging es jetzt nur noch darum, der anderen den Schwarzen Peter des Streikbruchs zuzuschieben. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation beendet den Streik offiziell erst Dienstag. Die Titelzeilen der NSDAP-Zeitung des Gaues Berlin „Der Angriff“ lauten an diesem Tag: „Kommunisten würgen BVG-Streik ab. Wie die deutsche Arbeiterschaft vom Marxismus verraten wird.“

Man begräbt seine Toten, ehrt die Märtyrer.

Am 11. November trägt Goebbels in sein Tagebuch ein: „In Schöneberg tragen wir den SA-Mann Reppich, der während des Streiks erschossen wurde, zu Grabe. 40 000 Menschen geben ihm das Geleit. Er wird zur Ruhe gebettet wie ein Fürst. Über dem Friedhof kreisen Flugzeuge mit umflorten Hakenkreuzwimpeln, als wollten sie dem Toten die letzten Abschiedsgrüße zurufen. Die SA-Leute sind tief ergriffen.“

Der Berliner Verkehr läuft ab Dienstag, 8. November 1932, wieder normal.

Am 18. November aber lud das Reichswehrministerium die Wehrkreise zu einem „Planspiel“ ein, das am 25. und 26. November unter Leitung des Chefs der Wehrmachtsabteilung, Oberst Eugen Ott, durchgeführt wurde. Dieses Planspiel ging, ausdrücklich unter Bezugnahme auf den BVG-Streik, von der Voraussetzung aus, daß „die KPD und die Freien Gewerkschaften eine starke Aktivität für einen Generalstreik entfalten würden und daß Teile der SA und der nationalsozialistisch orientierten Arbeiterschaft sich anschließen würden“.

Das „Planspiel Ott“ kam zu dem Ergebnis, daß die Reichswehr nicht in der Lage sein werde, unter den angenommenen Umständen die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Dieses Ergebnis ließ Reichswehrminister General von Schleicher in der Kabinettssitzung vom 2. Dezember 1932 durch Oberst Ott vortragen. Die Vorlage dieses Planspiels war der letzte Anlaß für den Kanzler von Papen, umgehend seinen Rücktritt zu erklären und damit den Weg frei zu machen für eine neue Regierung unter General von Schleicher, der ein letztes Mal versuchte, eine Regierung ohne Hitler zu führen.

Am 3. Dezember 1932 um 12.45 Uhr trat das Kabinett von Schleicher zum ersten Mal zusammen. Es regierte noch 57 Tage. Dann kam Hitler.

Luftschiff L 59 bricht Weltrekord

Von Hans Lody

Im Ersten Weltkrieg leisteten die Schutztruppen in Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, bis zum Kriegsende 1918 erfolgreichen Widerstand gegen die feindliche Übermacht. Das war einerseits möglich, weil der Kommandant, General Lettow-Vorbeck, entschlossen war, solange wie nur irgend möglich zu kämpfen und dabei sehr phantasievoll zu Werke ging. Der Widerstand der wenigen weißen Schutzsoldaten wäre allerdings sicherlich bald zusammen gebrochen, wenn nicht – und das ist der andere Grund – eine immer größere Anzahl von Schwarzen bereit gewesen wäre, auf deutscher Seite den Kampf zu führen. Das kam daher, daß die deutsche Kolonialherrschaft im Land ausgesprochen populär war. Zunächst war der Sklavenhandel arabischer Händler unterbunden worden, die immer wieder Dörfer überfallen hatten und die Bewohner in die Sklaverei verschleppt hatten, andererseits brachte die deutsche Kolonialverwaltung eine Menge Investitionen ins Land. Die jungen Landesbewohner lernten das erste Mal in ihrem Leben eine Schule kennen und die Kolonialverwaltung baute eine Eisenbahnlinie – es ist bis heute die einzige des Landes. Die schwarzen Landesbewohner wollten auf gar keinen Fall unter britische oder französische Herrschaft geraten. Mit zunehmender Dauer trugen die schwarzen Askarikrieger eine immer größere Last bei den Kämpfen gegen die fremden Eindringlinge.

1917 dachte daher die deutsche Oberste Heeresleitung darüber nach, ob es möglich wäre, Lettow-Vorbeck zu unterstützen. Entsprechende Pläne wurden von einem Oberstabsarzt ausgearbeitet. Ein Zeppelin sollte nach Deutsch-Ostafrika entsendet werden, um die Schutztruppe mit Nachschub, Waffen und Lebensmitteln zu versorgen. Die Deutschen waren zu jener Zeit führend in der Zeppelintechnologie und ihre Luftschiffe wurden immer leistungsfähiger. Das im Bau befindliche Marineluftschiff L 59 wurde um zwei weitere Gaszellen erweitert, so daß es eine Länge von 226,5 Meter maß. Bei einer Geschwindigkeit von 70 Stundenkilometern erreichte es eine Steighöhe von 8200 Metern. Damit konnten die damaligen Jagdflugzeuge es nicht mehr erreichen. 50 Tonnen Nutzlast vom Maschinengewehr über Munition bis zu Arzneimitteln wurden geladen. Für die Fahrt mußten 21 800 Liter Treibstoff und 1525 Liter Schmieröl geladen werden.

6757 Kilometer war L 59 unterwegs

Am 21. November 1917 um 5 Uhr morgens startet L 59 unter Führung von Kapitänleutnant Bockholdt von der bulgarischen Zeppelinstation Jambol aus zu seinem Flug nach Deutsch-Ostafrika. Das Luftschiff überstand ein schweres Gewitter am nächsten Tag über dem Mittelmeer unbeschadet. Über dem afrikanischen Kontinent besserte sich das Wetter, das Luftschiff kam gut voran. Nun griffen die Briten zu einer Kriegslist. Als L 59 über der sudanesischen Hauptstadt Karthum angelangt war, erhielt Kapitänleutnant Bockholdt einen Funkspruch aus der Heimat, der ihn befahl zurückzukehren. Dort war man auf Grund verschiedener Funksprüche und Meldungen zu der fälschlichen Überzeugung gelangt, daß General Lettow-Vorbeck kapituliert habe.

Befehlsgemäß kehrte L 59 um und erreichte nach 96 Stunden wieder seine bulgarische Ausgangsbasis. Das Luftschiff hatte 6757 Kilometer zurückgelegt. Das war damals Weltrekord.

Gefährliche Technik im Kinderzimmer

Immer mehr Technik im Kinderzimmer sorgt für eine wachsende Strahlenbelastung. Nicht nur Mobilfunkanlagen, sondern auch viele Geräte des alltäglichen Gebrauchs erzeugten schwache elektrische und magnetische Felder und sendeten ununterbrochen ihre Strahlen aus, betonen die Gesundheitsexperten der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Das berge gesundheitliche Risiken: Fachleute befürchteten, daß eine dauerhafte Belastung Leukämie auslösen könne. Kinder und Jugendliche seien bereits gefährdet, wenn die Geräte in einem Radius von bis zu 30 Zentimetern auf sie einwirkten. Eine Dauerstrahlung sollte deshalb vermieden werden, raten die Verbraucherschützer. Am besten halte man die Zahl der elektrischen Apparate im Kinderzimmer möglichst klein, schalte sie nach dem Gebrauch immer aus und ziehe, wenn möglich, auch den Netzstecker. So sollte beispielsweise ein Babyphon stets abgeschaltet sein, wenn man es nicht verwendet. Die Experten der Verbraucherzentrale empfehlen außerdem, das Gerät mindestens eineinhalb Meter vom Bett entfernt aufzustellen. Im Bett habe es auf gar keinen Fall etwas zu suchen. Empfehlenswert seien Babyphone mit Funkwellen ohne Reichweitenkontrolle oder Geräte mit Netzanschluß. Von einem ausreichenden Gesundheitsschutz könne man auch bei Produkten mit dem Siegel „Blauer Engel" ausgehen.

Auch im ausgeschalteten Zustand erzeugen die Transformatoren in Modelleisenbahn-Anlagen, Handy-Ladegeräten oder Halogen-Schreibtischleuchten magnetische Felder. Man sollte deshalb immer den Stecker ziehen, teilen die Verbraucherschützer mit. Programmierungen gehen dabei allerdings verloren. *ddp*

Tragisch und auch gefährlich

Die Nase ist nicht nur zum Riechen da – Der Geruchssinn ist wichtiger als man glaubt

Von R. Kappler



Nicht nur für Weinprüfer wichtig: ein guter Geruchssinn Foto: ddp

Regelmäßig sucht Deutschland „den" Superstar, nichtahnend, daß die Nation schon längst mit Peter Grünberg und Gerhard Ertl über mindestens zwei echte Superstars verfügte. Vielleicht genügte der leider nur kurz aufgeflammte Medienrummel um die beiden deutschen Nobelpreisträger für Physik und Chemie 2007 ja, um deutlich zu machen, daß wahre Superstars an ihrem Nutzen für die Menschheit und nicht an ihren narzisstischen Selbstbedürfnissen zu messen sind. Und vielleicht machte die Nobel-Auszeichnung für Wissenschaftler deutlich, daß Grundlagenforschung nie und nimmer Forschung zum Selbstzweck ist, sondern in aller Regel – wenn auch manchmal erst nach Jahrzehnten – zu Lebensverbesserungen und gesellschaftlichen Veränderungen führt. Deshalb ist Grundlagenforschung von so immenser Bedeutung, auch wenn einzelne Forschungsprojekte beim Einzelnen oder eher ein Stirnrunzeln hervorrufen.

Wenn nachfolgend davon berichtet wird, daß Trese Leinders-Zufall, Professorin am Physiologischen Institut des Universitätsklinikums des Saarlandes, gemeinsam mit deutschen und amerikanischen Kollegen fünf Jahre lang brauchte, um herauszufinden, daß Mäuse eine spezielle Art von Riechzellen benutzen, um bestimmte Peptid-Hormone wahrzunehmen, die für die Regulation des Salzhaushaltes und damit für die Flüssigkeitsbalance, im Körper wichtig sind, dann klingt das für den Normalbürger zunächst nicht sonderlich spannend. Wenn man ihm aber erzählt, daß der Geruchssinn nicht nur einer der kompliziertesten Sinne überhaupt, sondern enorm wichtig für die Suche von Nahrung und ihrer Qualitätsbeurteilung ist, daß Menschen für den Aufbau eines sozialen Umfeldes und bei der Partnerwahl die Nase gebrauchen, daß gutes Riechen feindselige Absichten verrät und Gefahren erkennen läßt, dann wird die Sache schon spannender.

Der Ausfall des Geruchssinnes ist für Betroffene tragisch: Wein schmeckt plötzlich wie Wasser und überhaupt werden unterschiedliche Geschmacksnuancen nicht mehr erkannt. Schlimmer noch, der Verlust des Riechens führt eventuell zum Arbeitsplatzverlust, weil Betroffene nicht mehr in der Lage sind, mögliche Gefahrenstoffe zu erkennen. Inzwischen gibt es auch Hinweise darauf, daß die Entwicklung verschiedener Krankheiten wie Alzheimer und Parkinson mit dem Verlust des Geruchssinnes einhergehen, so daß Riechtests Aussagen zum Fortschreiten der Erkrankung zulassen.

Mäuse brachten Wissenschaftler auf die Spur

Erst vor drei Jahren haben Richard Axel und Linda Buck den Medizin-Nobelpreis für die Enträtselung des Geruchssinnes erhalten. Was Prof. Leinders-Zufall vorwiegend mit ihrem Kollegen Steven Munger von der Universität in Maryland entdeckte, kann als „Nase in der Nase", also als weiterführendes Riechsystem bezeichnet werden. Gemeint ist damit eine bestimmte Sorte von Riechzellen (GC-D Zellen) die nur in einem äußerst geringen Prozentsatz in der Riechschleimhaut vorhanden sind. Bislang war unbekannt, ob diese Zellen generell – zumindest bei Mäusen – vorhanden sind und auf welche Stoffe sie ansprachen. In langwierigen Untersuchungen haben die Forscher aus Homburg, München, Baltimore und Dallas entdeckt, daß GC-D Nervenzellen auf die Peptid-Hormone Uroguanylin und Guanylin ansprechen. „Genetisch veränderte Mäuse, denen die GC-D Proteine in den Zellen fehlten, waren quasi blind für diese Stoffe", sagt Leinders-Zufall. Beide Peptid-Hormone finden sich im Urin.

„Urin", so sagen die Forscher, „enthält eine reichhaltige Mischung an Stoffen, die Informationen über Geschlecht, genetische Ausstattung und Gesundheitszustand riechbar machen." So sind die beiden genannten Peptid-Hormone an der Regulation des Salz- und Wasserhaushaltes beteiligt. Die Forscher vermuten, daß über dieses Geruchssystem die Tiere merken, wann es Zeit zum Trinken oder zur Nahrungsaufnahme wird.

Ob Menschen über ein gleiches System verfügen ist bislang nicht geklärt. Wenn ja könnte dies zum Beispiel erklären, warum ältere und demente Menschen das Trinken vergessen und appetitloser sind. Im Verlaufe ihrer Forschung ist es den Wissenschaftlern gelungen, eine neue Fluoreszenztechnik zu entwickeln, mit deren Hilfe GC-D Neuronen angefärbt und sichtbar gemacht werden können. Das Vorhaben hat aber auch weitere grundlegende Fragen aufgeworfen. So diejenige, warum ein bestimmter Baustein eines Kanalproteins in der Membran der GC-D Zellen ansonsten nur noch in Sehzellen vorkommt.

Weithin unbekannt und meist unerkannt

Lungenhochdruck – eine heimtückische, inzwischen aber heilbare Krankheit

Von H.-J. Mahlitz

Anita D. (Name von der Redaktion geändert), Krankenschwester, stets auf eine gesunde Lebensweise bedacht und immer „kerngesund", wird mit 27 Jahren schwanger. Nach der Geburt leidet sie immer intensiver unter Erschöpfung und Atemnot bei der geringsten körperlichen Belastung. Postnatale Erschöpfungsdepression, so die verhängnisvolle Fehldiagnose. Um die vermeintliche Depression zu überwinden, geht die junge Mutter nach einem Jahr Erziehungsurlaub wieder arbeiten. Am vierten Arbeitstag bricht sie zusammen, drei Wochen später ist sie tot.

Anita D. litt und starb an einer Krankheit, die in Deutschland kaum jemand kennt – und die auch kaum ein Arzt rechtzeitig erkennt: pulmonale Hypertonie (PH), Lungenhochdruck. Die ersten Symptome – Luftnot bei Belastung, chronische Müdigkeit, Reizhusten – werden meist anderen Lungen- oder Herz-Kreislauferkrankungen zugeordnet. So werden Patienten oft jahrelang wegen Asthma behandelt, bis endlich die richtige Diagnose gestellt wird. Allzu oft zu spät:

Noch vor einem Jahrzehnt lag die durchschnittliche Lebenserwartung eines PH-Patienten bei 2,8 Jahren; die Diagnose Lungenhochdruck kam einem Todesurteil gleich. Einem breiteren Publikum – und auch einem nicht unerheblichen Teil der Ärzteschaft – ist der Begriff Hypertonie nur im Zusammenhang mit dem Blutdruck geläufig. Hier gilt die Faustregel: der obere (systolische) Wert sollte bei 120 Millimeter Quecksilber (mmHg) liegen, der untere (diastolische) bei 80.

Doch neben diesem allgemeinen Kreislauf, der den ganzen Körper über das Blut mit Sauerstoff und lebenswichtigen Nährstoffen versorgt und zugleich Stoffwechselprodukte abtransportiert, zirkuliert im menschlichen Organismus ein zweiter, interner Blutkreislauf. Es handelt sich um den Lungenkreislauf, der bei 20 bis 30 Prozent des allgemeinen Blutkreislaufs arbeitet und die eigentliche Lebensader darstellt. Hier nämlich findet der Gasaustausch statt; die rechte Herzhälfte pumpt verbrauchtes,

Lungenkreislauf stellt die eigentliche Lebensader dar

sauerstoffarmes Blut in die feinen Kapillargefäße der Lunge. In einem hochkomplizierten Vorgang wird das Blut mit Sauerstoff aus der Atemluft angereichert, zugleich wird das bei Verbrennungsprozessen im Körper entstandene Kohlendioxid dem Blut entzogen und ausgeatmet. Die linke Herzhälfte pumpt das „frische" Blut über die Aorta wieder in den allgemeinen Kreislauf. Die Kapillargefäße der Lunge sind äußerst sensibel und vertragen nicht mehr als 20 bis 30 mmHg Druck, der nur bei Belastung kurzzeitig und geringfügig überschritten werden sollte.

Im Ruhezustand läßt das Herz vier bis fünf Liter Blut pro Minute durch die Lungenkapillare fließen. Wird dem Körper mehr Leistung abverlangt, kann die Durchflußmenge auf bis zu 20 Liter steigen, bei austrainierten Sportlern sogar auf 40 Liter. Gesteuert wird die Durchflußmenge unter anderem durch Verengung oder Erweiterung der Arterien. Die Muskulatur in den Gefäßwänden erhält die entsprechenden Befehle durch sogenannte Botenstoffe wie das Hormon Adrenalin.

Anders als die Gefäße des allgemeinen Blutkreislaufs reagieren die Lungenkapillargefäße aber auf erhöhten Druck in äußerst gefährlicher Weise. Liegt der Mitteldruck regelmäßig über 25 mmHg oder steigt er bei Belastung deutlich über 30 mmHg, setzt bald ein verhängnisvoller Umbau der Gefäßwände ein. Der lebenserhaltende Austausch Sauerstoff gegen Kohlendioxid wird zunehmend gestört, die körperliche und bald auch die geistige Leistungsfähigkeit des Patienten sinkt rapide.

Das Teuflische an dieser Krankheit: Sie ist nur schwer und erst in fortgeschrittenem Stadium zu diagnostizieren. Die ersten Symptome können auch auf eine Reihe anderer Erkrankungen hindeuten. Und während der „normale" Blutdruck mit recht einfach zu handhabenden Geräten auch von Laien gemessen werden kann, ist eine Messung des Lungenblutdrucks wesentlich aufwendiger und verlangt spezielle medizinische Fertigkeiten. Dies führt, wie anfangs beschrieben, oft dazu, daß eine zuverlässige Diagnose oft erst vorliegt, wenn der tödliche Verlauf der Krankheit kaum noch aufzuhalten ist.

Ebenso aufwendig wie die Diagnose ist aber auch die Therapie. Erst seit gut einem Jahrzehnt stehen wirkungsvolle Medikamente für die verschiedenen Erscheinungsformen der Krankheit zur Verfügung. Ermöglicht wurde dies, wie Prof. Dr. Wolfgang Kübler (Heidelberg) im Gespräch mit dem Autor betonte, durch Fortschritte bei der Herzkathederdiagnostik, bei Operationen am offenen Herzen, vor allem aber durch neuartige molekular-biologische Untersuchungsmethoden.

Mit entscheidend für einen Erfolg der Therapie – sei es rein medikamentös oder in Kombination mit chirurgischen Eingriffen – ist aber die aktive Mitwirkung des Patienten. Und hier, wie Prof. Dr. Horst Olschewski (Graz) uns gegenüber hervorhob, vor allem die vor elf Jahren von Bruno Kopp gegründete Selbsthilfeorganisation „pulmonale hypertonie e. v." mitsamt ihrer René-Baumgart-Stiftung lobend zu erwähnen. Ihr gehören inzwischen über 1000 Betroffene an, die sich über ein gut organisiertes bundesweites Netzwerk bei der Langzeittherapie unterstützen. Dazu gehört, neben allerlei praktischen Maßnahmen und Informationsangeboten, ganz wesentlich auch die gegenseitige Unterstützung bei der Überwindung der mit dieser heimtückischen Krankheit einhergehenden starken psychischen Belastungen. Zu den Massenkrankheiten zählt der Lungenhochdruck nicht. Seriösen Angaben zufolge hat man von etwa 70 Betroffenen pro einer Million Einwohner zu rechnen; in Deutschland wären das zwischen 5000 und 6000. Wegen der schwierigen Diagnose kann man jedoch mit einer deutlich höheren Dunkelziffer rechnen.

Keine Fernsehgalas und Spenden für die Betroffenen

Dunkelziffer – dieser Begriff ist irgendwie symptomatisch für die Situation der Patienten. Allzu lange mußten sie das Gefühl haben, im Schatten zu stehen, mit ihrem Leiden nicht wahrgenommen oder nicht ernstgenommen zu werden. Für PH-Patienten gibt es keine Fernsehgalas und keine Millionenspenden, sie werden in keine Talkshows eingeladen und kommen in den Massenmedien nicht vor. Um so verdienstvoller ist es, daß Betroffene wie Bruno Kopp ihr Schicksal selbst in die Hand genommen haben, indem sie nicht nur im engeren medizinischen Sinne diese tückische Krankheit besiegten, sondern mit ihrer Selbsthilfeorganisation auch den Weg in die Öffentlichkeit suchten – und fanden.

Ebenso verdienstvoll ist es, daß die wenigen Mediziner, die sich auf diese Krankheit spezialisiert und hier in Forschung und Anwendung inzwischen eine weltweite Spitzenposition erreicht haben, sich engagiert an die Seite des gemeinnützigen Selbsthilfevereins stellen, mit dem sie in der Therapie wie in der Öffentlichkeitsarbeit eng zusammenarbeiten.

Neben den bereits Zitierten sei an dieser Stelle besonders der Direktor der Medizinischen Klinik Gießen, Prof. Dr. Werner Seeger, erwähnt, an dessen Institut zwei der drei in den letzten 15 Jahren weltweit zugelassenen PH-Medikamente entwickelt wurden.

Unbekannt und unerkannt – unbekannt in der Öffentlichkeit und unerkannt von vielen Ärzten, das galt noch vor wenigen Jahren generell für die pulmonale Hypertonie, den Lungenhochdruck. Es wurde höchste Zeit, daß sich dies gründlich ändert.

Schauprozeß

Betr.: „Anecken war seine Leidenschaft“ (Nr. 41)

Wie frei ist die Rede in Deutschland? Dazu äußerte sich der kürzlich verstorbene Schriftsteller Walter Kempowski: „Ich bin konservativ und liberal, und das darf man in Deutschland nicht sein. Man darf ja auch heute nicht seine Meinung sagen in Deutschland. Versuchen Sie das doch mal! Ein Schritt vom Wege, und Sie sind erledigt.“

Der Fall Eva Herman hat diese Feststellung in eindrucksvoller Weise bestätigt. Die eingeschränkte Meinungsfreiheit in Deutschland führt zum Opportunismus und zur Heuchelei in vielen Berufsgruppen. Mit welchem Recht fordert ein TV-Talker von Frau Herman, sie solle sich vom Teufel distanzieren? Gäbe es noch die Hexenverbrennung, so hätte der Inquisitor B. Kerner die Delinquentin am liebsten sofort ins Fegefeuer geworfen. Das Rufmordritual war vorbereitet und vollzog sich mit einer gewissen Präzision mit Hilfe der ausgewählten Gäste. Das „Tribunal des Fernsehgerichtshofes“ hatte sein Urteil schon vor Beginn der Verhandlung gefällt, ähnlich wie bei stalinistischen Schauprozessen. Das Beschämende bei allem ist auch der Umstand, daß bis heute kein „Aufstand der Anständigen“ aus den Reihen der CDU-, CSU- oder FDP-Politiker erfolgte. Vor wem haben sie Angst? Viele wissen es, aber keiner darf es sagen. Die öffentliche Eva-Herman-Schlachtung hat das Volk aufgerüttelt und zu 100 000fachen Protest in Anrufen, per Internet, Briefen usw. veranlaßt. Und dies ist ein gutes Zeichen. Apropos: Wo bleibt das so hochgepriesene Antidiskriminierungsgesetz im Fall von Eva Herman? **Eckhard Zielinski, Berlin**



Herrschaftliche Hochzeit 1938: Das Brautpaar Kyra und Prinz Louis Ferdinand mit Kronprinzessin Cecilie (v.l.n.r.), Wilhelm II., Kaiserin Hermine und Kronprinz Friedrich Wilhelm. Foto: BpK

Neutraler Name

Betr.: „Streit um Flughafen-Namen“ (Nr. 43)

Zwar wird es noch lange dauern, bis der Flughafen Schönefeld ausgebaut ist, gerade ist wieder eine Verzögerung durch eine neue Teil-Ausschreibung eingetreten, aber die SPD ist schon heute bemüht, einen der ihren, Willy Brandt, zum Namensgeber des Flughafens zu erheben. Ich meine, daß wir uns dagegen wehren sollten. Dieser Zentralflughafen der Hauptstadt sollte einen Namen tragen, der über den Parteien steht. **Hans-Werner Jürgensen, Berlin**

Wahlgeschenke

Betr.: „Leistungswillige brüskiert“ (Nr. 43)

Angesichts der sich im Sinkflug befindlichen Umfragewerte seiner Partei und des eigenen Popularitätsverlustes mußte sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck etwas Bahnbrechendes einfallen lassen, um sich und seine Partei beim Stimmvolk wieder beliebt zu machen. Nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz vom vergangenen Jahr?“ setzt er auf dem SPD-Parteitag einen Beschluß für die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I durch. Nun steht er da wie Phönix aus der Asche, und die SPD legt nach den angekündigten Wahlgeschenken durch diesen Linksrutsch in der Wählergunst zu, wie die neuesten Umfragen belegen. Der demokratische Sozialismus erlebt eine Wiedergeburt. Die aufmerksamen Wähler hören und verstehen die Signale ... **Margrit Ruppenstein, Norderstedt**

Kein Thron für Kronprinz Louis Ferdinand

Betr.: „Ohne Revolution wäre er Kaiser geworden“ (Nr. 44)

Der Beitrag stellt eine sehr sachliche und gelungene Würdigung der Person des Prinzen Louis Ferdinand dar, den meine Frau und ich persönlich gut kannten und mit dem wir einige Abende zusammen am Kamin auf der Burg Hohenzollern verbrachten.

Leider ist aber Ihnen der Fehler unterlaufen, der immer wieder Eingang in die Medien findet: Natürlich wäre der Chef des Hauses Hohenzollern in seiner Eigenschaft als Kronprätendent Deutscher Kaiser und König von Preußen gewesen, wäre Deutschland nach 1918 weiterhin Monarchie geblieben. Dabei wird aber oft übersehen, daß Prinz Louis Ferdinand nur der zweite Sohn des Kronprinzen war, was Sie in Ihrem Beitrag jedoch richtig erwähnten. Der ältere Bruder nämlich, Prinz Wilhelm, mußte infolge einer nicht standesgemäßen Ehe 1933 auf seine Thronrechte verzichten, so daß Prinz Louis Ferdinand potentieller Nachfolger wurde. Prinz Wilhelm fiel dann 1940 im Frankreich-Feldzug.

Hätte die deutsche Monarchie das Jahr 1918 jedoch überlebt, so wäre nach einem möglichen Thronverzicht Wilhelms II. und eventuell auch des Kronprinzen dessen ältester Sohn, eben Prinz Wilhelm, Deutscher Kaiser und preußischer König geworden. Er wäre dann vermutlich eine standesgemäße Ehe eingegangen und hätte – ohne den Zweiten Weltkrieg – wahrscheinlich auch das Jahr 1940 überlebt.

Prinz Louis Ferdinand wäre (als Chef des Hauses Hohenzollern nach dem Tode des Kronprinzen im Jahre 1951 – wie im Artikel korrekt dargestellt) nur dann Kaiser und König geworden, wenn man nach dem Zweiten Weltkrieg die Monarchie wiedereingeführt hätte, was aber aufgrund der Zersplitterung Deutschlands eine Utopie darstellte. **Wolfgang Reith, Neuss**

Nichts auf der Welt erlaubt Vertreibung und Mord

Betr.: „Merkel kam nicht auf den Punkt“ (Nr. 43)

Schon daß die Union aus dem Zentrum gegen Vertreibungen ein „sichtbares Zeichen“ machte oder machen ließ, zeigt ihre Schwäche und auch, daß sie nicht wirklich hinter dem Anliegen steht, das Unrecht der Vertreibungen der Deutschen und die Aufdeckung der an ihnen begangenen Verbrechen aufzudecken, die ja auch in ein Zentrum gegen Vertreibungen gehören und sicher auch ein sichtbares Zeichen wären.

Bevor man über das Unrecht von Vertreibungen spricht, müssen doch erst einmal alle Fakten bekannt sein, und dieses Wissen fehlt der deutschen breiten Öffentlichkeit weitgehend, weil Politik und Einheitsmedien bemüht waren und sind, das an Deutschen begangene Unrecht und die an ihnen begangenen Gewalttaten sozusagen „unter dem Deckel zu halten“. Begründungen dafür hat diese Clique der Geschichtsverfälscher immer zu Hand.

Aber nichts auf der Welt gibt das Recht zu Vertreibungen, nichts auf der Welt erlaubt oder rechtfertigt das Umbringen von Mitmenschen, Babys, Kindern, Frauen und Männern wie Greisen. Alle Opfer von Gewalttaten haben Trauer und Gedenken verdient. Und darum ist es auch eine Schande für unseren Staat, daß wir keine zentralen Gedenkstätten für die Opfer der Vertreibungen, der Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung, der Gewalttaten der Sieger und der Opfern unter den Kriegsgefangenen haben.

Und darum brauchen wir auch ein Zentrum gegen Vertreibungen unter aktiver und mitverantwortlicher Beteiligung des Bundes der Vertriebenen, damit endlich das Lügen, Verleugnen und Verschweigen ein Ende findet und allen Opfern von Gewalt das angemessene Gedenken zu Teil wird. **Marianne Künzel, Hannover**

Ein »Akt der Unvernunft und der Provokation«

Betr.: „Benesch bewegt Bratislava und Budapest“ (Nr. 41)

Über die Verharmlosung der Rolle Beneschs bei der Vertreibung und bei den Verbrechen an den Sudetendeutschen in Ihrem Artikel durch die kommentarlose Übernahme der Thesen des tschechischen Historikers Kuklik muß man sich sehr wundern. Die kaum ernst gemeinte Idee, nach dem Krieg einige kleine Grenzgebiete an Deutschland abzutreten, wurde in Washington nur ins Gespräch gebracht, um das Vorhaben, die Deutschen zu vertreiben, überhaupt ins Gespräch zu bringen. Schon kurz darauf bei dem Treffen mit Stalin war dieser Gedanke schon wieder vergessen. Mit der Aussage, Benesch habe erst später der totalen Vertreibung „zugestimmt“, stimmen nicht einmal die eigenen Erklärungen Beneschs in seinen Memoiren überein, mit denen er sich das Verdienst zuschreibt, die Vertreibung durch persönliche Gespräche 1943 mit Roosevelt und Stalin vor der entscheidenden Konferenz in Teheran durchgesetzt zu haben. Der tschechische Historiker Prof. Jan Mlynárik von der Karls-Universität Prag spricht es überraschend deutlich aus: „Benesch mit seinem Münchenkomplex und machtgierigen Größenwahn war ein unermüdlicher Motor der Austreibungsidee; er überzeugte die Mächte der antifaschistischen Koalition von der Unvermeidbarkeit der Vertreibung aus der Tschechoslowakei.“

Massenmorde und halbtot Geprügelte werden immer noch von Historikern wie Kuklik nur dem Straßenmob, der sich mit unglaublicher Brutalität über das Grenzland und seine Menschen hermachte, angelastet. Hierzu sagt Prof. Mlynárik: „Benesch und seine Leute appellierten an die niedersten Instinkte des nach Gewalt und Raub verlangenden Pöbels, öffneten den Gewalttätern Tore der Verrücktheit und hoben den Morast der menschlichen Gesellschaft auf den Schild des Politprogramms.“ Der Mob wäre schon aus logistischen Gründen kaum in der Lage gewesen, die Gewalttaten flächendeckend im ganzen Land an einigen hunderttausend Deutschen zu verüben, dazu bedurfte es auch einer systematischen Organisation und Durchführung durch Polizei- oder militärische Einheiten.

Es wäre für Benesch ein Leichtes gewesen, mit einer Rundfunkrede den Gewalttätern in den Arm zu fallen. Er dachte gar nicht daran. Mit dem Gesetz vom 8. Mai 1946 wurden vielmehr später alle „mit dem Kampfe um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängende Handlungen“ als nicht widerrechtlich erklärt. Das Straffreiheitsgesetz trägt die Unterschrift des Initiators der Verbrechen. Es gilt noch heute!

Als das tschechische Parlament im Jahr 2005 mit 123 gegen 29 Stimmen ein Gesetz beschloß, das nur aus einem einzigen Satz besteht: „Edvard Benesch hat sich um den Staat verdient gemacht“, kommentierte meine Tageszeitung, die „Süddeutsche Zeitung“, dieses Gesetz als „Dokument der Unversöhnlichkeit“ und den Beschluß als „Akt der Unvernunft und der Provokation“. Sie empfahl Tschechiens Präsident Vaclav Klaus, die Ehrung nicht zu unterzeichnen.

Leider gibt es nach dem Tod von Peter Glotz außer Edmund Stoiber kaum noch bedeutende Politiker in Deutschland, die an das geschehene Unrecht erinnern. Tschechien bräuchte eine ebenso tabulose Aufarbeitung seiner Geschichte von 1918 bis 1949 wie Deutschland sie hinter sich hat. **Günter Springinklee, München**

Nestbeschmutzer

Betr.: „Szenen aus der Provinz“ (Nr. 42)

Mich wundert sehr der Kommentar von Klaus R. Röhl, in dem er vom „großen deutschen Dichter Günther Grass“ schreibt. Für mich ist und bleibt dieser „große Mann“ der größte Nestbeschmutzer, dessen Gedankengut bösen Einfluß hatte in gewissen Zeitepochen und auf die Politik – ich denke an seine Meinung und die Absage an die deutsche Wiedervereinigung, an all seine Reden damals in Zeitung und Fernsehen – für mich und viele Menschen bleibt das unvergessen, auch wenn er jetzt etwas anderes redet. Vorbildliche Menschen sind für mich die, die zu ihrem Wort stehen! **Ottilie Amthauer, Hann. Münden**

Wähler sollte der SPD beim Gang in die Opposition behilflich sein

Betr.: „Leistungswillige brüskiert“ (Nr. 43)

Diese Partei, die für sich die soziale Gerechtigkeit reklamiert, aber gleichzeitig in ihren eigenen Reihen eine stramm neoliberale Gruppierung toleriert, nämlich den sogenannten „Seeheimer Kreis“, muß auf ihren politischen Verstand und ihre Glaubwürdigkeit hinterfragt werden. Es war bezeichnend, wie die SPD-Delegierten auf ihrem Parteitag Mitglieder dieses „Seeheimer Kreises“ mit großer Mehrheit in Parteiämter wählten. Geradezu abstoßend war es, wie diese Delegierten Herrn Schröder, den Initiator der schändlichen Sozialkürzungs-Gesetze, auch noch frenetisch beklatschten.

Es ist wohl so: Diese SPD ist inzwischen bis in ihre Basis hinein moralisch marode geworden. Sie kann sich offensichtlich nur noch durch ein künftiges sehr, sehr langes Verweilen in der Opposition wieder als eine glaubhafte wirklich soziale Kraft regenerieren.

Der Wähler ist deshalb aufgefordert, dieser Partei beim Gang in die Opposition behilflich zu sein. **Dieter Schmekies, Bad Vilbel**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Aus deutscher Sicht keine Ehre

Betr.: „Nett, aber unnachgiebig“ (Nr. 45)

Tusk erklärte, woran die Deutschen noch arbeiten müßten, wäre die Vertriebenendebatte und die richtige historische Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges. Es wäre wichtig, daß der Einfluß von Frau Steinbach auf das politische Zentrum in Deutschland nachläßt. „Es wird keine Akzeptanz für Entscheidungen und Äußerungen deutscher Politiker geben, die die richtige historische Bilanz des Zweiten Weltkrieges infrage stellen.“ Tusk möchte mit Merkel sprechen, der aus polnischer Sicht besten deutschen Politikerin.

Viel schlimmer geht es nicht, und das Lob für Frau Merkel aus dem Munde von Herrn Tusk gereicht ihr aus deutscher Sicht nicht zur Ehre.

Bevor Herr Tusk mit Merkel spricht, sollte auch Polen endlich die richtige, nämlich die zutreffende, wahre Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges betreiben, es hat gegenüber Deutschland noch viel nachzuholen, obwohl auch die deutsche Aufarbeitung noch nicht an ein Ende gelangt ist, das vor den uns folgenden Generationen bestehen kann. **Dieter Pfeiffer, Berlin**

Endlich mal ein Politiker, der das ausspricht

Betr.: „Nicht ohne die Betroffenen!“ (Nr. 44)

Möchte Herrn Schönbohm zu seinem Artikel „Nicht ohne die Betroffenen!“ herzlich gratulieren. Endlich ein amtierender Politiker, der das ausspricht, was alle Vertriebenen empfinden ... Ich bin einer davon und Zeitzeuge der Vertreibung im Gegensatz zu Herrn Thierse und größten Teilen der SPD und der Grünen! Ich hätte gerne einen Ort, sprich Denkmal, an dem ich der schrecklichen Ereignisse gedenken kann, auch an den Tod meiner Mutter, die nach Rußland verschleppt wurde.

Es ist nicht nur absurd, den BdV und dessen Präsidentin Frau Steinbach bei der Gestaltung nicht zu beteiligen, sondern schon fast eine Schande.

Am liebsten würden bestimmte politische Kreise den Bock zum Gärtner machen und einen Herrn Kaczynski oder dessen Nachfolger entscheiden lassen, wie die Gedenkstätte aussehen sollte.

Diese Kreise sollten mal zur Kenntnis nehmen, daß der größte Teil der Spenden, die von den Vertriebenen geleistet werden, nach Polen gehen – von wegen „Ewiggestrige“. **Herbert John, Völklingen**

Schloßgegner

Betr.: „Berliner Schloß: Wer kommt in die Jury?“ (Nr. 43)

Der Kampf um die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses ist noch lange nicht gewonnen, das läßt sich erst sagen, wenn unser Schloß wieder aufgebaut ist.

Berlin hat eine rot-rote Stadtregierung, in Berlins Osten waren die Funktionäre und Täter der DDR konzentriert und haben sich inzwischen nicht in Luft aufgelöst.

Zudem hat Berlins Hauptstadtfunktion Kräfte in unserer Stadt etabliert, die am Wiederaufbau von Berlins historischer Mitte überhaupt nicht interessiert sind und ihm eher feindlich gegenüberstehen.

Die Zusammensetzung der Jury für den Architektenwettbewerb ist daher besonders wichtig. Bekämen in ihm die Schloßgegner ein Übergewicht, wäre es wohl um den historischen Wiederaufbau unseres Schlosses geschehen. **Clemens Jungmann, Berlin**

Hier soll das Berliner Stadtschloß eines Tages wieder stehen: Das im Abriß befindliche Stahlgeruest des ehemaligen Palastes der Republik in Berlin vor einem rötlichen und wolkenfreien Oktoberhimmel. Foto: ddp

Lügen als Basis

Betr.: „Die Wende in Warschau“ (Nr. 43)

Einer der Zwillinge ist weg vom Fenster. Hoffentlich für immer! Der zweite aber ist noch da, und der ist Präsident mit viel Macht. Wir haben also abzuwarten, was unter der neuen polnischen Regierung aus den deutsch-polnischen Beziehungen wird.

Vermutlich kann Polen darauf bauen, daß keine deutsche Regierung von ihm erwartet, daß es sich zu seiner ganzen Geschichte bekennt, zu der ja auch viel Schuld uns gegenüber gehört. Daß die Bundesregierung die berechtigten Eigentumsansprüche von Vertriebenen nicht unterstützt, weiß man ja. Und das gerade macht das deutsch-polnische Verhältnis auch auf Dauer so schwierig, denn es beruht auf Lügen und Verleugnung von beiden maßgeblichen Seiten. Und das wird sich auch unter der neuen polnischen Regierung kaum ändern.

Gottfried Raul, Gummersbach

Der Fall Eva Herman: Mein Glaube an die Demokratie ging gänzlich verloren

Betr.: „Niveaulose Inszenierungen“ (Nr. 42)

Mit Entsetzen habe ich einen Teil der Kerner-Show verfolgt. Ich hatte den Eindruck, Frau Herman wurde dorthin eingeladen, um sie vollständig vor der Öffentlichkeit fertig zu machen.

Der Werteverfall, wie er heute herrscht, wurde von Frau Herman angeprangert, ebenso der dramatische Geburtenrückgang mit der Gefahr, daß wir aussterben. Diese Entwicklung führt Herman richtigerweise auf die 68er „Revolution“ zurück. Einen Lösungsvorschlag von Frau Herman, Familien finanziell zu entlasten und zu fördern, vor allem Alleinerziehende, damit sie ihre Kinder ohne finanziellen Druck großziehen können, fand unter den geladen Gästen kein Gehör. Da es sich um Millionäre handelt, betrifft diese das Problem auch nicht. Zudem wurde sie von Senta Berger angegriffen, mit so „überzeugenden“ Argumenten, wie die Welt habe sich in den letzten 50 Jahren verändert, Frauen haben das Recht auf Beruf, was ihrer Meinung nach die Vernachlässigung von Familie, Kindern und Tugenden wie Fleiß, Moral und Anstand rechtfertigt. Was sie außer Acht gelassen hat, ist, daß sich viele Paare Kinder wünschen, diesen Wunsch aber aufgrund hoher Belastungen und aus Angst, den Arbeitsplatz an einen billigeren Kollegen zu verlieren, opfern. Das ist erbärmlich für ein Land, das dermaßen reich ist, aber seinen Reichtum an Fremde Interessen bis hin zur unbezahlbaren Staatsverschuldung abliefert.

Als Frau Herman äußerte, die Demokratie sei durch die gleichgeschalteten Massenmedien in großer Gefahr, gab es einen Aufschrei unter den Gästen und durch den Moderator. Kommentare von der drittklassigen Ex-„Talkmasterin“ Schreinemarkers in höchster Erregung wie „das geht gar nicht“ und so weiter machten die Runde, so auch vom Gastgeber Herrn Kerner. Als Frau Herman versuchte zu erklären, daß Begriffe wie „Gleichschaltung“ in der Medienlandschaft verwendet werden, konnte sie sich damit kein Gehör verschaffen. Daraufhin sagte sie, wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über Autobahnen sprechen; die Reaktion war nur noch tiefste Verachtung für Frau Herman. Nachdem sie sagte, daß man nicht über deutsche Geschichte reden dürfe, ohne sich dabei zu gefährden, wurde sie vom Gastgeber aus der Sendung entlassen.

Mein Glauben an die „Demokratie“ hielt sich schon vor dieser Sendung in Grenzen – jetzt ist er gänzlich verschwunden. Ich habe Angst um die Zukunft unseres Landes. Wie soll die Zukunft aussehen, wenn es verboten ist, Tugenden aus der Vergangenheit, die Deutschland einzigartig auf der Welt gemacht haben, in die Zukunft zu tragen? Es ist unerträglich, täglich diese Nestbeschmutzer sehen zu müssen. Meine Hoffnung ist, das durch die Behandlung von Frau Herman eine Reaktion im Volk ausgelöst wird, die das Gegenteil der Hetze gegen Frau Herman bewirkt. **Stefan Amann, Klein Labenz**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3341**

Gott hat Uranerz gegeben, also nutzen wir es

Betr.: Leserbrief „Atomkraft? Nein!“ (Nr. 41)

Die einer Pseudo-Religion nachlaufenden Grünen sind seelisch hin- und hergerissen. Einerseits predigen sie uns ständig, die Emission von Kohlendioxyd müsse verringert werden, damit wir nicht nächstens den Wärmetod erleiden, andererseits solle Deutschland atomfrei werden. Dabei wird allerdings unterschlagen, daß die hierzulande Strom erzeugenden Kernkraftwerke jährlich mehr als 100 Millionen Tonnen CO_2 vermeiden, so viel wie der Verkehr auf unseren Straßen in die Luft pustet.

Als der ehemalige Bundesminister Werner Müller noch in Amt und Würden war, errechnete man unter seiner Federführung, daß ein Ausstieg aus der so verteufelten CO_2-freien Kernenergie mehr als 250 Milliarden Euro kostet und die Klimaschutzziele dennoch verfehlt würden! Eine gigantische Verschwendung von Volksvermögen.

Frankreich erzeugt 80 Prozent des Stroms in 59 Kernkraftwerken und baut zurzeit eine Urananreicherungsanlage. Finnland bestellte bekanntlich beim deutsch-französischen Gemeinschaftsunternehmen FRAMATOME einen Kernreaktor neuester Bauart. Sind die Franzosen Hasardeure und die Finnen Vollidioten, weil sie nicht dem deutschen Atomausstiegsszenario folgen?

Amerika und Japan sprechen gar über ein Programm für den Schnellen Brüter. Wie ist es möglich, daß Asiaten, die am Ende des Krieges Atombomben auf den Kopf bekamen, nicht hinter der deutschen Fahne zu finden sind und nicht alles fürchten, was mit Uran zu tun hat?

Die alte Leier, der Salzstock Gorleben sei für eine Endlagerung radioaktiver Stoffe nicht geeignet, ist absurd. Vor 240 Millionen Jahren – im Zeitalter, das die Geologen Zechstein nennen – war Norddeutschland von einem flachen Meer überflutet. Salz lagerte sich in großer Mächtigkeit ab und wurde dann von einer dicken Gesteinsschicht überdeckt. Der Nordatlantik hatte Anfang der Kreidezeit, also vor mehr als 100 Millionen Jahren, gerade erst begonnen, sich zu öffnen; Europa, Grönland und Nordamerika hingen noch zusammen. Die Alpen, der Harz und das rheinische Schiefergebirge entstanden allmählich.

Im folgenden, 60 Millionen Jahren während Tertiär versank das Gebiet von Gorleben noch zweimal für viele Millionen Jahre im Meer und wurde danach immer wieder Festland.

Dreimal schob sich Eis über Gorleben, immer neue Geröllmassen und Sedimente lagerten sich über den Salzstock, dessen Oberkante heute 300 Meter tief liegt.

Alle diese geologischen Ereignisse, die man heute Katastrophen nennen würde, haben den Salzstock nicht beschädigt. Der ehemalige Direktor der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Prof. Dr. Helmut Venzlaff, meinte dazu: „Um dieses Zeitmaß richtig einzuschätzen, ist es gut, sich daran zu erinnern, daß man den geschichtlichen Menschen erst seit einigen 10 000 Jahren kennt, der Mensch als Art vielleicht eine Million Jahre alt ist. Klingt es da nicht vermessen, wenn der Mensch die Stabilität dieses Salzgebirges anzweifelt, das 100mal älter ist als seine eigene Art und in dieser langen Zeit Meeresüberflutungen, Erdbeben, Gebirgsbildungen, Vulkanismus und Eiszeiten überstanden hat?“

Wir brauchen nicht mit Unbehagen, sondern können mit Erleichterung an die sichere Lagerung radioaktiver Asche denken. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, hat uns in weiser Voraussicht nicht nur Uranerz, sondern auch Salzstöcke beschert.

Albert Einstein hat Recht: „Es ist schwieriger, eine vorgefaßte Meinung zu zertrümmern, als ein Atom.“

Dr. rer. nat. H. J. Brinkmann, Detmold

Zu uns gehören

Betr.: „Die Ziele, nicht die Herkunft trennen“ (Nr. 43)

Wer in unserem Land eine neue Heimat sucht und zu uns gehören möchte, und auch weiß, daß er nicht zu fordern hat, sondern auch Dank sagen darf, wird uns keine Schwierigkeiten bereiten. Er wird sich einfügen ohne aufzufallen und schon bald zu uns gehören.

Anders ist es mit denen, die in unserem Land nur Vorteile für sich suchen, ohne sich uns verpflichtet zu fühlen, die gar nicht zu uns gehören wollen, sondern die Nähe zu Landsleuten suchen, um mit ihnen wie zu Hause leben zu können.

Mit vielen Zuwanderern aus unterschiedlichsten Nationen haben wir keine Probleme, und wir können ihren Zuzug durchaus als Bereicherung empfinden. Leider trifft das auf die Mehrheit der Muslime nicht zu, die Fremdkörper in unserem Land bilden und zur Gefahr für unsere christlich-bestimmte und deutsche Identität werden. **Max Pfahls, Bochum**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Malaysier will ein islamisches Auto bauen

Kuala Lumpur – Der malaysische Autohersteller Proton will gemeinsam mit der Türkei und dem Iran ein „islamisches Auto" bauen. Der Unterschied zum „Westwagen" bestehe in einem Kompaß, der die Ausrichtung nach Mekka erleichtern soll, sowie Fächern für Koran und Kopftuch, teilte Proton-Chef Syed Zainal Abidin Syed Mohamed Tahir der Nachrichtenagentur „Bernana" mit.

»Nazometer« hat Folgen

Stuttgart – Die ARD-Satire-Sendung „Schmidt und Pocher" vom 25. Oktober wird Thema der ARD-Intendantentagung am 26. November. Oliver Pocher hatte in Anlehnung an den Streit um Eva Herman in der Sendung einen „Nazometer" aufgestellt, der bei der Nennung heikler Begriffe wie „Gasherd" oder „Dusche" heftig ausschlug. Der Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaften im Rundfunkrat des Südwest-Rundfunks (SWR), Majid Khoshlessan, protestierte: „Das muß Folgen haben und darf nicht mehr vorkommen."

ZUR PERSON

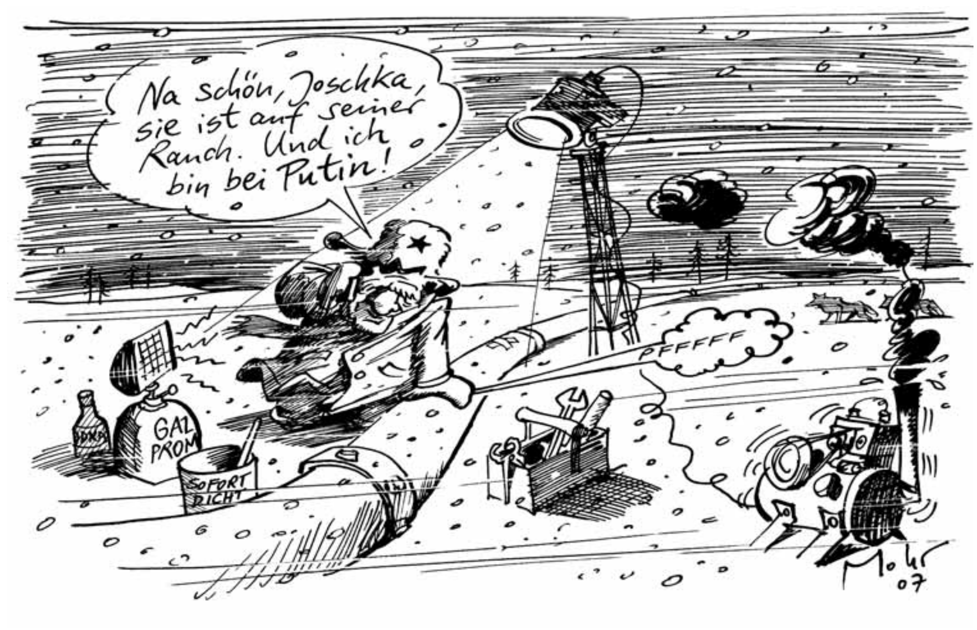
Königlicher Rüffel



Innerhalb kürzester Zeit landete seine verbale Attacke als Klingelton auf Tausenden spanischen Mobiltelefonen. Dem spanischen **König Juan Carlos** war auf dem Iberoamerika-Gipfel in Santiago de Chile die Hutschnur geplatzt, als der venezolanischen Präsident Hugo Chávez den spanischen Ex-Premier José María Aznar als „Faschisten" beschimpfte. Mit den Worten: „Por qué no te callas?" – Warum hältst du nicht die Klappe? – fuhr er dem Sozialisten Chávez über den Mund.

Der passionierte Jäger, Segler und Funkamateur Juan Carlos ist seit 1975, dem Tode Francos, auf dem Thron. Der 1938 geborene Monarch aus dem Hause Bourbon ist ein Urenkel der britischen Königin Victoria. 1962 heiratete er die spätere Königin Sophia. Sie entstammt dem griechischen Königshaus. Neben dem Thronfolger Prinz Felipe hat das Paar zwei Töchter, Elena und Cristina.

Obwohl Juan Carlos auf dem politischen Parkett eher mit royalem Charme glänzt, kann der König auch ungehalten werden, wenn es ans Eingemachte geht. Im Sommer ließ er die komplette Auflage eines Satiremagazins einstampfen, weil auf der Titelseite eine unflätige Karikatur des Kronprinzenpaares prangte. Juan Carlos verklagte den Herausgeber und verursachte einigen Medienrummel. Wütend über die Zensur, ließen zahlreiche spanische Zeitungen die Karikatur nachdrucken. In Sachen Chávez steht allerdings ganz Spanien hinter seinem König, „Der König erteilte aller Welt eine Lektion", befand die Zeitung „ABC". Selbst der Baskenpolitiker Iñaki Anasagasti, der das Königshaus gern als eine „Bande von Nichtstuern" abkanzelt, zeigte Verständnis. *M.A.*



Jedem das Seine Zeichnung: Mohr

Hand in Hand

Wie sich Ex-Promis gegenseitig helfen, was man in der Bilsch des Zeitgeistes findet, und wie lange das Dritte Reich wirklich währte / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das Leben eines abgehalfterten Prominenten ist trostlos. Da heißt es dann: Um jeden Preis dranbleiben, auch zur lächerlichsten „Game-Show" kriechen, Würmer fressen im „Dschungel-Camp" oder Horst Mahler einladen.

Michel Friedman war mal wichtig in diesem Land, saß sogar im CDU-Bundesvorstand und genoß den Status einer „moralischen Instanz", bis ihn 2003 einige ukrainische Liebesdamen anschwärzten, mit deren Aufenthaltsstatus etwas nicht stimmte und die außerdem behaupteten, nicht freiwillig in Deutschland zu sein und ihrem Gewerbe auch nicht aus freien Stücken nachzugehen.

Das war's dann erstmal aus mit der „Instanz". Seitdem strampelt sich der Arme ab, um wieder ins Rampenlicht zu gelangen. Wie andere B-Prominente aber hat Friedman viele gute Freunde, die ihn nicht untergehen lassen.

Da geht es ihm wie den wunderbaren „Publikumslieblingen", die die „Spiel-" und „Comedy-Shows" bevölkern. Sie schlafen nie und lauern auf beinahe allen Kanälen, wo sie ihr Publikum um den Verstand gackern. Sie laden sich stets gegenseitig ein, weil sie wissen, daß sie alle auf einander angewiesen sind und sich nur im Rudel am Medienleben halten können. Eine Schicksalsgemeinschaft.

Michel Friedman hat Freunde bei der Zeitschrift „Vanity Fair". Das Blatt ist der Ableger eines US-Magazins und hat es trotz seines schweißtreibenden Bemühens, „anders" zu sein (also exakt auf Stromlinie, nur lauter) nicht geschafft, wahrgenommen zu werden. Zusammen mit Friedman wollte sich das Blatt endlich aus dem Schatten robben hinein ins Scheinwerferlicht der gelangweilten Öffentlichkeit, die bekanntlich für jede Art von Unterhaltung empfänglich ist.

Leider war ja fast alles schon mal da. Man müßte ganz etwas Neues finden. Da fiel Friedman und den „Vanity"-Machern aber gar nichts ein. Also wühlten sie lieber ganz tief unten in der Kiste der abgelegten Aufreger. Und was findet der geübte Sucher da unten in der Bilsch des Zeitgeistes? Nazis natürlich. Abgeschmeckt mit einem Juden wie Friedman würde so eine Nazi-Zote bestimmt das perfekte Skandalmenü ergeben.

Mit Horst Mahler konnten Friedman und das Magazin einen echten Profi angeln. Als linksradikal noch Ogottogott war, war Mahler linksradikal, RAF-Mann und so weiter. Rechtzeitig hat er gewittert, daß der Wind sich drehte und ihm als Linksradikalen und Ex-Terror-Unterstützer irgendwann die Einladung zu Maischberger, ein Friedenspreis oder noch Schlimmeres drohte und ging hart Steuerbord. Als Hitler-Verehrer aus der Maske zurück auf der Bühne war er nun wieder ganz oben im Polit-Getöse.

> Mahler wußte: Wenn er nicht Nazi wird, endet er als RAFler a. D. irgendwann bei Maischberger

Nach einigen spektakulären Anfangserfolgen jedoch interessierte sich außer ein paar nimmersatten Antifa-Nagern und mausgrauen Staatsanwälten kaum noch jemand für den mittlerweile über 70jährigen.

So taten sich Mahler, Friedman und „Vanity Fair" zusammen, um sich Hand in Hand aus der Patsche der Vergessenheit zu zerren. Der Erfolg des Friedman-Mahler-Interviews ist durchschlagend: Ein Empörungsgewitter durchzuckte das ganze Land, das Publikum war hingerissen.

Und heißt es nicht: Hilf dir selbst, dann helfen dir auch andere? Tatsächlich strömten sie alle herbei, die treuen Unterstützer, um dem angestrebten „Skandal" durch ihren Entrüstungsgesang die richtige Fülle zu verleihen.

Allen voran wie üblich Wolfgang Thierse, der Hugo Egon Balder des deutschen Antifa-Entertainments, also einer, der nie fehlen darf. Leider ist Thierse beim Quasseln nicht so kreativ wie Balder und sagt daher dauernd das gleiche, auch wenn es gar nicht paßt. „Überflüssig" sei das Mahler-Interview gewesen, dröhnte Thierse. Ach ja? Und warum äußert er sich dann überhaupt dazu? Da fällt ihm auch nicht viel mehr ein außer: Friedman habe sich zum „Stichwortgeber für rechtsextremistische Thesen" gemacht. Au Backe, wie abgedroschen. Doch B-Prominenz lebt halt vom Wiederkäuen alter Kalauer, so zischte PDS-Petra Pau denn auch zum hundert-x-ten „unerträglich".

Erst der bayerische Innenminister Joachim Herrmann zeigte sich wirklich hilfreich beim Aufblasen – er verlieh dem Gespräch die scharfe Würze der verbotenen Frucht: Nachdem ihn Mahler zu Beginn des Interviews mit „Heil Hitler, Herr Friedman" begrüßt hatte, hätte der Begrüßte das Duett sofort abbrechen müssen. Das war geschickt: Wer das hört, schmeißt sich erst recht auf den Text. Da scheint ja etwas zu stehen, was wir nach Meinung unserer politischen Fürsorger gar nicht zu Gesicht bekommen dürften, klasse!

Viel zu sehen gibt es allerdings nicht. Seitenlanges Geschwafel, das auch dadurch nicht spannender rüberkommt, daß Friedman noch eins draufsetzte und gleich nach dem Gespräch zum Staatsanwalt eilte, um Mahler anzuzeigen.

Es ist ein mühsames Geschäft, ums Verrecken auf der Bühne zu bleiben. Da ist es ärgerlich ansehen zu müssen, wie es ganz gewöhnliche Jungs von der Straße schaffen, über Nacht Aufmerksamkeit mit etwas zu erlangen, von dem sie gar nicht wußten, daß es etwas Besonderes ist.

Der CDU-Ortsverband im pfälzischen Bechhofen wollte seinen 50. Geburtstag feiern und gab eine Festschrift heraus, auf deren letzter Seite jenes hübsche Faksimile vom Urtext des Deutschlandliedes in der Handschrift des Hoffmann von Fallersleben zu sehen war, das wir alle aus den Geschichtsbüchern kennen.

Wir alle? Nicht ganz: Der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Christian Baldauf erkannte das Hoffmann-Gedicht zweifelsfrei als nationalsozialistische Handschrift, sagte seine Teilnahme am Festakt ab und „distanzierte" sich. Dabei hatten die Bechhofener Christdemokraten noch versucht, das als Nazi-Text erkannte Lied auf der Rückseite der Schrift zu überkleben. Derart gut verquast verteilten sie die Schrift dann an alle Haushalte.

Da wir Deutschen aber bekanntlich Papst sind, verfügt die Seele der Nation offenbar über einen privilegierten Zugang zu höheren Gewalten: Frost und nächtliche Feuchtigkeit lösten die Überklebung auf und legten das Lied der Deutschen wieder frei.

Nun kam Bechhofen mit seiner eigenen Nazi-Geschichte groß in die regionale Presse, und dafür mußten die nicht einmal einen pensionierten Krachmacher wie Mahler zum Gespräch bitten.

Übrigens: Wie ist das eigentlich mit den Geschichtsbüchern? Dort wird nicht allein das schreckliche Lied gezeigt, die Bücher behaupten auch, die braune Raserei habe nur zwölf Jahre gedauert. Erinnern wir uns: Das Deutschlandlied in allen drei Strophen war offizielle Nationalhymne von 1922 bis 1991, seitdem gilt nur noch die dritte als Nationalhymne. Demnach hat die NS-Zeit von Anfang der 20er bis Anfang der 90er Jahre gedauert. Wußten Sie das?

Somit war also auch nicht 1945 Schluß mit dem Spuk, sondern erst 1990, als die DDR den westlichen Teil Deutschlands aus den Fängen der Faschisten befreite. Seitdem ist es immerhin gelungen, den Sozialismus Stück für Stück in den befreiten Gebieten durchzusetzen und das Land zu säubern. Als erstes kam die Hymne dran, schon aus pädagogischen Gründen.

Und das ist längst nicht die einzige Errungenschaft der Volkserziehung, die wir seitdem verbuchen können. Laut einer Untersuchung haben Berliner Jugendliche, die nach der Befreiung der BRD 1990 geboren wurden, mittlerweile ein außerordentlich positives Bild von der alten, der kleineren DDR.

Das ist auch für Horst Mahler eine gute Nachricht. Wie er im Friedman-Gespräch gesteht, fühlt er sich im Gefängnis am wohlsten. Und da kommt man halt am umstandslosesten hin, wenn man auf braun macht. Wenn die BRD aber erst so richtig DDR ist, braucht er den Aufwand nicht mehr zu treiben. Dann reicht es schon, sich als Liberaler oder Konservativer zu entlarven, und ab geht's!

ZITATE

*Der Historiker **Peter Steinbach** kritisiert in „Spiegel online", daß dem Hitler-Attentäter **Stauffenberg**, der am 15. November 100 Jahre alt geworden wäre, von Nachgeborenen vorgehalten wird, nicht von Anfang an NS-Gegner gewesen zu sein:*

„Immer wieder war zu lesen, Stauffenberg habe sogar vor einer Hakenkreuzfahne salutiert, er sei ohne Zögern in den Krieg gezogen. Das Gespür für die Dramatik, die gerade in der Überwindung individueller Verstrickungen in Zeitströme verborgen liegt, war nur schwach ausgeprägt. Man suchte den reinen Helden, die Lichtgestalt – und verfehlte so die Wirklichkeit eines Lebens an der doppelten Front: von Bomben und Gestapo, von Kooperation und Konfrontation, von Gehorsam und Widerspruch."

*Im „Kölner Express" antwortet der Vorsitzende der **Türkisch-Islamische Union** der Anstalt für Religionen (Ditib), **Sadi Arslan**, ob man auf den **Ruf des Muezzin** nach der Fertigstellung der umstrittenen **Kölner Großmoschee** verzichten würde:*

„Nein. Die Katholische Kirche hat sich in der Vergangenheit dazu verpflichtet, jeglichen Kontakt zu anderen Religionen zu unterlassen. Dies hat sich später als falsch erwiesen, mußte in einem langwierigen Prozeß korrigiert werden. Wir wollen einen solchen Fehler nicht wiederholen. Wer weiß, vielleicht wird irgendwann von der Bevölkerung der hörbare Ruf des Muezzin ja gewünscht."

*Die „Frankfurter Allgemeine" vom 13. November nimmt nach dem Skandal um die **angebliche Entführung tschadischer Kinder** die internationalen Hilfsorganisationen aufs Korn:*

„Die Internationale der Hilfsorganisationen ist längst zu einer Branche geworden, in der es wie in jeder anderen um Umsatz und Ergebnis geht … Die Sprecherin einer großen deutschen Hilfsorganisation antwortete einmal auf die Frage, wie es ihr geht, ganz unverblümt: ‚Ach, wir könnten eine neue Katastrophe gebrauchen.'"

Verwelkte Rosen

*Den Dingsda-Schwili pries man froh
als Super-Demokraten –
nun zeigt uns das Szenario,
hier war man schlecht beraten:*

*Der Rosen-Revoluzzer ließ
mit Gummikugeln schießen,
verhaften, prügeln überdies
und Fernsehsender schließen!*

*Hat Schorsch jetzt ein Moralproblem,
verhängt er Sanktionen?
Ach wo, es gilt ja im System:
Ein Schoßhund ist zu schonen.*

*Wer Feind der eignen Feinde ist,
kann alles sich erlauben –
und wird ihm denn ein guter Christ
die Handlungsfreiheit rauben?*

*Mit Tiflis wie mit Pakistan
und manchen andern Ländern
ist's wie zur Schah-Zeit mit Iran –
dran wird sich wenig ändern.*

*Doch spielt wer gegen den Verein
der selbsternannten Frommen,
so schlägt man ihm den Schädel ein
und läßt sein Land verkommen.*

Pannonicus